1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 10 vom 11. März 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Hitler und Papen



Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner

Letzte Folge: Wie Hitler zum Reichskanzler gemacht wurde
Seite 12

DGB-Kniefall

Um alle Zweifel und Fragen von vornherein zu beseitigen, reagierte der Bundesvorstand des DGB sofort. In einer Fünf-Punkte-Erklärung wurde Stellung genommen zum Wahlergebnis.

Und man ist schon ganz direkt an jene unrühmlichen Treffen erinnert, die vor drei Jahren Heinz Oskar Vetter mit Franz Josef Strauß hatte, wenn man liest, was die Mannen um Ernst Breit da so von sich geben. Zuerst ihre „tiefe Befriedigung" darüber, daß so viele gewählt hätten und fast nur „demokratische Parteien".

Also, Gewerkschafter, genau hingehört: Nicht etwa, daß ihr meint, es ginge gegen die „Wende", die nun stattfindet. Deshalb kein Wort von Lohnverzichtsparolen, von Sozialabbau und Hochrüstung, kein Wort darüber, daß diese Regierung wie keine zuvor sich in Tarifauseinandersetzungen einmischte, daß sie allen DGB-Forderungen frontal entgegensteht.

Nein, davon spricht Breits Werk nicht. Das ist ja alles demokratisch, nicht wahr? Der eine hat's halt und der andere nicht. Der eine hat Milliardenprofite und der andere keinen Arbeitsplatz. Dem einen gehört halt die Fabrik und dem anderen ein auf Raten gekaufter Farbfernseher. Und so weiter. Aber alle sind wir Demokraten. Wenn da einer ein bißchen aussperrt, ober eben mal — leider, leider, versteht sich — eine kleine Massenentlassung vornehmen muß, dann ist das halt so bei uns Demokraten.

Dafür wird dann auch abschließend hervorgehoben, daß der DGB stets nach allen Seiten gesprächsbereit sei. Mit Ernst Breit kann man über alles reden. Auch über Opfer der Arbeiterschaft wohl, denn dies ist nun mal das Lieblingsthema, nicht nur der Kapitalisten, sondern auch und gerade dieser neu-alten, ach so demokratischen Regierung.

Es ist jedenfalls, aktuell betrachtet, ein Signal. Von uns habt ihr keinen Widerstand grundsätzlicher Art gegen eure Politik der konservativen Wende zu erwarten, so heißt die Botschaft. Und leider fehlt niemand der Glaube, daß dies auch Ernst ist.

Die Regierung und das Kapital werden sich freuen. Ob es auch die Mitgliedschaft des DGB, die in ihrer übergroßen Mehrheit gegen diese neue Regierung gestimmt hat, freuen wird, das steht auf einem anderen Blatt. Und das wird erst noch aufgeschlagen ...

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist eindeutig ein

Sieg für die politische Reaktion

Am 7. März erlebte die Börse einen Boom wie schon seit 10, 20 Jahren nicht mehr. Die Aktien stiegen teilweise um 10 Mark. Kurssteigerungen verzeichneten vor allem die Aktien von Daimler, BMW, Siemens, von der Deutschen Bank und von anderen Banken. Auf diese Weise feierten die westdeutschen Wirtschaftsbosse ihren Wahlsieg — den Sieg der schwarzen Reaktion am 6. März. Freude und Genugtuung auch in Washington, London und anderen Hauptstädten des westlichen Bündnisses. Denn dort kann man nun sicher sein, daß die neue Regierung in Bonn in der Frage der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik sowie in allen anderen grundlegenden Fragen der sogenannten Sicherheitspolitik eine Politik in ihrem Sinne betreiben wird.

Für die Arbeiterbewegung und für die linken Kräfte in der Bundesrepublik war der 6. März dagegen ein schwarzer Sonntag. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, daß die Grünen den Sprung in den Bundestag geschafft haben. Die KPD hat an den Bundestagswahlen gemeinsam mit dem BWK teilgenommen. Das Bündnis revolutionärer Sozialisten hat in sieben Bundesländern kandidiert und ca. 6000 Stimmen bekommen. Die gemeinsame Wahlkampfkommission von BWK und KPD hat den Ausgang der Bundestagswahlen diskutiert und eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die wir im folgenden abdrucken.

Erklärung der gemeinsamen Wahlkampfkommission von BWK und KPD vom 8. 3. 1983

Das hauptsächliche Ergebnis der Bundestagswahl ist eindeutig: die politische Reaktion und die hinter ihr stehenden finanzkapitalistischen Kreise haben einen klaren Sieg davongetragen, die Arbeiterbewegung und die Linke haben eine schwere Niederlage erlitten.

Eine starke Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung hat mit der CDU/CSU und der FDP den Parteien ihre Stimme gegeben, die

- im Wahlkampf deutlich wie seit langem nicht mehr die Unterstützung der Kapitalisten hatten;
- die Steigerung der Unternehmergewinne durch die erzwungene Opferbereitschaft der Arbeiter und Angestellten und der ärmeren Bevölkerungsschichten im allgemeinen zur Leitlinie der Wirtschafts- und Sozialpolitik erhoben haben;
- am eindeutigsten für die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD, für die NATO, für eine großdeutsche Offensive und den Kurs verstärkter Konfrontation und Bedrohung gegenüber der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts eintreten;
- durch den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, den verstärkten Druck auf die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Organisationen, durch die Hetze gegen die ausländischen Kolleginnen und Kollegen „Deutschland wieder in Ordnung bringen" wollen.

Der Wahlsieg der Reaktion kann nicht umstandslos als Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu diesen umfassenden reaktionären und aggressiven Bestrebungen gewertet werden. Die Verschlechterung der Lebenslage der Massen in den letzten Jahren der SPD-geführten Bundesregierung hat bei vielen die Hoffnung geweckt, eine Unions-geführte Regierung könne vielleicht doch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Massen und insbesondere ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit aufhalten und die Tendenz vielleicht sogar umkehren.

Sobald und soweit die Hoffnung zusammenbricht, daß im Aufschwung kapitalistischer Geschäftemacherei wenigstens ein paar Brocken für die Volksmassen abfallen, wird man Sündenböcke brauchen: die Gewerkschaftsbewegung, weil deren Ansprüche die Geschäftserwartungen mindern, die Grün-Alternativen, weil ihre Kritik Investitionen blockiert.

Die Regierung aus CDU, CSU und FDP wird den unvermeidlichen Verschleiß ihres
Fortsetzung auf Seite 2



Warnstreiks auch in Westberlin. Das Foto zeigt demonstrierende Metaller vor dem Haus des Unternehmerverbandes der Westberliner Metallindustrie

„Die Kinder können ja bleiben"

Mutter von Ausweisung bedroht

Im April 1981 wurde Husuli Eryilmaz von einem Bundeswehrsoldaten in Olpe nach einem Streit erschossen. Jetzt soll seine Witwe, Cevriye Eryilmaz, ausgewiesen werden. Dafür macht sich die Ausländerbehörde des Kreises Olpe stark. Das ist ein neues Beispiel der Unmenschlichkeit westdeutscher Behörden im Umgang mit Ausländern.

Cevriye Eryilmaz ist Mutter zweier kleiner Kinder. Alle ihre Verwandten leben in der Bundesrepublik, sie soll also von ihrer Familie getrennt werden. Sie selbst hat politisches Asyl beantragt — der Antrag wurde abgewiesen.

Eine Welle der Empörung und der Solidarität hat jetzt die Ausweisung kurzfristig aufgeschoben. Bei der Ausländerbehörde in Olpe stand lange das Telefon nicht still, Frau Eryilmaz erhielt Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Bundesrepublik. Der Behörde sind alle menschlichen Belange, ist die Not der Witwe ganz egal. Das Gesetz läßt keine andere Wahl als die Ausweisung zu, erklärte ein Sprecher. Nur auf den Druck der nicht erwarteten Solidarität hin wurde die Aufenthaltsgenehmigung jetzt verlängert — aber nur bis Ende März. Dafür will man ihr offensichtlich die Existenzgrundlage entziehen. — Das Sozialamt hat alle Zahlungen eingestellt! Frau Eryilmaz und ihre Kinder sind nun auf die Unterstützung durch Angehörige angewiesen.

Hier muß schleunigst geholfen werden. Inzwischen haben sich mehrere Rechtsanwälte bereiterklärt, die Frau auf dem Klageweg zu vertreten. Der Münsteraner Völkerrechtler Bleckmann wies darauf hin, daß hier gegen das Grundgesetz und die Menschenrechtsbestimmungen verstoßen wird. Auch die Landesregierung muß in die Pflicht genommen werden, die drohende Ausweisung zu verhindern. Cevriye Eryilmaz muß in Deutschland bleiben!

Die von Abschiebung bedrohte Mutter mit ihren Kindern

IGM-Warnstreiks:

Jetzt erst recht: volle 6,5 Prozent!

Die erste Welle der neuen Beweglichkeit war gar nicht schlecht. Inzwischen dürften es mehr als 200 000 sein, die an Warnstreiks teilgenommen haben. Jetzt, wo der Wahlsieg der schwarzen Reaktion in Bonn feststeht, ist ein konsequenter gewerkschaftlicher Kampf gegen weiteren Reallohnabbau noch dringender geworden. Deshalb: Ausweitung der Aktionen! Jetzt erst recht: Kampf für 6,5 Prozent ohne Abstriche!

Die Kollegen in Baden-Württemberg zeigen immer wieder, daß sie ein konsequentes Vorgehen der IGM wollen. Am letzten Freitag hatte Unternehmerhäuptling Stihl wieder höchst unbehagliche Stunden: 500 Metaller hatten bei den Tarifverhandlungen wieder einmal den Verhandlungssaal besetzt: **„2,5 Prozent sind Hohn — wir fordern 6,5 mehr Lohn!"** schallte es den Bossen entgegen. Zum Ende dieser Aktion mußten die Bosse sich noch „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" im Saal des Nobelhotels Graf Zeppelin anhören.

In Stuttgart kam es auch zu einer ersten Aussperrung. Bei Karrosseriebau Anwärter hatte der Unternehmer gedroht: Bei Streik werden die Prämien gestrichen! Als die Kollegen sich von ihrem Warnstreik dennoch nicht abhalten ließen, ließ der Boss selbstherrlich die Fabriktore verriegeln.

In Neuss bei Düsseldorf demonstrierten rund 1500 Kollegen aus rheinischen Metallbetrieben vor dem Tagungshotel für die nordrhein-westfälischen Tarifverhandlungen. Sie riefen: **„Blümlein, Blümlein, laß dir sagen — du sollst erst die Metaller fragen".**

Auch in Westberlin hat es schon eine Reihe von Aktionen, auch Warnstreiks, gegeben. Vor dem Haus des Metallunternehmerverbandes demonstrierten Kollegen u. a. mit der Parole: **„Es bleibt dabei: Gegen Lohnraub hilft nur Streik".**

Wahlergebnis des Bündnisses revolutionärer Sozialisten

Bundesland	Liste	Zweitstimmen
Schleswig-Holstein	KPD	496
Hamburg	KPD	308
Bremen	KPD	200
Nordrhein-Westfalen	KPD	2446
Niedersachsen	BWK	581
Baden-Württemberg	BWK	1004
Bayern	BWK	968

Total ergibt dies die Summe von 6003 Stimmen, davon die KPD in vier Bundesländern 3450, der BWK in drei Bundesländern 2553 Stimmen.

Schwindels durch Hetzkampagnen und verstärkte staatliche Unterdrückung der Gewerkschaften und der Grün-Alternativen auszugleichen suchen.

Die SPD führte einen Wahlkampf zwecks Aufsaugen der Grün-Alternativen. Unter der Parole „im deutschen Interesse" vermied sie es sorgfältig, Widerstandsabsichten in der Arbeiterbewegung Anhaltspunkte zu liefern. In Betracht der Geschichte der Sozialdemokratie ist zu befürchten, daß ihre Haltung zu Klassenkämpfen von der Absicht bestimmt sein wird, sich den Kapitalisten als Regierungspartei neuerlich akzeptabel zu machen.

Die Kapitalisten haben bei dieser Wahl ihr Ziel erreicht. Die reaktionäre Formierung gegen die Arbeiterbewegung und die Linkskräfte ist fortgeschritten. Die Wende zur politischen und sozialen Reaktion kann nun mit einer sicheren parlamentarischen Mehrheit vorangetrieben werden. Die Notwendigkeit zu Zugeständnissen an die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, um parlamentarische Mehrheiten herzustellen, besteht für die Kapitalisten nicht.

Die Tatsache, daß den Grünen der Einzug ins Parlament gelungen ist, ist zu begrüßen. Das Ergebnis der Wahl hat aber die Hoffnungen von vielen zunichte gemacht, dem Vormarsch der Reaktion durch die Wahl der SPD oder der Grünen kurzfristig parlamentarisch den Weg verstellen zu können. Wir meinen, um so mehr geht es jetzt darum, im Klassenkampf, im außerparlamentarischen Massenkampf eine starke Front gegen die Offensive der Reaktion zu schaffen.

Das von BWK und KPD getragene Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten hat diesen Gedanken bereits in seiner Wahlkampfführung zum Ausdruck gebracht. Das Wahlergebnis von 6000 Stimmen entspricht unseren Erwartungen; denn ein Teil der revolutionären Sozialisten hat bei dieser Wahl versucht, durch eine Stimmabgabe zugunsten der SPD oder der Grünen, Einfluß auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu nehmen, andere haben sich für Wahlboykott ausgesprochen.

BWK und KPD sind im Wahlkampf auch für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Organisationen und für den Gedanken der Vereinigung der revolutionären Sozialisten eingetreten. Daß eine gemeinsame revolutionäre Tätigkeit von Organisationen mit durchaus unterschiedlichen Auffassungen möglich ist, hat der gemeinsame Wahlkampf von BWK und KPD gezeigt. BWK und KPD sind sich einig, daß die Bemühungen um die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und den Zusammenschluß der revolutionären Sozialisten verstärkt fortgesetzt werden müssen.

Freie Meinungsäußerung — ansteckende Krankheit?

In der Industriestadt Gaggenau hat ein Jugendvertreter der Firma Dambach seinen Arbeitsplatz wegen eines offenherzigen Leserbriefs zur Tarifpolitik verloren.

Es handelt sich um einen 19jährigen Industriekaufmann. „Wir setzen uns zur Wehr gegen den versuchten Lohnraub", so hatte er sich in besagtem Leserbrief zu Aussagen des Arbeitgeberverbandes geäußert. Dadurch sah sich der Firmenchef Kurt Dambach persönlich beleidigt. Der honorige Herr, Ehrenbürger und ehemaliges Gemeinderatsmitglied in Gaggenau, Ehrensenator der TU in Karlsruhe, fühlte sich als „Lohnräuber" tituliert. Er warf den Jugendvertreter unter Mißachtung des Kündigungsschutzes aus dem Betrieb. Fristlos.

Unter einer Bedingung, so erklärte er, sei er zu einer Rücknahme der Kündigung bereit: Wenn der Jugendvertreter sich im Sinne einer Abbitte für den Leserbrief bei ihm entschuldige und außerdem bereit sei, sein Amt als Jugendvertreter niederzulegen und in Zukunft von gewerkschaftlichen Aktivitäten abzusehen.

Diese Erpressung hat in der Gaggenauer Arbeiterschaft, auch bei Betriebsräten anderer Firmen, Empörung hervorgerufen. Sollte es bei der Kündigung bleiben und zu einem Arbeitsgerichtsprozeß kommen, ist dem Gefeuerten breite Unterstützung gewiß. Auch durch die IG Metall. Deren Bevollmächtigter Heinz Goll kommentierte den Vorfall unter Hinweis auf die Kündigungsschutzvorschrift des Betriebsverfassungsgesetzes für Jugendvertreter, wonach eine Kündigung nur im Falle einer strafbaren Handlung oder einer ansteckenden Krankheit zulässig ist: „Seit wann ist die Äußerung der Meinung eine ansteckende Krankheit?"

Eine Untersuchung des DIW zeigt

Industrieproduktion weiter gesunken

Arbeiter brachten die Opfer

Eine in der letzten Woche veröffentlichte Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung (DIW) zeigt deutlich die Tendenz der Kapitalisten, ihr Kapital aus weniger profitbringenden Bereichen abzuziehen.

Dabei gehen die Wissenschaftler, die für die Unternehmerverbände arbeiten, davon aus, daß sich die bundesdeutsche Wirtschaft seit dem letzten Vierteljahr 1979 in einer Phase des Abschwungs befindet.

In den Monaten bis zum Ende des Jahres 1980 fiel die bundesdeutsche Industrieproduktion um 1,5 Prozent, im Jahr darauf stagnierte diese Ziffer im wesentlichen, während es 1982 einen weiteren Rückgang um 2,7 Prozent gegeben habe. Dabei ging der Absatz von Industriegütern im Inland um rund 4 Prozent zurück (preisbereinigt), im Export stieg er aufgrund früherer Bestellungen nochmals um 1,5 Prozent.

Alles das hat dazu geführt, je Beschäftigten wiederum um 1,4 Prozent anstieg. Also: Die alte Kapitalistenlosung „weniger Arbeiter müssen mehr arbeiten." Zweitens sollte man sich daran erinnern (siehe auch den letzten RM), daß in nahezu eben diesem ganzen genannten Zeitraum seit Ende 1979 die Kapitalisten über 50 Milliarden Mark ins Ausland verschoben haben. Sowohl mit industriellen Beteiligungen als auch mit einer anwachsenden Masse von spekulativen Geldern, die etwa die



daß die bestehenden Produktionsmöglichkeiten der westdeutschen Industrie am Ende des letzten Jahres nur noch zu 86 Prozent ausgenutzt wurden, ein Tiefstand wie er bisher nur in der Krise des Jahres 1967 erreicht worden war. Am tiefsten fiel dabei die Auslastung im Bereich der Produktion von Produktionsgütern, wo die vorhandenen Kapazitäten nur noch zu 75 Prozent ausgelastet waren, so wenig wie noch nie in der bundesdeutschen kapitalistischen Wirtschaft.

Zwei Dinge zeigen, wie die Kapitalisten aus dieser Krise herauszukommen versuchen, Nutzen für sich daraus zu ziehen versuchen: Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten sank im letzten Jahr um sage und schreibe 6,2 Prozent, während die Leistung Hälfte dieser Summe ausmachen.

Dies zeigt in aller Deutlichkeit, wie verlogen die Behauptungen sind, alle müßten den Gürtel enger schnallen, müßten Opfer bringen, dann werde es wieder einen „Aufschwung" geben. Abgesehen davon, daß dies auch klar die siegreiche CDU-Wahlpropaganda vom bereits begonnenen Aufschwung widerlegt. Weder gibt es diesen Aufschwung, noch schnallen alle den Gürtel enger.

Die Alternative steht, daß entweder die Arbeiter und Angestellten oder die Kapitalisten die Opfer bringen müssen. Deshalb muß der Widerstand gegen diese Politik sich in der Richtung der Losung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" entwickeln, wenn er eine erfolgreiche Perspektive haben will.

Klare Sprache

Auf der Handwerksmesse in München traten sie im Duo auf: Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Und sie sprachen eine klare Sprache, am Vorabend der Wahlen.

Beider gemeinsames Stichwort war „Lohnverzicht". Nicht, daß sie es so direkt gesagt hätten, nur meinten eben beide, die Löhne seien so hoch, daß sich viele Handwerksbetriebe nicht mehr lohnten. Und damit keine Unklarheit aufkommen konnte, wessen Löhne gemeint sind, griff sich jeder der beiden unter der lebhaften Zustimmung der anwesenden Kapitalisten eine „Zielgruppe" besonderer Art heraus.

Das waren zum einen die ungelernten Arbeiter. Sie bekämen für ihre „niedrige Tätigkeit" einfach zu viel. Und einfach zu viel bekommen auch die Lehrlinge. Man weiß ja, daß gerade im Handwerk weit überdurchschnittlich viele Lehrlinge sind. Und heute, wo es allüberall in Mode gekommen ist, zu behaupten, diese Lehrlinge würden nur Geld kosten, aber keines einbringen, da fühlen sich die Handwerksmeister wohl, wenn jemand ihre Meinung so eindeutig bestätigt.

Die vielbeschworene Opferbereitschaft der Arbeiter, hier wird sich wohl recht bald zeigen, was damit gemeint ist.

Polizeiprozesse

Zwei Prozesse laufen in diesen Tagen in Dortmund gegen Polizisten. Zum einen der wegen der klauenden Sondereinheit, wo bisher 14 Anklagen erwartet werden. Zum anderen das Duo Murawski und Weist, das mit seinen Leuten im letzten September einen „kleinen Privatüberfall" auf ein besetztes Haus organisierte.

Nebenbei zu bemerken sind noch weitere Polizeiprozesse in Berlin, Hamburg, Köln und Bochum. Ein rundes halbes Dutzend also. Und das ziemlich zur selben Zeit. Da geht es um alles: Klauen, Töten, Bestechen, Dealen, Zuhälterei, Querbeet.

Aber der Fall der Herren Murawski und Weist hat natürlich einen etwas anderen Charakter. Geht es bei den anderen Dingen darum, daß deutlich wird, daß eine Uniform noch keinen anständigen Menschen ausmacht, so geht es hier um ein direktes Politikum. Ein Überfall einer Polizeischlägertruppe. Natürlicherweise ist die Empörung in breiten Kreisen der Bevölkerung bei den anderen Fällen größer, denn da geht es ja nicht um politische Haltungen, sondern nur darum, daß die vielen Fälle von Verstößen gegen das Gesetz durch Polizisten immer augenfälliger werden.

Aber solche Privatüberfälle offenbaren im Kleinen eine eigene politische Richtung. Im Großen, im Brutaleren kannte man dies bisher aus Ländern wie Brasilien, wo zehn Jahre lang die Todesschwadrone jegliche oppositionelle Regung terrorisierten und mordeten. In Eigenjustiz vorgehende Polizisten waren die Mörder. Und um in Eigenjustiz vorgehende Polizisten handelt es sich eben auch hier in Dortmund, auch wenn es, den Umständen entsprechend, weitaus weniger blutig war. Wehret den Anfängen muß auch hier die Losung aller Demokraten sein. Aber auch dieser Fall wird, wie die anderen, in den Medien — bestenfalls — unter der Rubrik „Skandale" behandelt. Das sollte man nicht hinnehmen. In Dortmund nicht und auch nicht anderswo.

Geschafft ...

haben es die Bonner Parteien. Ihr erstes Etappenziel. Bei der „Überwindung des Flick-Skandals", wie es im Fernsehen ein Sprecher sagte. Überwindung im Sinne von Vergessenmachen, versteht sich. Denn es lief für sie sehr gut. Weil bis zur Wahl nichts lief. Überhaupt nichts.

Obwohl die immer neuen Enthüllungen, die vom „Stern" und der „Frankfurter Rundschau" geliefert wurden, mehr als Grund genug für sehr weitreichende Maßnahmen abgegeben hätten. Aber das einzige, was geschah, war ein Untersuchungsausschuß, der seine Arbeit aufnahm. Eine Arbeit, die darin bestehen soll, zu untersuchen, nicht etwa was war, sondern wie es an die Öffentlichkeit kommen konnte. Für die Herren auch wahrhaft ein Problem — was könnte da nicht noch alles aufgedeckt werden.

Ansonsten herrscht Empörung. Immer wenn das Thema angesprochen wird, sind vor allem die Führer von CDU und FDP empört. Strauß läßt so etwas kalt. Und als Partei am meisten profitiert hat ja wohl die FDP, die ja auch den Wechsel verkauft hat.

Die Grünen waren dabei bezeichnenderweise die einzigen, die dieses Thema immer wieder anschnitten — unterschiedlich scharf — und dadurch mit Sicherheit Sympathie gewannen. Ansonsten funktionierte das Schweigekartell. Aber: ausgestanden ist diese „Sache" noch nicht. Aufklärung und Bestrafung der Korrupten muß immer wieder gefordert werden.

Veranstaltungen

Veranstaltung der KPD Köln:

„Marxismus — aktuell wie vor 100 Jahren"

Diskussionsveranstaltung
Mittwoch, den 16. März, 19 Uhr
In der „Severinstorburg" am Chlodwigplatz

Veranstaltung der *Volksfront* in Dortmund:

„Die Wirtschaftspolitik der Nazis"

Referate mit Diskussion
Freitag, den 18. März, 20 Uhr
Haus Göbbeln, Schützenstraße

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

NATO, NATO über alles

Die NATO ist wieder einmal bedroht. Diesmal durch „konkret“.

Bei der vor einiger Zeit vorgenommenen Durchsuchung der Redaktionsräume und Beschlagnahme der Unterlagen zur Berichterstattung über den Langemann-Skandal ließen die Staatsschützer auch einen Stapel Fotokopien mitgehen. Kurz darauf ließ Rebmann die „konkret“-Redaktion übers Fernsehen warnen: Sie solle sich unterstehen, Inhalte dieser Papiere zu veröffentlichen. Worum es dabei geht, ließ er dann aber offensichtlich selber der „Welt“ zukommen: Es „wurden NATO-Dokumente der höchsten Geheimhaltungsstufe sichergestellt. Nach Informationen der ‚Welt‘ beschlagnahmte die Bundesanwaltschaft neben anderen Gegenständen elf Dokumente der NATO, die — obwohl ihr Anfertigungsdatum Jahre zurückliegt — zu den streng gehüteten Geheimnissen des Bündnisses gehören und mit dem Geheimhaltungsgrad ‚Cosmic‘ versehen waren.

Es handelt sich dabei um Pläne für den Fall, daß der Westen auf einen atomaren sowjetischen Raketenüberfall reagieren muß. In diesen Unterlagen ist unter anderem festgelegt, welche Ziele in der Sowjetunion im Falle eines militärischen Ersteinsatzes Moskaus im Gegenzug angegriffen werden sollen.“

Man sollte nicht vergessen, daß die Amis dieses Jahr noch atomare Erschlagswaffen in der BRD stationieren wollen.

Zu gewissen Verdächtigungen in diesem Zusammenhang sei die „konkret“ selbst zitiert.

„...der ‚Deutsche Depeschen Dienst (ddp)‘ weiß: ‚In diesem Zusammenhang hieß das, es gebe gute Kontakte von Herausgeber Hermann L. Gremliza und Chefredakteur Manfred Bissinger zur Führung in Ostberlin. Wie aus Kreisen der Sicherheitsbehörden weiter verlautete...‘

Ach, wenn es doch so wäre! Dann müßte man jetzt nur noch die Regierung der DDR bitten, im ‚Neuen Deutschland‘ diese bei ‚konkret‘ gefundenen NATO-Dokumente zu veröffentlichen. Dann könnte ‚konkret‘ sie nachdrucken, ohne Gefahr zu laufen, seine Redakteure im Knast wiederzufinden.“

Redakteur Jürgen Saupe betont: „Nicht die Bekanntgabe der Dokumente gefährdet unser Land. Umgekehrt: Die Politik und Strategie, die solche Dokumente fabrizieren, sind die eigentliche Gefahr.“

Wer über Gefahren aufklären will, setzt sich in diesem unserem Land Verfolgungen aus. Wie ist doch Rebmanns Motto? „In unserem Staat leidet nicht die Pressefreiheit Not, sondern eher die innere Sicherheit.“

Auf jeden Fall hat „konkret“ die bisher detaillierteste Karte über Atomwaffenstandorte in der Bundesrepublik veröffentlicht. Zur Information unserer Leser drucken wir sie hier nach.

Depots

A	Lager für Atomwaffen

Trägersystem (mobil)

H1	Haubitzen (Selbstfahrlafetten), Kaliber 155 mm — geeignet für Atomsprengköpfe, geplant für chemische Granaten und Neutronensprengköpfe. Reichweite ca. 20 Kilometer.
H2	Haubitzen (Selbstfahrlafetten) vom Kaliber 203,2 mm — geeignet für Atomsprengköpfe, geplant für chemische Granaten und Neutronensprengköpfe. Reichweite ca. 20 Kilometer
L	Lance-Raketen — für Atom- und Neutronensprengköpfe. Reichweite 120 Kilometer.
P-IA (USA)	Pershing-IA-Raketen der US-Air-Force — für Atomsprengköpfe. Reichweite 160-720 Kilometer. Geplant: Ersatz durch Pershing-II-Raketen mit 1.800 Kilometern Reichweite.
P-IA (BRD)	Pershing-IA-Raketen der Bundesluftwaffe — für Atomsprengköpfe. Reichweite 160-720 Kilometer. Geplant: Ersatz durch Pershing-IB-Raketen. Reichweite 800 Kilometer.

Trägersysteme mit Atomsprengköpfen, zum Teil in ständiger Alarmbereitschaft (Quick Reaction Alert)

N	Nike-Herkules-Raketen — für Atomsprengköpfe. Reichweite 150 Kilometer. Geplant: Ersatz durch konventionell bestückte, 'intelligente' Patriot-Raketen.
P-IA (USA)	Quick-Reaction-Alert-Stellung für Pershing-IA-Raketen der US-Air-Force. Geplant: Bestückung mit Pershing II
P-IA (BRD)	Quick-Reaction-Alert-Stellung für Pershing-IA-Raketen der Bundesluftwaffe. Geplant: Bestückung mit Pershing IB
S	Atombomber und Lager für Atomwaffen

In ständiger Bereitschaft: Pershing-IA-Raketen der Bundesluftwaffe

Konkret

2,3 Milliarden für die Amis?

Im Jahre 1985 wollen die in Westdeutschland stationierten US-Truppen näher an die Grenze der DDR heran. Die westlich des Rheins im Raum Mannheim, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und Baumholder gelegenen Brigaden der 8. US-Infanteriedivision sollen nach Grafenwöhr, Gießen und Wildflecken kommen. Begründung: Kürzere Zeit bis zur Einsatzbereitschaft, und: komfortablere Kasernen.

Die beabsichtigte Verlegung kostet viel Geld. Die USA verlangen von der Bundesregierung eine Kostenbeteiligung von 2,3 Milliarden Mark.

Wir meinen: Jeder Pfennig ist zuviel! Der Staat stiehlt uns jeden Pfennig, dessen er habhaft werden kann, bei den Sozialleistungen, die Reallöhne werden abgebaut — 2,3 Milliarden sollen mal so locker für die schnellere Kriegsbereitschaft amerikanischer Truppen rausgeschmissen werden? Eine Unverschämtheit!

Auf zaghafte Bedenken in Bonn (bezüglich der Kosten, nicht des militärischen Vorgangs), reagierten die Amis gleich, wie das ihre Art ist, mit Erpressung. Aber ist das ein Druckmittel, wenn sie sagen: Der US-Kongreß sei nur bereit, seine Zustimmung zur Finanzierung eines langfristigen Modernisierungsprgramms für die US-Streitkräfte in Europa zu geben, wenn sich die Bundesregierung „signifikant“ an den Verlegungskosten beteilige? Sollte man sie nicht lieber beim Wort nehmen?

Je moderner die US-Truppen bei uns ausgerüstet sind, desto schlimmer für uns. Desto schleunigter die Kriegsvorbereitung. Nicht vergessen: Der größte Hit im Modernisierungsprogramm sind die neuen Erstschlags-Mittelstrecken-Atomwaffen!

Wir sagen: Keinen Pfennig für die Kriegsverbrecher-Armee. Keine Verlegung in Deutschland, keine Modernisierung, überhaupt keine US-Truppen in unserem Land: Ami go home!

13. März in Schleswig-Holstein:

Wählt die Linke Liste!

In Schleswig-Holstein finden am 13. März Landtagswahlen statt. Stoltenberg-Zögling und CDU-Rechtsaußen Barschel will Ministerpräsident werden. Die CDU wird sicher versuchen, den Endspurt des Wahlkampfes mit der Sogwirkung des Sieges in der Bundestagswahl zu führen. Wir rufen auf: Keine Stimme der schwarzen Reaktion! In Kiel, Neumünster und Lübeck: Wählt die Linke Liste Schleswig-Holstein!

Das engere Zusammenrücken aller linken, klassenkämpferischen Kräfte ist in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Sieges der Schwarzen vom 6. März, dringend geboten. Die politischen Kräfte, die die Bildung der Linken Liste in Schleswig-Holstein propagiert und durchgesetzt haben, haben den richtigen Weg eingeschlagen. Sie stellen sich als echte linke Alternative in drei Städten zur Wahl. Das Programm der Linken Liste (siehe RM 7 und 8/83) ist eine konsequente Kampfansage gegen den Kurs der Umverteilung von unten nach oben, gegen den Kurs der politischen Reaktion. Es durchzusetzen, ist absolut nicht nur Sache eines Wahlkampfes. Im Gegenteil: Es kommt darauf an, daß sich alle, die dieses Programm bejahen, auch nach den Wahlen zusammenfinden, um für seine Verwirklichung zu kämpfen, um den nun zu erwartenden noch härteren Angriffen auf Lebenslage und Rechte der Werktätigen zu begegnen. Das ist auch das erklärte Ziel der Kandidaten und Unterstützer der Linken Liste selbst.

Veranstaltung

der Linken Liste Schleswig-Holstein

Am 12. März in Neumünster
AJZ (Aktion Jugendzentrum) Friedrichstraße
Beginn 16 Uhr
Mit Beiträgen der Kandidaten und Kulturprogramm (Bremer Stadtquerulanten, Flensburger Musiker)

Bundesweite Proteste gegen Zimmermanns Pläne

Die Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission zur Ausländerpolitik (vgl. letzten RM) sind auf den entschiedenen Protest von Demokraten und Organisationen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit im ganzen Land gestoßen.

Verschiedene Pressekonferenzen von Initiativen haben stattgefunden. Auf einer solchen Konferenz in Bonn warf der Bochumer Germanistikprofessor Dr. Jürgen Link vom Arbeitskreis für Lösung der Integrationsprobleme und dem Sozialen Mißbrauch der Wissenschaft für rassistische Zwecke den Politikern aller Parteien vor, zwar einhellig die rassistische Sprache des berüchtigten Heidelberger Manifestes abzulehnen, in ihrem Maßnahmekatalog aber bis hin zu wörtlicher Übereinstimmung eine ähnliche oder dieselbe Sprache zu sprechen. So stehen folgende Forderungen des „Manifests“ auch in dem offiziellen Bericht: Familienzusammenführung nur in der Heimat; das Rotationsverfahren; Rückkehrpflicht beim Empfang von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe; sogenannte Rückkehrhilfen. Der Arbeitskreis sieht in den Kommissionsempfehlungen eine „wahrscheinlich katastrophale Signalwirkung auf nationalistische Strömungen“.

Unionsparteien bestimmen Ausländerpolitik

Jetzt ist das Schlimmste zu befürchten

Kurz vor der Wahl hatte Helmut Kohl bei der Entgegennahme des Berichtes der „Ausländerkommission“ erklärt, eine Entscheidung über die Empfehlungen werde vertagt. Jetzt, wo die Union die Wahl gewonnen hat, ist allerdings das Schlimmste zu befürchten.

Wachsamkeit, Abwehrbereitschaft tut not. Aufklärung über und Widerstand gegen das, was die Regierung mit unseren ausländischen Mitbürgern vorhat.

In einer „die Nachdenklichkeit fördernden Atmosphäre“ solle der Bericht „alsbald diskutiert“ werden, sagte Kohl. Er wollte wohl doch nicht in der letzten heißen Phase des Wahlkampfes mit ganz klaren Entscheidungen an die Öffentlichkeit treten. Es steht allerdings so gut wie fest, daß der Bericht noch vor der parlamentarischen Sommerpause behandelt wird. Und daß die Regierung dann daran geht, ihre volksfeindlichen Pläne in die Tat umzusetzen, die der vollständigen Entrechtung der Ausländer, der Aufhetzung der deutschen Bevölkerung gegen sie und damit auch der Spaltung und Schwächung der westdeutschen Arbeiterklasse dienen. Es droht die kurz- und mittelfristige Ausweisung von über zwei Millionen Ausländern, eine Forderung, mit der die Unternehmer ja bereits kaum verhüllt an Helmut Kohl herangetreten sind.

In einer Stellungnahme zum Kommissionsbericht wies die Vorsitzende der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF), Rosi Wolf Almanasreh, darauf hin, daß bereits jetzt in unionsgeführten Ländern eine „generelle Verschärfung der Bürgerkontrolle nicht nur für Ausländer festzustellen ist. So müssen schon heute Frauen in Stuttgart, die Ausländer heiraten wollen, auf dem Standesamt eine Erklärung unterschreiben, daß sie im Falle der Ausweisung ihres Gatten ebenfalls auswandern würden.“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 47, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Provokation der Bauunternehmer: geteiltes Angebot!

Den Anfängen wehren!

FRANKFURT. — 1,5 Prozent für alle, aber für die Baufacharbeiter (Lohngruppen eins bis drei) zusätzlich 1 Prozent. Dieses Provokationsangebot legten die Unternehmer bei den Tarifverhandlungen in der Bauindustrie vor.

In zweierlei Hinsicht stellt dieses Angebot alles in den Schatten, was man an Unternehmerprovokationen inzwischen schon bei Tarifverhandlungen gewohnt ist. Einmal von der Höhe oder besser Niedrigkeit her. Dies ist das niedrigste Angebot, das bislang von den Unternehmern auf den Tisch gebracht wurde. Eine Verhöhnung der schwer arbeitenden Kollegen vom Bau! Zum zweiten aber ist dies ein unverfrorener Versuch, die rund eine Million Bauarbeiter zu spalten.

Ein geteiltes Angebot, mit dem die ungelernten Arbeiter und die Facharbeiter auseinanderdividiert und die ohnedies schlechter verdienenden Kollegen doppelt benachteiligt werden sollen, das hat es bislang noch in keiner Tarifrunde gegeben. Damit wollen die Bauunternehmer die gewerkschaftliche Solidarität zerstören. Eine Gewerkschaft, die sich nicht kompromißlos gegen derartige Angriffe wehrt, schaufelt sich das eigene Grab. Hier heißt es doch: Wehret den Anfängen!

Die Reaktion der IG-Bau-Führung aber war pflaumenweich. Anstatt schärfsten Protest anzumelden und die Basis gegen diese Provokation zu mobilisieren, erklärte der neue Vorsitzende der IG Bau lediglich lakonisch, dieses Angebot sei „nicht ausreichend". Das ist doch geradezu eine Ermunterung der Unternehmerseite, und muß zur Verbreitung von Resignation und Hilflosigkeit im gewerkschaftlichen Lager führen (siehe auch den Kommentar „Hemmungslos für Lohnverzicht").

Aus unseren Betriebszeitungen

Die lautlosen Killer oder: 550 und kein Ende

„Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD für Siemens/Witten

Ende Februar 1982 gab es in diesem Betrieb über 1 660 Arbeiterinnen und Arbeiter. Ende Februar 1983 gibt es in diesem Betrieb weniger als 1 120 Arbeiterinnen und Arbeiter. Ohne die Angestellten wurden von Siemens in einem Jahr in Witten rund 550 Arbeitsplätze vernichtet. Das entspricht der Belegschaftsstärke eines mittleren Betriebes. Hätte aber ein Betrieb mit 550 Leuten in Witten dichtgemacht, so hätte das ganz sicher groß in den Zeitungen gestanden.

Jetzt haben wir selbst erlebt, wie es Siemens gelingen konnte, im letzten Geschäftsjahr 17 000 Arbeitsplätze wegzurationalisieren, ohne daß die Öffentlichkeit das überhaupt mitgekriegt hat. Gäbe es einen Preis für den perfektesten Arbeitsplatzkiller, so hätte Siemens gute Chancen, ihn zu kriegen.

Und die Arbeitsplatzvernichtung ist noch nicht zu Ende. Vorläufig sollen zwar keine Entlassungen oder Abfindungsaktionen anstehen, aber es soll auch in den nächsten eineinhalb Jahren (und wahrscheinlich auch weiter) für keinen, der hier aufhört, ein Neuer eingestellt werden.

„Je länger man hier ist — desto weniger verdient man!"

Das ist mittlerweile einer der häufigsten Sprüche in der Fertigung. Wie viele Frauen gibt es, die heute auch nicht annähernd das verdienen, was sie vor zwei Jahren hatten! Die einen sind von Akkord in Zeitlohn gesetzt worden für zwei, vier DM weniger die Stunde. Die anderen sind in den letzten zwei Jahren auf drei oder vier verschiedene Arbeitsplätze gesetzt worden — jedes Mal mit Lohnverlust, versteht sich. Den nächsten wurden die Minuten so gekürzt, daß sie von ihrem vorherigen Lohn nur noch träumen können. Und außerdem lagen die beiden letzten Lohnerhöhungen bekanntermaßen unter der Teuerungsrate.

Und dann will man uns weißmachen: Lohnverzicht sichert Arbeitsplätze? Wenn das stimmen würde, müßten wir seit zwei Jahren bombensichere Arbeitsplätze haben. Andersherum stimmt es: Siemens vernichtet unsere Arbeitsplätze und versucht dabei, unsere Angst auszunutzen, um auch noch unsere Löhne in den Keller zu drücken.



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Opfer sollen wir bringen, wird uns gesagt, dann würde es besser. Für weniger Geld mehr arbeiten und nicht mehr krank werden. Aber: Wenn wir alle noch mehr arbeiten, werden für die gleiche Menge Arbeit weniger Leute gebraucht. Wenn wir alle krank zur Arbeit kommen, macht jeder von uns mehr Stunden im Jahr, und es werden für die gleiche Menge Arbeit weniger Leute gebraucht.

Durch weitere Opfer werden unsere Arbeitsplätze nicht sicherer, sondern unsicherer. Nicht Opfer, sondern Widerstand ist notwendig. Sich nicht hetzen lassen, auch wenn plötzlich alle Typen eilig sind. Zu Hause bleiben, wenn wir krank sind, statt unsere Gesundheit zu ruinieren. Für Lohnerhöhung kämpfen, denn wir haben nichts davon, daß Siemens reicher wird. Nicht Ja und Amen sagen und auf bessere Zeiten hoffen — denn wenn wir nichts ändern, ändert sich nichts!



Das Foto zeigt eine Metallerdemonstration vom 1. März in Düsseldorf.

IG-Bau-Führung geht gegen aufmüpfige Funktionäre vor

Stuttgarter Bezirksvorstand gefeuert

STUTTGART. — Unter fadenscheinigen Vorwänden hat der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden jetzt den gesamten neunköpfigen Vorstand des Bezirks Stuttgart seines Amtes enthoben. Bezirksgeschäftsführer Schramm wurde fristlos entlassen. Zwischen dem Stuttgarter Bezirk und der Frankfurter Zentrale der Bauarbeiter-Gewerkschaft schwelte schon seit Monaten ein Konflikt.

In der Nacht von Montag auf Dienstag tat sich seltsames im Stuttgarter DGB-Haus. Aus Frankfurt angereiste Vertreter des BSE-Hauptvorstands nisteten sich im Büro des BSE-Bezirksvorsitzenden Gerhard Schramm ein. Als Schramm am Dienstagmorgen eintraf, wurde ihm die schriftliche Kündigung überreicht. Büro- und Autoschlüssel mußte er sofort abgeben. Gerhard Schramm hatte sein Gewerkschaftsamt immerhin seit zwölf Jahren ausgeübt.

Gleichzeitig mit dem Rausschmiß Schramms erklärte die Frankfurter BSE-Spitze kurzerhand den gewählten neunköpfigen Bezirksvorstand für abgesetzt. Dies, obwohl der Bezirksvorstand bereits vom Hauptvorstand bestätigt und mehr als ein Jahr im Amt war.

Begründet wird dieses putschartige Vorgehen von der Frankfurter IG-Bau-Spitze mit der Behauptung, die Stuttgarter Bezirksorganisation sei nicht so aufgebaut, wie die Bundessatzung es vorschreibt. Die Bundessatzung es vorschreibt. Daher sei die Wahl des Bezirksvorstandes auf „unrechtmäßige" Weise zustandegekommen.

Diese Begründung erweist sich jedoch als vorgeschoben. Zwar ist richtig, daß die Organisationsstruktur der BSE im Bezirk Stuttgart nicht ortsbezogen (wie in dieser Gewerkschaft üblich), sondern betriebs- und berufsbezogen ausgerichtet ist. Aber das ist bereits seit 1974 der Fall. Seitdem haben bereits zweimal Vorstandswahlen stattgefunden, die vom Hauptvorstand jeweils bestätigt worden waren.

Tatsache ist, daß sich die Stuttgarter Organisationsstruktur bisher bewährt hat als die ansonsten in der IG Bau übliche. So kann der jetzt gefeuerte Bezirksvorsitzende Gerhard Schramm auf bemerkenswerte Erfolge verweisen. Seit seiner Amtsübernahme vor zwölf Jahren hat sich die Mitgliederzahl der Bau-Gewerkschaft in Stuttgart nahezu verdreifacht. Und während seit Monaten in der BSE insgesamt zurückgehende Mitgliedszahlen beklagt werden müssen, kann der Bezirk Stuttgart immer noch steigende Mitgliederzahlen melden.

In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Strafexpedition der Gewerkschaftsspitze gegen einen aufmüpfigen Bezirk.

Die Vorgeschichte des rabiaten Losschlagens vom letzten Dienstag: Auf dem letzten Gewerkschaftstag der BSE im Oktober vergangenen Jahres hatte Gerhard Schramm für den geschäftsführenden Hauptvorstand kandidiert, und zwar gegen den Willen der etablierten Spitzenfunktionäre um den damaligen Vorsitzenden Rudolf Sperner, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Durch blitzschnelle Satzungsänderungen, mit denen viele Delegierte offenbar überrumpelt wurden, ließen Sperner und Konsorten die Anzahl der Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes von neun auf sieben Mitglieder verringern. Dadurch wurden die Chancen Schramms, gewählt zu werden, zunichte gemacht.

Ein Stuttgarter BSE-Mitglied reichte später beim Frankfurter Landgericht Klage ein, mit dem Ziel, die Wahlen des Gewerkschaftstages und die Satzungsänderungen für ungültig erklären zu lassen. Die Erfolgsaussichten dieser Klagen scheinen günstig zu sein (vgl. RM 4/83, S. 4).

Der Bundesvorstand versuchte dann im Januar, die Delegiertenkonferenz der Stuttgarter IG Bau dazu zu drängen, sich von dieser Klage zu distanzieren. Erfolglos. Auch daß der Bundesvorstand beim Landgericht den Streitwert der Klage von 4000 auf 850000 Mark heraufsetzen ließ, nutzte ihm nichts. Das Gewerkschaftsmitglied, das die Klage eingereicht hatte, sollte auf diese Weise zu einem Rückzug gezwungen werden. Die Delegierten aber erklärten, daß sie den Kollegen finanziell unterstützen würden, notfalls auch durch eine Spendenkampagne.

Die Kollegen in Stuttgart interpretierten den blindwütigen Schlag gegen den gewählten Bezirksvorstand u.a. so, daß der Bezirk Stuttgart bei einer eventuell fälligen Neuwahl des Bundesvorstands auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag von vornherein ausgeschaltet werden und daß Schramm die Möglichkeit für eine neuerliche Kandidatur von vornherein genommen werden soll.

Das Vorgehen der IG-Bau-Führung hat in Stuttgart auch bei den anderen Einzelgewerkschaften Empörung ausgelöst. Unter hauptamtlichen Funktionären werden Unterschriften unter eine Protesterklärung gesammelt. Für den fristlos entlassenen Gerhard Schramm haben Kollegen einen Sonderfonds eingerichtet. Schramm will auch vor dem Arbeitsgericht gegen seine Entlassung klagen.

Hemmungslos für Lohnverzicht

Es liegt uns fern, zu behaupten, daß von den Einzelgewerkschaften des DGB heute auch nur eine einzige eine Führung besitzt, die eine konsequente Lohnpolitik im Sinne der Arbeiterinteressen verfolgt. Gewiß: Wenn ein Eugen Loderer zuweilen lautstark von Reallohnsicherung tönt, die das unabdingbare Ziel der IG Metall sei, so hören die Kapitalisten das gar nicht gern. Dienen solche Parolen doch nicht gerade dazu, die Arbeiter zur Einsicht und Verzichtsbereitschaft anzuhalten, so wie die Kapitalisten sich das wünschen. Aber die Herren Geldsäcke können sich trösten. Wissen sie doch ganz genau, daß der Loderer mit seinen markigen Sprüchen es so ernst nun auch wieder nicht meint. Jüngstes Beispiel für Loderers diesbezügliche Zuverlässigkeit ist der Nacht- und Nebel-Abschluß bei den Volkswagen-Werken, der mit Reallohnsicherung ungefähr genausoviel zu tun hat, wie eine trockene Frikadelle mit einem saftigen Steak.

Und doch. Vergleicht man Loderers Auftritte in der Tarifrunde mit denen gewisser anderer Gewerkschaftsführer, so könnte einem der IGM-Chef noch geradezu als ehrlicher und konsequenter Gewerkschafter vorkommen. Man muß da nicht unbedingt an gewisse US-amerikanische Gewerkschaftsbosse denken, die bereits soweit gekommen sind, statt über Lohnerhöhungen über drastische Lohnkürzungen zu verhandeln. Warum denn in die Ferne schweifen, wenn ein Rappe ist so nah ...

Zugegeben, über Lohnkürzungen im direkten Sinne verhandelt der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe nicht (noch nicht). Aber weit ist er davon nicht mehr entfernt, wenn er in dieser Lohnrunde bereits von vornherein auf die Aufstellung einer konkreten Lohnforderung verzichtet hat. Rappe tritt ganz offen für den weiteren Abbau der Reallöhne ein. Er, der das Zigfache von einem durchschnittlichen Arbeiterlohn bezieht, ist der Meinung, daß die Arbeiter und Angestellten den Gürtel ruhig enger schnallen sollen. Schließlich muß doch gesichert sein, daß die Kapitalisten ihre Profite trotz Wirtschaftskrise weiter in astronomische Höhen schrauben können! Oder nicht?

Aber es ist nicht nur der Rappe. Auch GTB-Chef Gottfried Keller ist ein solcher famoser Interessenvertreter, wie ihn sich die Kapitalisten nur wünschen können. Auf sein Betreiben geht auch die Gewerkschaft Textil und Bekleidung dieses Jahr ohne Lohnforderung in die Tarifverhandlungen. Dies, obwohl gerade in diesem Industriezweig ein Großteil der Beschäftigten, besonders die Arbeiterinnen in den Textil- und Kleiderfabriken, sich für wahre Hungerlöhne abschinden müssen. Das interessiert den Herrn Keller aber nicht. Dazu ist er viel zu sehr durchdrungen von wirtschaftlicher Vernunft.

Genauso auch Kellers Freund Döding, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten. Döding hat ebenfalls nicht zuletzt die Interessen vieler weiblichen Beschäftigten zu vertreten, die jämmerlich wenig verdienen. Aber in Wahrheit vertritt Döding diese Interessen nicht, sondern er zertritt sie. So auch wenn er, wie unlängst geschehen, als Einstimmung für die nahende Tarifrunde öffentlich verkündet, die NGG sei für einen Lohnverzicht durchaus zu haben.

Es wäre ungerecht, in diesem Zusammenhang nicht auch den neuen Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Konrad Carl, zu nennen. Mit einem Angebot, das nicht nur das niedrigste aller bis jetzt vorgekommenen Angebote ist, sondern das zudem noch einen beispiellos unverfrorenen Spaltungsversuch darstellt (siehe nebenstehenden Bericht), verhöhnen die Bauunternehmer eine Million Bauarbeiter. Und wie reagiert Konrad Carl? Kündigt er Protestaktionen und Kampfmaßnahmen an? Weist er das Angebot wenigstens in aller Schärfe als unerhörte Provokation zurück? Keineswegs. Lakonisch bezeichnet er dieses Hohnangebot als „nicht ausreichend".

Inwiefern nicht ausreichend? Nicht ausreichend spalterisch? Nicht ausreichend niedrig? Oder sollte Herr Carl das als Bitte an die Unternehmer gemeint haben, doch ein bis zwei Zehntelprozentchen draufzulegen?

Solange Leute wie Rappe, Keller, Döding und Carl in den Gewerkschaftsvorständen sitzen, können die Unternehmer zufrieden sein. Da ist Lohnraub doch noch ein leichtes Spiel!

Belegschaften wehren sich gegen Arbeitsplatzvernichtung

Rund um die Uhr halten Bücking-Beschäftigte Wache

Auch in der letzten Woche erreichten uns wieder Meldungen verschiedener Widerstandsaktionen von Belegschaften gegen Arbeitsplatzvernichtung und Stillegungspläne.

Wie bereits im letzten RM berichtet, wehrt sich die 380 Beschäftigte zählende Belegschaft des Bekleidungsherstellers **Bücking** in der oberhessischen Kleinstadt **Alsfeld** gegen die Stillegung ihres Werkes. Der Konkurs des Unternehmens, das Freizeit-, Berufs- und Sportkleidung herstellt, wurde von den Banken erzwungen.

Als am 22. Februar die Stillegung bekanntgegeben wurde, besetzten Belegschaftsmitglieder spontan den Betrieb. Es wurden 5000 Flugblätter in ganz Alsfeld verteilt mit der Überschrift „Helft alle mit — Bücking darf nicht sterben!" Ein Schweigemarsch durch Alsfeld wurde durchgeführt. Zur gleichen Zeit ertönten in Alsfeld Fabriksirenen, läuteten die Glocken und mehrere tausend Beschäftigte in Alsfelder Betrieben legten aus Solidarität für zehn Minuten die Arbeit nieder.



Mehrere hundert Menschen, Beschäftigte des betroffenen Werkes und Bottroper Bürger, demonstrierten am 1. März gegen die Stillegung des Krups-Werkes in Bottrop.

Seit dem 22. Februar bewachen nun 30 Männer und Frauen der Belegschaft rund um die Uhr das Werk, um den Abtransport von Maschinen und Material zu verhindern. Ein Konzept zur Weiterführung des Betriebes in Eigenverantwortung der Beschäftigten wird zur Zeit unter Leitung des Betriebsrates ausgearbeitet.

Die Banken wollen die Stillegung jedoch auf jeden Fall durchsetzen. Inzwischen hat der Konkursverwalter 280 Beschäftigten gekündigt. Die verbliebenen 100 Kolleginnen und Kollegen sollen noch die laufenden Aufträge abwickeln.

Als für den 1. März eine außerordentliche Betriebsversammlung angesetzt wurde, untersagte der Konkursverwalter den entlassenen Kollegen den Zutritt zum Werk, da sie „Betriebsfremde" seien. Auf diesen Zynismus reagierten die Kollegen damit, daß sie die Versammlung außerhalb des Werkes durchführten. Die Kolleginnen und Kollegen wollen zusammenhalten und auch weiterhin gemeinsam für den Erhalt des Werkes und ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

„Krups darf nicht sterben"

Bottrop. — „Der Stillegungsbeschluß muß vom Tisch", „Krups darf nicht sterben" und „Solidarität ist unsere Kraft" —, unter diesen Parolen demonstrierten am 1. März mehrere hundert Beschäftigte der Firma Krups sowie Bottroper Bürger für den Erhalt des Krups-Werkes. Der Solinger Haushaltsgeräte-Konzern hat geplant, das Werk in Bottrop mit 241 Beschäftigten bis zum 30. Juni dieses Jahres zu schließen.

Warnstreik gegen Massenentlassungen

Aachen. — Mit einem Warnstreik und einer Protestversammlung auf dem Werkshof demonstrierten die 590 Beschäftigten des Aachener Elektromotorenwerkes Garbe, Lahmeyer und Co. gegen neuerliche Massenentlassungen. Die Kollegen wollen nicht hinnehmen, daß die Belegschaft kurz vor der bereits feststehenden Veräußerung des Werkes an die Siemens-Tochter Bergmann AG weiter verkleinert wird. In den letzten zehn Jahren war die Beschäftigtenzahl bereits halbiert worden.



Stärker als erwartet war die Beteiligung der Belegschaften an dem Aktionstag der Werftarbeiter am 3. März. Das Foto zeigt die demonstrierenden Kollegen von HDW und Lindenau in Kiel. In Kiel beteiligten sich rund 4500 Beschäftigte dieser beiden Werften an den Aktionen

Aktionstag der Werftarbeiter

30 000 streikten und demonstrierten

Zum Aktionstag der Werftarbeiter hatte die IG Metall am 3. März aufgerufen. Rund 30 000 Kollegen folgten. Mit Warnstreiks und Protestdemonstrationen bekundeten sie ihre Bereitschaft zum Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub.

Hintergrund der Aktionen vom 3. März ist die Krise der Werftindustrie, die in ein akutes Stadium eingetreten ist. Durch brutale Rationalisierungsfeldzüge, arbeitsplatzvernichtende Fusionen, Stillegung ganzer Werften und Lohnabbau soll — ähnlich wie in der Stahlindustrie — die Last der Krise rücksichtslos den Belegschaften aufgebürdet werden. Und ähnlich wie in den Zentren der Stahlindustrie sind auch durch die Sanierungspläne der Werftkapitalisten ganze Regionen von wirtschaftlichem Ruin und sozialer Verelendung bedroht.

Von **Bremen** aus waren am 3. März bereits um 6.00 Uhr morgens in 87 Bussen rund 5000 Werftarbeiter nach Bonn gestartet, wo sie sich zu einer Protestkundgebung auf dem Münsterplatz versammelten. Diese Demonstration richtete sich vor allem gegen die geplante Fusionierung der beiden Großwerften **Vulkan** und **AG Weser**, wodurch 2000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.

In **Kiel** demonstrierten von **HDW** und **Lindenau** insgesamt rund 4500 Kollegen. Hier hat die Beteiligung die Erwartungen weit übertroffen. Ähnliches gilt auch für andere Städte. Etwa 4000 Werftarbeiter und -Angestellte streikten und demonstrierten in **Emden:** Kollegen von der **Thyssen Nordseewerft**, von der **Cassens-Werft** sowie von der **Jade-Werft** in **Wilhelmshaven.** In **Lübeck** beteiligten sich etwa 3000 Arbeiter und Angestellte von der **Schlichting-Werft** und der **Flender-Werft** an den Aktionen. Rund 3000 Kollegen von **HDW, Blohm + Voss** sowie von **Sietas** gingen in **Hamburg** auf die Straße. In **Rendsburg** demonstrierten von **Kröger** und **Nobiskrug** rund 2000 Beschäftigte. 1000 Arbeiter und Angestellte der **Flensburger Schiffbau-Gesellschaft** legten ebenfalls die Arbeit nieder. In **Oldenburg** streikten und demonstrierten für mehrere Stunden 300 Beschäftigte der **Schiffs-Werft Brand.** Auch Belegschaften anderer kleinerer Werften, so in **Cuxhaven** und in **Bremerhaven**, beteiligten sich an den Aktionen.

Die starke Beteiligung der Belegschaften an dem Aktionstag zeigt, daß es für die IG Metall keineswegs unmöglich wäre, die Pläne der Werft-Herren und der hinter ihnen stehenden Finanzkapitalisten durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu durchkreuzen. Voraussetzung wäre allerdings, daß nicht mehr in sozialpartnerschaftlicher Weise der Rationalisierungsmaßnahmen der einzelnen Werft-Herren zugestimmt, sondern daß gegen jede Arbeitsplatzvernichtung kompromißlos Front gemacht wird. Zweitens müßte die IGM endlich ein eigenständiges politisches Konzept zur Sicherung der Werftarbeitsplätze entwickeln. Die Durchsetzung dieses Konzeptes müßte im Kampf gegen die Regierung und die Werft-Herrer erfolgen, also durch Massenaktionen der Werftbelegschaften bis hin zu Streiks und Werftbesetzungen.

Bevor an der See das Licht ausgeht:

Kampf um jeden Arbeitsplatz

Im folgenden geben wir ein Flugblatt der KPD leicht gekürzt wieder, das zur Mobilisierung für den Aktionstag der Werftarbeiter am 3. März diente. Das Flugblatt wurde an allen größeren Werften in der Küstenregion verteilt.

5 Prozent Lohnverzicht als Sonderopfer an die Unternehmer bei Nobiskrug geplant, generelle Vorgabezeitkürzung um 15 Prozent und 2000 bis 3000 Entlassungen bei HDW geplant. — Das sind die Schreckensmeldungen zum Jahresbeginn von Schleswig-Holsteins Werften.

Die angeblich schlechte Auftrags- und Beschäftigungslage auf den Werften ist für die Schiffbaukapitalisten eine günstige Gelegenheit, einen Vorstoß in Richtung auf radikalen Lohnabbau zu unternehmen. Dabei versuchen die Werftunternehmer — unterstützt von der schleswig-holsteinischen Landesregierung — die Angst der Belegschaften um ihre Arbeitsplätze auszunutzen, um sie zum Lohnverzicht zu zwingen!

Das ist eine eindeutige Kampfansage an die Werftarbeiter und die IG Metall.

Spende an Unternehmer!

Bei Nobiskrug in Rendsburg sollen die Kollegen zwei Jahre lang auf 5 Prozent ihrer Monatsgehälter verzichten und dem Unternehmer als Darlehen für die Subventionierung von Aufträgen zur Verfügung stellen. So könnten Rücklagen gebildet werden, die die Beschäftigung für ein halbes Jahr (!) garantieren würden.

Auf gut deutsch heißt das doch, daß die Kollegen zwei Jahre lang 100 DM monatlich weniger im Portemonaie haben, um eine eventuelle Arbeitslosigkeit um ein halbes Jahr rauszuschieben.

Und ob dieses „Darlehen" wirklich Aufträge einbringt, ist doch mehr als fraglich. Und wenn nicht, was ja wahrscheinlich ist, dann ist das Geld weg und der Arbeitsplatz obendrein. Ein sauberes Geschäft!

Wie bei Arbed-Saarstahl soll hier eine Bresche geschlagen werden, die einen tarifpolitischen Durchbruch ermöglichen soll. Die Unternehmer wären ermuntert, nicht nur die von ihrem Vorbeter Blüm propagierte Lohnpause durchzusetzen, sondern einseitig Tarifverträge zu kündigen, um über die Senkung der Löhne statt über die Anhebung zu verhandeln.

Verhandelt wird man das dann aber kaum noch nennen können, sondern Erpressung: Entweder Lohnkürzungen — oder Entlassungen!

Ähnlich läuft es zur Zeit bei HDW, wo der Vorstand mit fast den gleichen Argumenten — Aufträge könnten hereingeholt werden — einen indirekten Lohnabbau durch generelle Vorgabezeiten-Kürzungen um 15 Prozent durchdrücken will.

Erst Lohnkürzungen — dann Entlassung!

Erst sollen wir Lohnverzicht üben, dann sind die Arbeitsplätze trotzdem futsch. Wie das funktioniert, zeigt das Beispiel der Bremer Vulkan-Werft. Dort sollten 500 Kollegen entlassen werden und die Vorgabezeiten um 20 Prozent gekürzt werden. Als 300 Entlassungen weniger in Aussicht gestellt wurden, stimmten die Kollegen einer teilweisen Kürzung der Vorgabezeiten zu. Das Ergebnis: Mittlerweile sind die Vorgabezeiten auf der Vulkan-Werft um 17 Prozent gekürzt worden und die 500 Kollegen sind trotzdem entlassen!

Offen geben die Werftkapitalisten zu, daß sie im nächsten Jahr einen rigorosen Kapazitätsabbau durchführen wollen. Wenn sich die wirtschaftliche Gesamtlage nicht entscheidend verbessert, ist mit ca. 20000 Entlassungen in der Werftindustrie zu rechnen. Und vorher sollen noch kräftig die Löhne gekürzt werden, weil die Unternehmer zur Zeit den Wind im Rücken fühlen.

Diese Sanierung der Werften auf dem Rücken der Kollegen muß entschieden abgelehnt werden. Wir dürfen keinerlei weitere Opfer bringen, nur um die westdeutschen Werften wieder profitträchtig zu machen. Sollen die Schiffbaukapitalisten die Suppe selbst auslöffeln. Sie haben uns auch nicht gefragt, ob sie die über fünf Milliarden Subventionen annehmen sollten, die ihnen der Staat seit 1972 reingeschoben hat.

Kampf um jeden Arbeitsplatz

Was wir jetzt brauchen, ist die gemeinsame Aktion der norddeutschen Werftbelegschaften: Gegen Lohnkürzungen und Reallohnsenkung! Für den Erhalt aller Arbeitsplätze auf den Werften!

Insofern ist die Aktion der IGM am 3. März ein richtiger Schritt. Er muß aber weitergeführt werden in Richtung auf die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze. Und er darf nicht im IGM-Konzept münden, die einzelnen Werften wieder konkurrenzfähiger zu machen; denn das bedeutet gnadenlose Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung.

- **Stopp dem Angriff auf die Löhne!**
- **Kompromißlose Verteidigung aller unserer Arbeitsplätze!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**

Protestparolen statt Feier gab es beim jüngsten Stapellauf auf HDW — die Werftarbeiter kämpfen für ihre Arbeitsplätze

11. März 1933:

SA stürmt den „Alten Verband"

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser im ganzen Deutschen Reich von SA-Truppen besetzt. Dieses Datum ist allgemein bekannt.

Weniger bekannt ist, daß der erste Sturm der SA auf ein Gewerkschaftshaus bereits erheblich früher, nämlich am 11. März 1933 erfolgte: Die Hauptverwaltung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter („Alter Verband") in Bochum wurde an diesem Tag besetzt, der Vorsitzende Fritz Husemann (er wurde später im KZ Esterwegen umgebracht) und viele Kollegen verhaftet.

An diesen Vorgang erinnerte dieser Tage ein Sonderdruck der „einheit", der Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie. Die IGBE will seiner am 11. März mit einer Großveranstaltung in der Bochumer Ruhrlandhalle gedenken.

„IGBE-Vorsitzender Adolf Schmidt mahnt, die eigene Geschichte nicht zu vergessen", schreibt die „einheit".

Wenn er selbst sie nur begriffen hätte...



Nach dem Sturm auf den Alten Verband an der Wiemelshauser Straße in Bochum: SA-Männer und ein Polizist posieren vor dem Verwaltungsgebäude, das sie nach der Verwüstung mit einem Transparent als „Hermann-Göring-Haus" bezeichnen. Nach vier Tagen rücken sie wieder ab. Aber das Haus blieb nicht mehr lange frei.

Zechenbarone bejubelten Hitler

Am 27. September 1933 sandte der 14. Allgemeine Deutsche Bergmannstag folgendes Telegramm an Adolf Hitler:

„Reichskanzler Hitler, Berlin.

Die zum 14. Deutschen Bergmannstage in Essen versammelten Vertreter des deutschen Bergbaues entbieten dem Volkskanzler des Deutschen Reiches ein freudiges Glückauf. Der deutsche Bergbau betrachtet es als seine Ehrenpflicht, im Geiste der nationalen Erhebung an vorderster Stelle zu kämpfen, wenn es das Wohl und den Wiederaufbau unseres Volkes gilt. Wir Bergleute wollen deshalb mit aller Kraft im Vollbewußtsein unserer Verantwortung gegenüber der Wirtschaft und dem gesamten Vaterlande an den gewaltigen Aufgaben mitarbeiten, die der deutsche Kanzler als wahrer Führer in zielklarer Rede und entscheidender Tat unserem Volk gesetzt hat.

Glückauf!

Hilger Brandl"

Zu dieser Zeit starben klassenkämpferische Bergleute in den KZs. Ihre Gewerkschaft war zerschlagen, ihre Zeitung in „Der deutsche Bergknappe" umbenannt und trug das Hakenkreuz im Titel. Die „Volksgemeinschaft" war hergestellt...

Stillhaltepolitik von SPD- und ADGB-Führung ermöglichte das größte Blutbad der Geschichte

Adolf Schmidt ist ein schlechter Lehrmeister

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" — Mehr als 100000 Menschen, Zehntausende Gewerkschafter gingen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Nazi-Machtübernahme am 30. Januar auf die Straße. In den Gewerkschaften flammte die Diskussion heftiger auf: Wie hätte man den Faschismus verhindern können? Wie kann man verhindern, daß sich das Grauen wiederholt?

In Mössingen gab man aus historischer Erfahrung die Antwort, die vom überwiegenden Teil der Demonstranten auch in den anderen Städten gegeben wurde: Der Generalstreik, der entschlossene Widerstand der in der Ablehnung des Faschismus einigen Arbeiterklasse hätte Hitler den Weg zur Macht versperren können. Aber Generalstreik gab es damals nur in Mössingen, nur hier führten KPD und SPD ihre Mitglieder gemeinsam aus den Betrieben auf die Straße. Ansonsten verweigerte die SPD die Teilnahme am Widerstand, zu dem die KPD aufgerufen hatte.

„Die eigene Geschichte nicht zu vergessen", mahnt Adolf Schmidt, Führer der IGBE. Aber die IGBE-Zeitung „einheit" tritt die Erfahrungen der Arbeiterklasse mit Füßen. „Generalstreik hätte Blutbad ausgelöst", unter dieser Überschrift verteidigt sie noch heute das Verhalten der SPD- und ADGB-Führung. Im übrigen sei eh nichts mehr zu retten gewesen...

Der Verzicht auf den Generalstreik hat Hitler die Machtübernahme leicht und ein Blutbad ungeheuren Ausmaßes möglich gemacht. Angesichts dieser Tatsache erscheint die Stellungnahme der IGBE in höchstem Maße zynisch.

Einige Zitate aus der „einheit":

„Durch eine Politik der Anpassung versuchte auch der ADGB vor Hitler zu retten, was nicht zu retten war."

„... es gab auch plausible Gründe für diese Politik: Widerstand etwa durch einen Generalstreik hätte Bürgerkrieg bedeutet."

„Neben dieser schweren Last, ein Blutbad zu riskieren, nur um den drohenden und sicheren Untergang in einen ehrenvollen, ebenso sicheren Untergang zu verwandeln, stand der Wunsch, wenigstens die Organisation zu retten."

Über Fritz Husemann: „Weinend berichtete er Wels (SPD-Führer — RM) von den barbarischen Mißhandlungen seiner Bergleute. Sie verlören die Arbeit und könnten an den Dingen nichts mehr ändern." Dem bayerischen SPD-Politiker Wilhelm Hoegner sagte Husemann: „Wir hatten genug Sprengstoff, um das ganze Ruhrgebiet in die Luft zu jagen. Aber was wäre dann aus den deutschen Frauen und Kindern geworden?"

Das Kapitulantentum in höchster Vollendung. Logischer Schlußpunkt des Verzichtes auf den Klassenkampf, jeder Stillhalte- und Sozialpartnerschaftspolitik. Was ist denn dann aus den deutschen Frauen und Kindern geworden, Fritz Husemann? Was hat es Dir gebracht, bis zuletzt stillzuhalten und auch noch den Gang ins KZ mit einer Haltung anzutreten, die Du in einem Brief an Deine Frau so beschriebst: „Morgen gehe ich mit dem gewohnten Gleichmut nach Esterwegen... Werde mich auch bemühen, mich in die dort herrschende Ordnung einzufügen. Da ich Soldat war und auch sonst an Ordnung gewöhnt bin, so dürfte mir dies schon gelingen."

Was soll es den deutschen Arbeitern, ihren Frauen und Kindern bringen, wenn sie der „Mahnung" Adolf Schmidts folgen, heute und in Zukunft in diesem Sinne zu handeln?

Die Angst vor der entfesselten Kampfkraft der Arbeiterklasse, blinder Antikommunismus prägte die Gewerkschaftsführer damals und viele der heutigen. Die einige Arbeiterklasse hatte früher den Kapp-Putsch gestoppt. Eine Garantie für Widerstand ohne Opfer gibt es nicht. Nur eine Garantie für massenhafte Opfer ohne Widerstand. Und Sprengstoff und Waffen in den Händen der organisierten Arbeiterschaft können durchaus sinnvoller verwandt werden, als zu dem Zweck, das ganze Ruhrgebiet in die Luft zu jagen. Nämlich für den gezielten Einsatz gegen die Bataillone der Reaktion. Aber die reformistischen Führer hatten damals eben auch Angst davor, daß sich die Arbeiter in solch einem Kampf die ganze Macht erkämpfen und nicht bei der Bewahrung der Weimarer Demokratie Halt machen würden. Sicher wollten auch die SPD-Führer den Faschismus verhindern. Aber nicht gestützt auf die proletarischen Massen, sondern durch Zusammenarbeit mit angeblich liberalen oder gemäßigten Teilen der Bourgeoisie, für die sie auch den Preis der bis zum Schluß betriebenen Bekämpfung der KPD und der revolutionären Arbeiterschaft zahlte. Diese Politik ebnete dem Faschismus den Weg. Das darf sich nie wiederholen.

Aus aktuellem Anlaß:

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen

„Aus der Geschichte gelernt: Einheitsgewerkschaft nach 45". Auch das schreibt die „einheit". Das hört sich gut an. Schlimm wird es, wenn man weiterliest:

„Besonders die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften unter Wilhelm Leuschner bereitete die Neuordnung der deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg vor. Im September 1935 faßte Heinrich Schliestedt, Leiter der Vertretung der deutschen Gewerkschaften im tschechischen Komotau, in einem Memorandum die Grundsätze dieser Neuordnung zusammen: Es geht um eine nach Industrien gegliederte Einheitsorganisation ohne Beteiligung der Kommunisten bei parteipolitischer Unabhängigkeit." Eine tolle Einheitsgewerkschaft, die die entscheidensten Antifaschisten und Klassenkämpfer ausschließt.

Es ist ein dringendes Gebot, gerade in der aktuellen politischen Lage, daß mit dem der Ausgrenzung revolutionärer Kräfte aus den Gewerkschaften, mit der Spaltung der Gewerkschaftseinheit, mit dem Schlagen nach links statt nach rechts Schluß gemacht wird. Die Kampfkraft der Gewerkschaften wird vor harte Bewährungsproben durch den CDU-Staat gestellt werden.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!



Antifaschistische Aktion. Dieser Kampfruf der KPD, dem sich viele parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter anschlossen, bleibt Vorbild auch heute.

„Schutzbund" — Volksverhetzer

Leserbrief von Frankfurter Antifaschisten

„Der größte Schaden, der heute unserem Volk droht, ist die Entstehung einer Fremdbevölkerung in Deutschland, die schnell wächst, während das deutsche Staatsvolk schnell schrumpft."

Diese ungeheuerliche Behauptung entstammt einer viertelseitigen Anzeige des sogenannten Schutzbundes für das Deutsche Volk e.V. Und zwar einer Anzeige nicht in der „Nationalzeitung" oder einer ähnlichen rechtsradikalen Hetzschrift, sondern in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die sich offenbar nicht zu schade ist, die von dem „Schutzbund" pseudowissenschaftlich und hinterhältig betriebene Volksverhetzung gegen unsere ausländischen Mitbürger salonfähig zu machen.

Natürlich verwahren sich die selbsternannten „Volksschützer" dagegen als „ausländerfeindlich" oder als „rechtsextrem" apostrophiert zu werden; denn in den offen ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Kreisen sind ihre Vorstellungen ja längst allgemeines Gedankengut.

Ihre taktische Distanzierung von diesen Kreisen hindert diese ehrenwerten Herren aber nicht daran, hinsichtlich der Ausländer die gleiche Politik zu fordern, wie sie von den Nazis unmittelbar nach ihrer Machtergreifung zunächst gegenüber den Juden durchgeführt wurde, nämlich eine Politik der Ausweisung, Abschiebung und Vertreibung.

Drahtumzäunte Lager für Ausländer meist mit mehr oder weniger scharfen Bestimmungen bezüglich Ausgangs- oder Besuchserlaubnis leisten ‚wir' uns ja bereits wieder.

Angesichts der entsetzlichen Verbrechen des Nazi-Regimes sah man sich in Deutschland nach dem Krieg genötigt, in das Grundgesetz u.a. folgende Bestimmung als unveräußerliches Grundrecht aufzunehmen:

„Artikel 3 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, **seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft**, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen **benachteiligt** oder bevorzugt werden."

Was aber sind solche Bekenntnisse heute noch wert, wenn bereits wieder unverholen zum Massenpogrom aufgestachelt werden darf?

Was heißt es denn, wenn in der Anzeige von der Anwesenheit der „Fremdbevölkerung" als „größter Schaden, der heute unserem Volk droht", gesprochen wird?

Da wird doch den Ausländern bei uns eine größere Gefährlichkeit unterstellt, als sie zum Beispiel die Bedrohung durch die atomare Vernichtung oder durch die chemische Verseuchung, durch die Umweltzerstörung oder etwa durch die Arbeitslosigkeit, an der die Ausländer nachweislich keine Schuld tragen, unterstellt. Das läuft darauf hinaus, jedes Mittel gegen die ausländischen Mitbürger zu rechtfertigen, das dem Ziel oder Zweck dient, sie außer Landes zu bringen, was in den meisten Fällen damit gleichbedeutend ist, daß man ihnen die Existenzgrundlage entzieht. Dabei haben sich die meisten ausländischen Mitbürger ihre Existenz bei uns unter den größten Schwierigkeiten und Entbehrungen und zwar zum Nutzen des „Deutschen Volkes" aufbauen müssen. Soll hier eines nicht allzufernen Tages eine Politik gegenüber den Ausländern möglich sein, wie wir sie heute in Nigeria beobachten?

Natürlich wissen die „Schutzbündler" über das Elend und über die Hintergründe der Arbeitsemigration Bescheid. Sie wissen auch, daß die Politik der jetzigen und der vorhergehenden Regierung alles andere als eine Politik der offenen Tür war bzw. ist. Und sie wissen, daß ihre eigene Politik zum heutigen Zeitpunkt konsequent verfolgt, große Teile der hiesigen Wirtschaft lahmlegen würde. Ihre Absicht liegt daher zunächst darin, die Ausländer zu Sündenböcken aller negativen Erscheinungen der Gesellschaft zu stempeln, um so ausgehend von der restriktiven offiziellen Ausländerpolitik den Nährboden für ein künftiges Pogrom zu bereiten.

Da die Ausländer hierzulande am rechtlosesten sind, so wird spekuliert, können sie sich auch am schlechtesten wehren.

Und man muß leider feststellen, daß die Pläne der heute Regierenden, was die praktischen Auswirkungen für die ausländischen Mitbürger anbelangt, also abgesehen von ihrer schönen Verpackung in Worte über Integration und gegenseitiges Verständnis, bereits in bedenkliche Nähe zu den Vorstellungen der selbsternannten „Volksschützer" geraten sind.

Um Klarheit zu schaffen, fordern wir die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung durch die Staatsanwaltschaft gegen die Verfasser bzw. Verantwortlichen der Anzeige.

Es wurden Gesetze geschaffen, die es unter Strafe stellen, die Verbrechen des Nazi-Regimes an den Juden, als Greuelmärchen zu verleumden. Es soll dereinst nicht nötig sein, solche Gesetze auch bezüglich neuer Greueltaten, diesmal begangen an Ausländern, schaffen zu müssen.

Statt dessen sollten heute Gesetze geschaffen werden, die solche Greueltaten und ihre Vorbereitung verhindern, die es verbieten, Teile der Bevölkerung, wie die Ausländer oder auch bestimmte Nationalitäten unter ihnen als Schädlinge oder als Fremdkörper darzustellen.

Wir rufen alle verantwortungsbewußten Menschen auf:

Tut alles, um zu verhindern, daß ein zweites Mal in unserem Land das Unvorstellbare Wirklichkeit wird!



Gewerkschaftliche Initiative

In Hamburg sind Volkszählungsgegner besonders aktiv. Aus Hamburg kommt auch der gewerkschaftliche Initiativantrag der IG DruPa, den wir hier abdrucken.

Initiativantrag

zur Weiterleitung an den Hamburger Senat und an die Presse, dem Hauptvorstand zur Kenntnis.

Die Hauptversammlung der IG Druck und Papier im Ortsverein Hamburg verurteilt schärfstens die geplante Durchführung einer „Volkszählung" im April/Mai dieses Jahres und sieht in dieser Erfassung von persönlichen und persönlichsten Daten einen Verfassungsbruch.

Begründung:

Ende April d. J. soll von jedem Bürger ein umfangreicher Fragebogen ausgefüllt werden, in dem er Fragen beantworten soll, die bis in die persönlichsten Bereiche gehen. Es wird gefragt, unter welchen Bedingungen man lebt (Wohnungseigentümer, Untermieter etc.), welche Schulbildung man hat (und welche die Kollegen am Arbeitsplatz), wie hoch das Einkommen genau ist und woher es kommt (z. B. Arbeitsamt, Sozialamt).

Nach Aussagen der Bundesregierung soll ein „vielfältiges Strukturbild der Bevölkerung bis hinein in tiefere regionale Gliederungen" gewonnen werden, was nichts anderes heißt, als ein Personalinformationssystem auf Bundesebene, also den „gläsernen Bürger" zu schaffen. In den Betrieben, wo Personalinformationssysteme eingeführt werden sollen, formiert sich der Widerstand der Belegschaften, bei der Volkszählung soll er per Gesetz, das Bußgelder zwischen 5 DM und 10000 DM und auch Beugehaft androht, unterbunden werden.

Durch diese Datensammlung können Behörden ihre vorhandenen und nach dem Regierungswechsel erheblich erweiterten Dateien aufs genaueste ergänzen. Aber auch BKA, Verfassungsschutz und Unternehmer haben, wenn auch nicht direkt, Zugriff auf diese Daten und können ihre eigenen Dateien danach vervollständigen.

Diese Volksbefragung gilt es, notfalls durch massenhafte Auskunftsverweigerung, zu verhindern.

Den Mitgliedern in der IG Druck und Papier wird empfohlen, die Initiativen, die zum Boykott gegen diese Volksaushorchung aufgerufen haben, nach Kräften zu unterstützen. In den Betrieben sollte zu einer umfassenden Aufklärung beigetragen werden.

Einstimmig verabschiedet auf der Hauptversammlung der IG Druck und Papier am 13.2.83.

Widerstand gegen Volksaushorchung

Der Widerstand gegen die geplante Volkszählung, die im Apirl beginnen soll, formiert sich im gesamten Bundesgebiet. Weit über 200 Initiativen gegen diese Volksaushorchung gibt es bereits. Und sie umfassen durchaus nicht nur die „Szene". Viele Menschen werden stutzig bei der Wißbegier des Staates, sind nicht bereit, die Schnüffelbögen auszufüllen, jedenfalls nicht so, wie die Behörden das gerne möchten. Die Motivationen sind unterschiedlich, die Entscheidung für die Form des Widerstandes — vom Boykott bis zur Teilverweigerung, zum Falschausfüllen oder anweisungswidrigem Knicken der Bögen — auch. Die KPD begrüßt grundsätzlich alle diese Formen des Widerstandes gegen den Überwachungsstaat.



Aus der Arbeit vor Ort

... berichtet diesmal eine Aachener Initiative. Beispiele des Widerstandes gegen die Volkszählung möchten wir auch in den nächsten Wochen im „Roten Morgen" abdrucken. Deshalb unsere Bitte: Schreibt uns eure Erfahrungen, Beispiele des vielfältigen Widerstandes. Sie können anderen als Anregung dienen und Fragen klären.

Der Bericht aus Aachen ist ein Vorabdruck aus der Zeitung „Volksecho" der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

In der März-Ausgabe des „Klenkes" (Stadtzeitung für Aachen), die Ende Februar erschien, stand ein Artikel zum Volkszählungsboykott. Als erstes Treffen für Interessierte zur Gründung einer Initiative war Mittwoch, der 2. März angekündigt. Der Erfolg war überwältigend. Es erschienen über 200 Leute. Damit hatte niemand gerechnet und das ganze lief erst mal etwas chaotisch. Einig war man sich, die Befragung zu boykottieren, doch wurden Ängste geäußert in der Richtung „Wie hoch ist das Bußgeld, ist verweigern eine Straftat, was kann ich als Befrager machen usw."

Einig war man sich auch, daß man mit der Arbeit sofort loslegen muß. Ein Flugblatt wurde inhaltlich festgelegt und eine Flugblattgruppe machte sich gleich am nächsten Tag an die Arbeit. Freitagabend war das Info Nr. 1 zum Volkszählungsboykott in 5000facher Auflage gedruckt.

Unterschriftenlisten mit dem Text „Ich erkläre mich hiermit bereit, die Volkszählungsbefragung zu boykottieren" sind auch schon im Umlauf. Sie sind in sämtlichen Buchläden, Bioläden und was sonst noch dafür in Frage kommt, ausgelegt. Die Listen werden bei einem Notar hinterlegt. So können wir immer informieren, wieviele Aachener schon bereit sind, sich dem Boykott anzuschließen. Das wirkt nämlich ermutigend auf Unentschlossene und Ängstliche.

Das ganze muß natürlich finanziert werden. Die Finanzgruppe richtete am Donnerstag ein Spendenkonto ein, auf dem gleich die 230 DM, die Mittwoch abend gesammelt wurden, eingezahlt wurden. Bei einer Wahlveranstaltung der Grünen am Donnerstag wurde auch gesammelt.

Die Gruppe Öffentlichkeitsarbeit schrieb am Donnerstag alle Gruppen, Initiativen und Parteien an, um sie zu informieren und zum Mitmachen aufzufordern.

Die Gruppe „Kontakte zu Ausländern" wird die ausländischen Vereine ansprechen und sich darum kümmern, daß das Flugblatt in türkisch, spanisch und griechisch erscheint, wobei speziell auf die Fragen und Probleme der ausländischen Mitbürger eingegangen wird. Dann gibt es noch die Gruppe Kontakte zu anderen Initiativen, die einmal für Informationsaustausch sorgen will, vor allem aber Leute in der Umgebung Aachens ansprechen wird, wo noch nichts läuft, damit auch dort die Volkszählung boykottiert wird.

Nicht zu vergessen die Gruppe „Kontakte zu Gewerkschaften". Verschiedene Gewerkschaftsmitglieder haben schon erklärt, daß sie den Boykott unterstützen wollen, in der ÖTV hat sich schon eine Gruppe gebildet.

Am Mittwoch treffen sich zum ersten Mal die Zähler, die mit zum Boykott beitragen wollen. Ein zweites Info mit mehr Informationen wird von der Flugblattgruppe bis Ende der Woche erstellt und soll dann an alle Haushalte verteilt werden.

Dann haben wir eine zentrale Kontakt- und Informationsstelle eingerichtet, im Büro der *Volksfront*. Dort tagte Freitag nachmittag die Verteilergruppe und kämpfte mit Stadtplan und Filzstiften. Die ganze Stadt wurde in Verteilbezirke aufgeteilt und aus den Listen, in denen sich am ersten Abend Leute eingetragen hatten, die verteilen wollen, die dazu passenden Verteiler rausgesucht.

Jeden Mittwoch abend ist ein festes Treffen eingerichtet, wo man sich informieren und beraten lassen kann und sich natürlich auch für anliegende Arbeiten melden kann. Mitte März soll eine große Informationsveranstaltung stattfinden und am 20. April noch mal eine.

Es wird übrigens auch noch ein Solidaritätsfond eingerichtet, damit Leute, die nachher Bußgeld zahlen müssen, nicht alleine im Regen stehen.

So, jetzt noch einiges zu inhaltlichen und rechtlichen Fragen: Wie kann man boykottieren? Soll ich den Fragebogen knicken und damit für die maschinelle Lesung unbrauchbar machen?

Nützt nichts, die Bögen werden dann beim Zählamt nochmal abgeschrieben.

Soll ich den Fragebogen mit Kuli statt mit Bleistift ausfüllen und so für die maschinelle Zählung unbrauchbar machen? Nützt nichts, siehe oben.

Soll ich auf dem Fragebogen falsche Daten angeben und so Verwirrung stiften? Zweifelhaft. Die Bögen werden mit vorhandenen Daten verglichen. Werden die Fehler bemerkt, muß der Bogen neu ausgefüllt werden. Angaben wie „ich fliege zur Arbeit" oder „Alter 150 Jahre" fallen eh gleich auf. Geschickter gefälschte Daten fallen vielleicht nicht auf, fließen dann aber in das Ergebnis der Zählung ein und nutzen dann auch nicht viel. Außerdem ist falsches Ausfüllen genau so eine Ordnungswidrigkeit wie das Verweigern von Angaben.

Soll ich die Angaben verweigern und den Fragebogen unausgefüllt bzw. gar nicht zurückgeben? Ja, das ist die richtige Methode. Möglichst viele und möglichst organisiert. Wie man das machen kann, wurde oben beschrieben.

Womit muß ich rechnen, wenn ich die Angaben verweigere?

Verweigern (ebenso falsches Ausfüllen) ist eine Ordnungswidrigkeit, die ähnlich wie falsches Parken mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Es ist also keine Kriminalstrafe und kommt nicht ins polizeiliche Führungszeugnis, falls man mal eins braucht. Auch bei Beamten wird es nicht der vorgesetzten Dienststelle gemeldet. Dieses Bußgeld kann zwischen 10 Mark und 10000 Mark liegen. Das ist eine Unter- und eine Obergrenze. Nach Meinung von Rechtsanwälten wird das Bußgeld aber zwischen 30 Mark und 100 Mark festgesetzt werden. Wie weit die Behörden überhaupt in der Lage sein werden, die Bußgeldbescheide auszustellen, hängt stark davon ab, wieviele sich an dem Volkszählungsboykott beteiligen.

Es gibt mittlerweile bundesweit über 250 Initiativen. Angenommen, jede dieser Initiativen schafft es, 1000 Verweigerer zu gewinnen. Das wären 250000. Eine solche Zahl ist nicht unrealistisch, da die Volkszählung inzwischen von breiten Kreisen abgelehnt wird. So, 250000 Bußgeldbescheide verschicken ist mit Hilfe von Computern ja noch drin. Aber dann kann man gegen diesen Bescheid Einspruch einlegen und dann wird die Sache vor Gericht verhandelt. 250000 Gerichtsverfahren? Undurchführbar! Also, je mehr Leute wir für den Boykott gewinnen, desto kleiner wird die Möglichkeit des Staates, Strafen zu verhängen.

Bei der letzten Volkszählung in Holland 1971 führte der Boykott von über 30 Prozent der Bürger dazu, daß eine anschließende Auswertung der Zählung unmöglich war. Das muß auch bei uns möglich sein!

Daten für den Polizeistaat

Das Konzept der diesjährigen Volkszählung wurde bereits 1978 entworfen. Alle Bonner Parteien machten mit. Das Projekt war noch in der Entwicklung, als der damalige Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) Horst Herold mit einer erschreckenden Vision des Polizei- und Überwachungsstaates an die Öffentlichkeit trat. Seine Pläne erklärte er so:

„Die Polizei der Zukunft wird eine andere, höherstufige, mit einer gesellschaftssanitären Aufgabe sein."

„Wir müßten zunächst einmal die gewaltige Datenmenge, die die Polizei ja hat, durchdringen und mehrdimensional verknüpfen können. Die heutige Technik würde das bewältigen. Wenn die Datenneurose nicht wäre, wäre das eine einfache Sache ... Daß man dieses Wissen nicht ausschöpfen und verbinden kann zu einem Gemälde der Gesellschaft! Dies würde doch die Möglichkeit einer Therapie eröffnen. Oder anders gesagt: Was ich anstrebe, ist die Polizei als gesellschaftliches Diagnoseinstrument. (...) Stellen Sie sich mal vor, was uns da zuwachsen würde: Auf Knopfdruck kann ich Zusammenhänge feststellen (... Ich kann ständig wie ein Arzt — deshalb das Wort gesellschaftssanitär — den Puls der Gesellschaft fühlen und mit Hilfe rationaler Einsichten unser Rechtssystem dynamisch halten."

Auch das BKA wird von der nun geplanten Aktualisierung der Bürgerdaten profitieren. Und dabei sollen die Bürger auch noch freiwillig mithelfen?

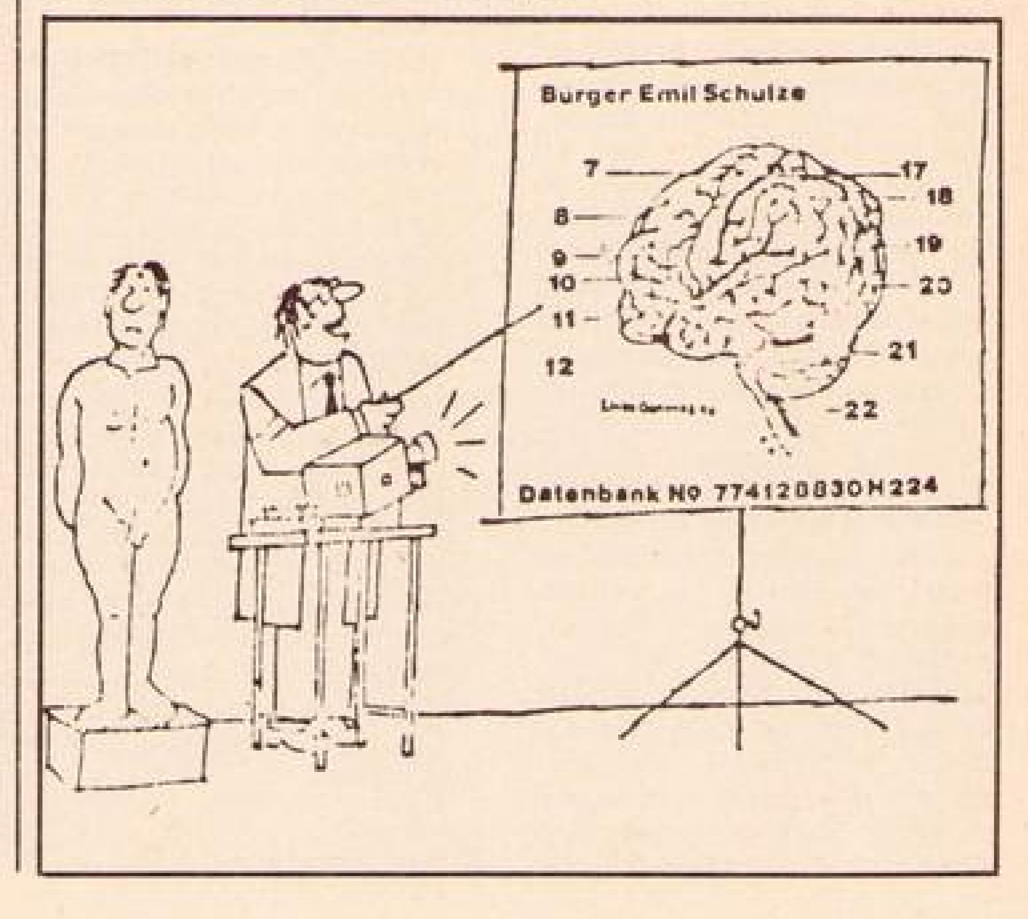
„Hätten wir morgen einen faschistischen Schwenk ..."

„Der Datenschutz ist gesetzlich garantiert", so tönen verschiedene Politiker. Selbst wenn das im Moment so wäre — es ist keinesfalls so — wäre das kein Trost. Gesetze werden geändert, der Computer bleibt bestehen. Daß die neue Regierung die letzte ist, die vor Gesetzen Halt macht, die noch einige demokratische Rechte (und soziale Errungenschaften) schützen, hat sie bereits bewiesen. Sie will erklärtermaßen Rechte abbauen. Die Faschisierung wird vorangetrieben.

Nicht nur Kommunisten sind im Zusammenhang mit der Daten-Sammelwut des Staates auf die Idee mit der faschistischen Gefahr gekommen. Dafür steht das folgende Zitat:

„Hätten wir morgen einen faschistischen Schwenk, so wären heute alle wesentlichen rechtlichen und technischen Grundlagen angelegt, um das ganze in realtiv kurzer Zeit als einziges gigantisches, aber unsichtbares Kontrollnetz zu mißbrauchen."

Das sagte der Regensburger Rechtswissenschaftler Prof. Wilhelm Steinmüller. Er kennt sich aus, er war lanjähriger Datenschutzgutachter der Bundesregierung. Er sagte dies bereits im Jahre 1979.



+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Frieden und Revolution?

Liebe Freunde,
Ich möchte Ihnen gerne meine Ansicht zum Friedensplan der KPD, den Sie mir zusammen mit einigen anderen Unterlagen, für die ich mich hiermit auch bei Ihnen bedanken will, schreiben. Von dem Friedensplan bin ich im großen und ganzen wirklich begeistert, ich finde ihn wirklich ganz toll. Es gibt da bloß ein paar Punkte, an denen ich Kritik üben würde, und das werde ich in diesem Brief auch noch tun.

Zuerst möchte ich Ihnen aber mitteilen, daß ich für einen echten Sozialismus bin. Bevor ich weiter schreibe, würde ich es gut finden, wenn erst mal der Begriff „Sozialismus" geklärt wird, denn ganz offensichtlich kann man diesen Begriff verschieden auslegen (dies zeigt sich auch schon daran, daß die DDR ihre Staatsform sozialistisch nennt, aber die KPD, die auch für den Sozialismus ist, meint, daß in der DDR kein Sozialismus betrieben wird).

Also, unter Sozialismus verstehe ich, um es mal ganz global zu sagen, eine Staatsform, die auf dem sozialen Verhalten der Menschen aufgebaut ist. Hieraus ergeben sich eben gewisse Konsequenzen (z. B. die Nichtverfolgung von andersdenkenden Menschen, Ablehnung des Kapitalismus usw.). Schon am ersten Beispiel läßt sich zeigen, daß die DDR kein sozialistischer Staat ist. Und ich gebe der KPD recht, wenn sie sagt: Die DDR ist kein Arbeiter- und Bauernstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauerngefängnis.

Jetzt möchte ich aber auf den Friedensplan eingehen. Zum Kapitel I (Maßnahmen zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Mitteleuropa) will ich folgende Kritik anbringen:

Es ist schade, daß dieser Friedensplan der KPD nur auf ein bestimmtes Gebiet (auf Mitteleuropa) der Erde beschränkt ist. Auch die Überschrift auf der Deckseite ist, so empfinde ich es, zu egoistisch gewählt („Deutschland darf kein Schlachtfeld werden"). Sicher darf Deutschland kein Schlachtfeld werden, da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Aber Sie stimmen mir doch auch sicherlich zu, wenn ich sage „Auf der ganzen Erde darf kein Platz mehr zum Schlachtfeld werden."



Wenn aber nun kein Platz auf der ganzen Erde, und nicht nur in Mitteleuropa zum Schlachtfeld werden darf, dann sollte die KPD dies auch mit in den Friedensplan einbeziehen und nicht den Friedensplan auf den Bereich beschränken, in dem die KPD organisiert ist.

Selbstverständlich sehe ich auch die Schwierigkeit, die für die KPD besteht, wenn sie auch Länder mit in ihren Friedensplan einbeziehen will, in denen sie nicht organisiert ist. Aber ich meine, diese Miteinbeziehung von anderen Ländern könnte auch ohne große Schwierigkeiten geschehen. Ein Beispiel:

Im Kapitel II des Friedenplans (Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen) steht unter Punkt 2: „Beide deutschen Regierungen mögen umgehend Verhandlungen miteinander aufnehmen, um den gemeinsamen Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten zu erreichen."

In diesem Punkt stimme ich Ihnen wieder zu, denn ein solches Abkommen würde, wenn ein einigermaßen gutes gegenseitiges Vertrauen da wäre (und ich glaube, man kann zwar nicht von einem blendenden Verhältnis zwischen der DDR und der BRD sprechen, aber ich glaube auch nicht, daß jemand in der BRD ernsthaft den Verdacht hat, daß der Ostblock in die BRD einmarschieren will, und von daher kann doch eine gewisse Vertrauensbasis vorausgesetzt werden), mit Sicherheit ein guter Schritt in die Richtung sein, die sich Frieden nennt. Aber ich würde hier einen noch größeren Schritt machen. Und zwar, indem man diesen Punkt so läßt, aber man zusätzlich die Regierungen der beiden deutschen Staaten dazu auffordert, einen Vertrag zu unterzeichnen, indem sie jedem Land gewährleisten, daß sie kein anderes Land angreifen werden. Dieser Vertrag sollte dann auch noch für alle anderen Staaten zur Unterzeichnung freistehen. So hätte jedes Land die Möglichkeit, sich zum Frieden zu bekennen, indem es diesen internationalen Nichtangriffspakt beitritt. Soweit meine Kritik an dem Friedensplan der KPD.

Jetzt will ich noch mal einen grundsätzlichen Punkt ansprechen. In einer weiteren Unterlage der KPD wird der Vorsitzende der KPD zitiert, und da heißt es: „... Den aber beseitigt man nicht über den Stimmzettel, im Parlament, sondern nur im Kampf Klasse gegen Klasse, im außerparlamentarischen Massenkampf, Streiks, Demonstrationen bis hin zum bewaffneten Aufstand." Hiermit wird doch ausgedrückt, daß die Mittel, die eingesetzt werden sollen, um zum Ziel zu gelangen, nicht nur Streiks und Demonstrationen sind, sondern auch bewaffnete Aufstände.

Als Freund des Gandhinismus muß ich aber dazu ganz klar sagen, der echte Sozialismus ist erstrebenswert, aber das Mittel „bewaffneter Aufstand" ist völlig ungeeignet, um den Sozialismus zu erlangen. Denn bewaffneter Aufstand ist unhuman und unsozial und darum ungeeignet, den echten Sozialismus zu erlangen. Hinzu kommt aber auch noch, daß ich zuviel Respekt vor dem Leben eines anderen (auch vor dem eines großen Wirtschaftsbosses) habe, und dies Leben eines anderen nicht durch einen bewaffneten Aufstand gefährden oder gar auslöschen kann.

Da Sie und die KPD in diesem Punkt sicherlich anders denken als ich, denn sonst würde dies Zitat von Ernst Aust ja nicht zu finden sein, würde ich es toll finden, wenn Sie mir ein Antwortschreiben zuschikken, in dem sie dann begründen, mit welchem Recht Sie das Leben von einem anderen bedrohen.

Dann würde ich es auch gut finden, wenn Sie auf meine Kritik am Friedenplan in einem solchen Antwortschreiben auch noch eingehen.

Weil ich den Friedensplan ansonsten im großen und ganzen unterstützen kann, bitte ich Sie, mir noch ca. 20 Friedenspläne zuzusenden, damit ich auch in meinem Bekannten- und Freundeskreis für diesen Friedensplan werben und einige Diskussionen über ihn führen kann. Ich danke Ihnen. Mit freundlichen Grüßen und in der Hoffnung auf Frieden, aber auch im Bewußtsein, daß jeder seinen Beitrag dazu leisten muß, verabschiede ich mich von Ihnen,
M.K. aus Bremen

Ostermarsch

Liebe Genossen,
zu dem Artikel zu den Ostermärschen '83 und dem Aufruf aus dem Ruhrgebiet möchte ich euch folgendes sagen:

1. Ihr solltet das Original wenigstens in wichtigen längeren Passagen abdrucken. Man braucht den Gesamteindruck des Aufrufs, um ihn beurteilen zu können.

2. Als wer/was nimmt man an den Ostermärschen teil? Hängt man sich an — abgegrenzt vom Aufruf? Macht man eigene Demonstrationen?

3. Der Aufruf scheint nichts direkt Falsches zu enthalten. Wenn die Schwächen nur im Weglassen wichtiger Aspekte und Forderungen bestehen, warm darf man ihn dann nicht unterstützen? Man kann doch das Fehlende in eigener Propaganda (Transparente, Flugblätter) deutlich machen.

4. Die Friedensbewegung wird offensichtlich anders bewertet als die SPD-Basis: Im Hinblick auf die Wahl wird allen Ernstes überlegt, daß eine Wahlempfehlung SPD uns näher an die sozialdemokratischen Arbeiter heranbringen kann (im Hinblick auf Einheitsfront). Bei Aktionen gegen die Kriegsgefahr soll ein Aufruf nicht unterstützt werden, weil er nicht umfassend genug ist. Man riskiert damit ein Weiterwegrücken von den Menschen der Friedensbewegung. Gibt es zwischen den Menschen der Friedensbewegung und uns so wenig Gemeinsames? Weniger als zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und uns? Sind die Mängel in dem Aufruf so schwerwiegend, daß unsere Unterstützung die Friedensbewegung in die Irre führen würde? Orientiert der Aufruf auf den Klassenfeind? Oder auf einen Imperialisten?

5. Ich habe den Eindruck, daß die Friedensbewegung nicht ernst genommen wird. Im Gegensatz zur SPD-Basis. Dabei sind die Menschen in beiden Bereichen oft dieselben. Man darf neiht schreiben „Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß" (was auch eine Forderung des Aufrufs ist) und gleichzeitig sagen „Wir unterstützen diesen und ähnliche Aufrufe nicht". Das ist ein klarer Widerspruch. Was heißt übrigens „ähnliche Aufrufe"?

Bei eurer Ablehnung des DGB-Appells zum gleichen Thema vor zwei Jahren seid ihr viel gründlicher vorgegangen. Ihr habt das Original abgedruckt und sorgfältig auseinandergepflückt. Eure Argumente haben eingeleuchtet, und später hat auch die Erfahrung gezeigt, daß dieser Appell an den wirklichen Interessen der Arbeiter vorbeiging.

6. Durch eure Unterschrift „Sekretariat" hat die Stellungnahme offiziellen Charakter. Ist das euer Beschluß den wir jetzt durchführen sollen? Habt ihr euch das wirklich gut überlegt?

7. Wir haben durch unsere bisherige Teilnahme in der Friedensbewegung, durch aktive Unterstützung von Aktionen, Demos, Unterschriftensammlung unsere Ernsthaftigkeit gezeigt. Und unsere richtigen Losungen (Austritt aus der NATO, Neutralität usw.) sind weit verbreitet worden. Wenn wir jetzt einem schwachen Aufruf die Unterstützung verweigern, nimmt uns doch niemand mehr ab, daß wir ernsthaft für eine breite Einheitsfront gegen den Krieg sind. Wir nehmen uns selbst die Möglichkeit, richtige, weiterführende Losungen in der Bewegung zu verankern. In Bezug auf unsere alten sektiererisachen Fehler der DKP gegenüber habt ihr genau das scharf kritisiert.

8. Hinter eurer Beurteilung des Aufrufs steckt: Die Friedensbewegung kann nur wirksam sein, wenn sie unsere Linie hat. Da sie sie nicht hat, lohnt sich die Mitarbeit nicht. Ihr nehmt die Menschen nicht so, wie sie sind. In eurem Schlußsatz macht ihr euch sogar über sie lustig.

9. Ich kann mir nicht vorstellen, wie ihr euch für unsere Partei den Ostermontag vorstellt.

B. aus Bremen

Kleineres Übel?

(Leserbrief zu: „Wählt KPD!" in Nr. 5/83)

Genossen!

Ich finde es gut und richtig, daß sich unsere Partei zur Wahl stellt. Denn auf diese Weise kann sie bei der Wahl ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Dieses Gewicht ist, bezogen auf die Anzahl der möglichen Stimmen, klein. Jedenfalls ist es eine Illusion, etwa die Hoffnung zu haben, wir könnten auch nur annähernd an die 5-Prozent-Klausel herankommen.

Die Partei geht davon aus, daß mit dem Regierungsantritt Kohls eine wichtige politische Wende eingetreten ist, da diese Regierung die Wunschregierung des Großkapitals ist. Dieser Meinung bin auch ich. Dennoch bin ich für die Durchbringung der KPD/BWK-Wahllisten eingetreten, soweit mir das möglich war. Wählen aber werde ich eine Partei, die die Möglichkeit zur Beseitigung der schwarzen Reaktion beinhaltet. Ich bin mir selbst noch im Unklaren darüber, ob ich meine Zweitstimme der SPD oder den Grünen geben werde. Dies hängt letztlich von folgender Überlegung ab: Ich glaube nicht, daß die SPD allein genug Stimmen bekommt, um an die Stelle der Schwarzen treten zu können. Daher wird es davon abhängen, ob die Grünen die 5-Prozent-Hürde schaffen oder nicht, ob die jetzige Regierung in Bonn verschwinden kann.

An dem obigen Artikel habe ich auszusetzen, daß über diesen Zusammenhang zu wenig darin steht. Ich möchte historisch anknüpfen an die Zeit des Kornilow-Putsches zu der Zeit der Kerenskij-Regierung. Bekanntlich hatten die Bolschewiki bis zu diesem Putschversuch alles Erdenkliche getan, um die Kerenskij-Regierung zu Fall zu bringen. Als aber der Weißgardist Kornilow versuchte, diese Regierung zu stürzen und den Zarismus wieder an die Macht zu bringen, hat gerade Lenin seine Genossen aufgefordert, mit aller Macht für Kerenskij gegen Kornilow einzutreten. Ich sehe hier gewisse Parallelen zu unserer Gegenwart und möchte, daß ihr dazu mal öffentlich Stellung nehmt.

Ich jedenfalls werde das kleinere Übel wählen.

Rot Front!
K. D. aus Dortmund

Mehr Mut?

Ein bißchen mehr Mut zur eigenen politischen Diagnose, das sieht dann so aus. Anfang der 90er Jahre haben wir fünf Millionen Arbeitslose, Männer wie Frauen. Sofern sie Familie haben, hängen an ihnen ungefähr zwei bis drei Sozialabhängige, über den Daumen also 15 Millionen, und das sind Menschen, die auf die Straße, anstatt in die Wahllokale gehen, die wählen nicht mehr SPD.

Mit diesem „bißchen mehr Mut" meine ich aber auch die Zivilcourage eines jeden von uns, auch in der Diskussion untereinander. So habe ich z. B. dem Leserbrief „Wahlaussage" im RM Nr. 6 vom 11. Februar nichts hinzuzufügen, ich bestätige ihn. Gleichzeitig rege ich an, die zwölf Thesen des Genossen Stalin zur Bolschewisierung der Partei als Grundlage zur Vorbereitung des V. Parteitages zu machen. (Stalin, Bd. 7)
E. A. aus Kiel

Betreff: Wahlaussage

Ihr schreibt in eurem zentralen Flugblatt „Die Reichen sollen die Krise bezahlen": „Millionen werden am 6. März der SPD ihre Stimme geben, um eine CDU/CSU-Regierung zu verhindern. Das ist gut und nicht schlecht, denn es erschwert der Reaktion, dem Finanzkapital seine finsteren Pläne gegen das Volk durchzusetzen."

1. Wenn ihr wirklich glaubt, das Finanzkapital sei ein hinter allem stehender Drahtzieher, ist es doch gleichgültig wer die Regierungsgeschäfte auftragsgemäß ausführt.

2. Ihr betreibt mit der obigen Aussage Wahlkampf für die SPD als kleineres Übel. Ihr begrüßt damit das (kleinere) Übel für die Arbeiterklasse. Nachdem die SPD die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas gemacht hat, Helmut Schmidt die „Raketenlücke" entdeckte, begrüßt ihr die Wahl der Arbeiterpartei, die sich auch nicht scheuen wird, die Freiheit ganz weit im Osten zu verteidigen. Nachdem die SPD im ersten Weltkrieg der Finanzierung der Aufrüstung ihre Stimme gab, die Arbeiter auf die Schlachtbank schickte, wird ihr zum dritten Weltkrieg die Möglichkeit eröffnet selber „Macher", Oberkommandierender zu sein. Die praktische Finanzierung und Durchführung des dazu notwendigen Aufrüstungsprogramms hat die SPD schon lange beschlossen und eingeleitet.

Ist es wirklich „gut und nicht schlecht", wenn sich Arbeiter ihre Schlächter selber wählen?

H.J.L., Bremen

NEU — aktualisierter Tourneeplan - neu - aktualisierte ... lisierter Tourneeplan — ak

Albanisches Folkloreensemble auf BRD-Tournee

Erstmalig wird das Albanische Staatsensemble für Volkslieder und Volkstänze im April in der BRD zu Gast sein. Die Tournee wird organisiert vom Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen in München. Schon jetzt, bevor der öffentliche Kartenvorverkauf überhaupt begonnen hat, zeichnet sich eine so große Nachfrage ab, daß weitere Auftritte nötig wurden. In München wird die Premiere am 11. April im Deutschen Theater stattfinden (Sonderpreise), und auf der Rückreise durch Österreich wird das Ensemble am 27. April noch in Wien in der Stadthalle Oberlaa auftreten. Vom Veranstalter bekamen wir folgenden aktualisierten Tourneeplan:

Stadt	Termin	Ort
München	Dienstag, 12. April 20.00 Uhr	Deutsches Museum, Kongreßsaal
Mannheim	Donnerstag, 14. April 20.00 Uhr	Rosengarten
Sindelfingen	Samstag, 16. April 20.00 Uhr	Stadthalle
Sindelfingen	Sonntag, 17. April 20.00 Uhr	Stadthalle
Nürnberg	Montag, 18. April 20.00 Uhr	Meistersingerhalle
Nürnberg	Dienstag, 19. April 20.00 Uhr	Meistersingerhalle
Essen	Mittwoch, 20. April 20.00 Uhr	Grugahalle
Düsseldorf	Donnerstag, 21. April 20.00 Uhr	Philipshalle
Wolfsburg	Freitag, 22. April 20.00 Uhr	Stadthalle
Hamburg	Samstag, 23. April 16.00 u. 20.00 Uhr	AudiMax
Bremen	Sonntag, 24. April 16.00 u. 20.00 Uhr	Gr. Glockensaal
Hannover	Montag, 25. April 20.00 Uhr	Niedersachsenhalle





Damit alle Interessenten mit Hilfe der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft trotz des zu erwartenden großen Andrangs mühelos eine sichere Möglichkeit haben, Karten zu bekommen, haben wir Eintrittskarten in der Regel in den Preisgruppen I a 28,— DM, II a 25,— DM und III a 22,— DM reserviert, die wir zuzüglich der üblichen 10 Prozent Vorverkaufsgebühr (und gegebenenfalls Versandkosten) abgeben können. Karten der Preisgruppe IV (18,— DM) bieten wir nicht an.

Bitte bestellen Sie schnell, da wir die überzähligen Karten bald zurückgeben müssen, denn der Veranstalter möchte alle Karten bereits im Vorverkauf absetzen. Für die Kartenvergabe ist der Zahlungseingang entscheidend.

Bitte anhängenden Abschnitt ausschneiden und einsenden an DAFG-Sekretariat, Postfach 197622, 2000 Hamburg 19

Name, Vorname ....

Straße, Hausnr. ....

PLZ, Wohnort ....

Ich bestelle

Eintrittskarten zu 28,— DM zuzügl. 10% a **30,80 DM**

Eintrittskarten zu 25,— DM zuzügl. 10% a **27,50 DM**

Eintrittskarten zu 22,— DM zuzügl. 10% a **24,20 DM**
für den Auftritt des albanischen Folkloreensembles

am   April 1983 in

(um   Uhr, falls Vorstellung in Bremen oder Hamburg)

Den Gesamtbetrag von   DM zuzüglich 2,50 DM für Versand per Einschreiben.

O bezahle ich mit beigelegtem Verrechnungsscheck

O habe ich auf das DAFG-Postscheckkonto 35981-206 beim Postscheckamt Hamburg (BLZ 20010020) überwiesen.

Ort, Datum: ....

Unterschrift ....

Sehet, der rechte Stern aus Bochum kommt!

(Bericht eines Studenten)

So lautete die Überschrift eines Asta-Flugblattes, das auf einen Gastvortrag besonderer Qualität aufmerksam machte. Das besondere dieses Vortrages war nicht das Thema („R 136a — der 1. supermassive Stern“), sondern der Vortragende, der da der Uni Kiel zugemutet werden sollte. Schmidt-Kaler, Mitunterzeichner und -organisator des Heidelberger Manifestes, gab sich die Ehre, bzw. wollte sich sie geben, denn über jenes astrolo... äh astronomische Thema, das angekündigt war, verlor zum Ärger einiger, zur Freude vieler kein einziges Wort. Das kam vor allem daher, daß nicht nur 50 bis 70 Leute gekommen waren um ihn zu hören, sondern auch 150 bis 200 um ihn **nicht** zu hören.

Noch bevor dieser Reaktionär und pseudo-Gesellschaftswissenschaftler loslegen konnte, verlas ein Kommilitone eine Stellungnahme, in der darauf hingewiesen wurde, daß Schmidt-Kaler nicht nur Astronom und Mathematiker ist, sondern, daß er sich auch in der „wissenschaftlichen“ Ausländerhetze profiliert hat, und daß sein Vortrag besonders für die „ausländischen“ Kommilitonen eine unerträgliche Zumutung ist. Schon während des Verlesens der Stellungnahme kam es zu einiger Unruhe. Einige besonders Bornierte (durchweg ältere Profs o.ä.) beharrten darauf, daß sie gekommen seien, um sich einen Fachvortrag anzuhören, worauf sie ein Recht hätten. Insgesamt konnte man vier Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe habe ich bereits erwähnt, sie war nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß Schmidt-Kaler ein übler Reaktionär ist, mag auch sein, daß sie dem wohlwollend gegenüberstanden. Die zweite Gruppe distanzierte sich teilweise entschieden von Schmidt-Kalers reaktionären Positionen, meinte jedoch, daß jeder das Recht habe, seine Meinung frei zu äußern und daß Schmidt-Kaler sonstige Arbeit damit nichts zu tun habe. Aus dieser Gruppe kam der Vorschlag, eine zeitlich begrenzte Diskussion über Schmidt-Kalers extrem ausländerfeindliche Positionen durchzuführen. Die dritte Gruppe bestand aus Leuten, die gekommen waren, Schmidt-Kaler nicht zu hören, diesen Vorschlag aber annahmen. Und die vierte Gruppe schließlich waren die, die sich auf keine Diskussion einlassen wollten.

Es kam dann dazu, daß Schmidt-Kaler ein Thesen-Papier (mit einigen lautstarken Unterbrechungen) verlas. Anschließend wurden einige Redebeiträge von Komilitonen gehalten, immer wieder durchsetzt mit Furore, da einige reaktionäre Profs sich in ihren Rechten eingeschränkt sahen. Der letzte Beitrag kam von einem Genossen, der letztlich die Veranstaltung sprengte. Er stellte ein Zitat aus dem Heidelberger Manifest einem aus Hitlers „Mein Kampf“ gegenüber und machte daran deutlich, welch Geistes Kind Schmidt-Kaler ist. Der darauffolgende Beifall ging schließlich in rhythmisches Klatschen und ca. fünfminütigen Nazis-Raus-Rufen über. Damit war die Veranstaltung gesprengt.

Obwohl ich die Aktion alles in allem gut fand und es auch wichtig finde, diesen Erfolg einem Erzreaktionär die gebührende Antwort gegeben zu haben, bekannt zu machen, möchte ich auf zwei Dinge eingehen, die mir mißfallen haben und aus denen man lernen kann.

1. Hätte die Aktion besser vorbereitet sein müssen. Es hätte klar sein müssen, was genau laufen soll, dadurch hätte man geschlossener auftreten können.

2. Hätten wir mehr und besser argumentieren sollen. Es wäre meiner Meinung nach besser gewesen, Schmidt-Kaler in scharfer, klarer und präziser inhaltlicher Auseinandersetzung zu isolieren, als zu übertönen, worauf es zum Schluß hinauslief. Wir haben es zwar geschafft, Schmidt-Kalers Vortrag zu sprengen, was notwendig war, nicht geschafft haben wir jedoch, ihn zu isolieren, was **mindestens** genauso notwendig gewesen wäre.

Von den unbedarft zur Veranstaltung gekommenen Leuten haben wir durch diese Aktion sicherlich keinen überzeugt, die meisten werden wir abgestoßen haben (ich will auch gar nicht verschweigen, daß auch eine Reihe Leute da waren, bei denen Hopfen und Malz verloren waren). Vor allem wäre es **unbedingt** notwendig gewesen, inhaltlich klar zu machen, weshalb es für Faschisten keine Meinungsfreiheit geben darf und weshalb Profs, die Volksverhetzung betreiben, an der Uni nichts zu suchen haben. Dafür hätte man die Aktion inhaltlich wie organisatorisch besser vorbereiten müssen. Eine Aufgabe für einen Arbeitskreis revolutionärer Studenten! Oder auch einer KS-Gruppe, wenn es erstere noch nicht gibt.

TO-Mitarbeiter gesucht

Um das theoretische Organ der KPD möglichst vielfältig gestalten zu können, sucht die Redaktion Genoss/inn/en, die sich im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten an der TO-Arbeit beteiligen wollen. Gedacht ist dabei an das Schreiben von Artikeln, Buchbesprechungen usw., wobei die einzelnen Themen natürlich mit den jeweiligen persönlichen Interessen und Kenntnissen abgestimmt werden können, sowie an die Mitarbeit bei Projektgruppen, die sich eine Untersuchung des BRD-Finanzkapitals und der gegenwärtigen Struktur der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt haben.

Wer Interesse daran hat und sich näher informieren will, wende sich an die TO-Redaktion, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, oder rufe einfach unter Tel.: 040/4397733 (Detlef) an.

In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ haben wir dargelegt, wie der erfolgreiche Verlauf der 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats in Algier den Beweis dafür geliefert hat, daß das Ziel des Krieges der Israelis im Libanon im Sommer 1982, nämlich die politische Vernichtung der PLO, in keiner Weise erreicht worden ist.

Jetzt liegt uns die Abschlußerklärung des Kongresses vor, aus der wir im folgenden Auszüge veröffentlichen. Die gesamte Erklärung und weitere Dokumente finden sich in „Palästina Bulletin“, der wöchentlichen Informationsschrift der Informationsstelle Palästina, Kaiserstr. 237, 5300 Bonn.

Politische Erklärung der 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats (P.N.R.) (Auszüge)

Die palästinensische Einheit

Die heroische und standhafte Schlacht in Libanon und Beirut hat die palästinensische nationale Einheit aufs deutlichste verkörpert. Ausgehend von der führenden kämpferischen palästinensischen Erfahrung bekräftigt der Palästinensische Nationalrat (P.N.R.) die Konsolidierung der nationalen Einheit zwischen den Organisationen der PLO im Rahmen der PLO sowie die Entwicklung der organisatorischen Beziehungen in allen Institutionen und Körperschaften der PLO, auf der Basis der Einheitsfront und der kollektiven Führung, entsprechend dem organisatorischen und politischen Programm des 14. Nationalrats.

Der unabhängige nationale Beschluß

Der P.N.R. bekräftigt sein Festhalten an der unabhängigen nationalen Beschlußfassung, schützt sie und widersetzt sich jedem Druck, der diese Unabhängigkeit unterlaufen will, woher er auch immer kommen mag.

Der palästinensische bewaffnete Kampf

Der P.N.R. bekräftigt die Notwendigkeit, den bewaffneten Kampf gegen den zionistischen Feind zu entwickeln und zu verstärken. Er bekräftigt das Recht der Streitkräfte der palästinensischen Revolution den militärischen Kampf gegen den zionistischen Feind von allen arabischen Fronten aus zu führen. Der P.N.R. bekräftigt die Notwendigkeit der Vereinigung aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution im Rahmen einer vereinigten nationalen Befreiungsarmee.

I. Das besetzte Heimatland

1. Der P.N.R. grüßt unser standhaftes Volk in den besetzten Gebieten in seinem Widerstand gegen die Besatzung, die Siedlung und die Entwurzelung. Er lobt auch seinen einheitlichen nationalen Willen und seinen vollständigen Zusammenschluß um die PLO, die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat.

2. Der P.N.R. mißbilligt und verurteilt alle verdächtigen amerikanischen und israelischen Versuche, die palästinensische nationale Einheit zu zerschlagen und ruft unser Volk auf, diesen Versuchen entgegenzutreten.

3. Der P.N.R. bekräftigt die Einheit der nationalen, sozialen, gewerkschaftlichen und Volksinstitutionen zu festigen und die Notwendigkeit, die nationale Front in den besetzten Gebieten aufzubauen und zu entwickeln.

4. Der P.N.R. bekräftigt die Notwendigkeit, die Anstrengungen zu vervielfachen, um die Standhaftigkeit unseres Volkes in der besetzten Heimat zu stärken und alle Anforderungen für diese Standhaftigkeit bereitszustellen, um die erzwungene Emigration zu beenden, den Boden zu bewahren und die nationale Wirtschaft zu entwickeln.

5. Der P.N.R. lobt die Standhaftigkeit unseres Volkes in den seit 1948 besetzten Gebieten und bringt seinen Stolz auf seinen Kampf zur Bewahrung der nationalen Identität als untrennbarer Teil unseres palästinensischen Volkes gegen den rassistischen Zionismus zum Ausdruck. Der P.N.R. bekräftigt die Notwendigkeit alle Anforderungen unseres Volkes in den seit 1948 besetzten Gebieten, seine Einheit, die Einheit seiner Körperschaften und seiner nationalen Kräfte zu unterstützen.

6. Der P.N.R. bringt seinen Stolz und seine Achtung für die palästinensischen Gefangenen und Internierten in den Gefängnissen des Feindes im besetzten Heimatland und in Süd-Libanon zum Ausdruck.

Der Palästinensische Nationalrat grüßt alle demokratischen und fortschrittlichen, antiimperialistischen, antizionistischen und Anti-Apartheid-Kräfte in den Ländern Westeuropas und in allen kapitalistischen Ländern und betrachtet diese Kräfte als Hauptverbündete in diesen Ländern. Der Palästinensische Nationalrat fordert das Exekutivkomitee der PLO auf, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, daß ihre Länder die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die PLO anerkennen.

Intellektuellenhatz in Polen

***„Ihr dürft uns schreiben, was ihr wollt, solange es uns gefällt“*, so etwa könnte man die Bedingungen umschreiben, die, nach anderen, jetzt den polnischen Schriftstellern als Voraussetzung zur Wiederzulassung ihres Berufsverbandes gemacht wurden.**

Schon im März des vergangenen Jahres hatte die Militärdiktatur Jaruzelski den Journalistenverband zerschlagen; der Auflösung des Verbandes der Film- und Theaterschauspieler folgten und umfangreiche Säuberungen der großen polnischen Theater.

Auf einer Konferenz von Schriftstellern, die der polnischen revisionistischen Partei angehören, wurden die Bedingungen genannt, die zu einer Wiederzulassung des polnischen Schriftstellerverbandes (ZLP) führen würden. Der Verband ist seit Einführung des Kriegsrechts in Polen von allen Rechten suspendiert. Setzt man anstelle der oft gebrauchten Formulierung „Sozialismus“ jeweils „die herrschenden Militärs und Statthalter Moskaus“ ein, so zeigen die folgenden Zitate ganz deutlich, worum es geht — um eine totale Gleichschaltung aller Geistesschaffenden in Polen. So heißt es klar im Protokoll der Tagung: *„Der Einfluß, den die Feinde des Sozialismus auf die Führung des polnischen Schriftstellerverbandes haben, macht es noch nicht mölich, dessen Suspendierung aufzuheben.“* Und weiter, der Verband müsse sich im Falle der Neuzulassung *„Kulturpolitik des sozialistischen Staates“* voll unterordnen, dürfe keinerlei Erklärungen mehr abgeben, *„die gegen die Gesellschaftsordnung des Staates oder seiner Bündnisse gerichtet sind.“ „Antisozialistische Strömungen“* dürfe es künftig nicht mehr geben, *„antisozialistisch“* ist schon eine Einstellung zugunsten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“.

Diese Bedingungen, die nur durch eine radikale „Säuberung“ des vor der Suspendierung rund 2000 Mitglieder starken Verbandes durchzusetzen sind, sollen vor allem die maximal 270 Schriftsteller des Verbandes erfüllen, die noch der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) angehören. Ihnen ist von der Parteiführung das „moralische Recht“ gegeben worden, die Durchsetzung der Bedingungen zu erzwingen.

Die Direktive zur restlosen Gleichschaltung des gesamten Kulturbetriebes ist die Bankrotterklärung eines Systems, das den Namen „sozialistisch“ schon lange nicht mehr verdient. Ein Verband von getreuen Hofschreibern der Herrschenden soll geschaffen werden. Kritische Stimmen sollen unterdrückt, Oppositionelles ausgemerzt werden. Das ist keine sozialistische Politik, das ist typisch für eine reaktionäre Militärdiktatur.

Katholiken von „Miserior“ empört

Strauß verteidigt Südafrika

„Wahlrecht bringt Chaos“

In Passau wurde die diesjährige Spendenaktion der katholischen Hilfsorganisation „Miserior“ eröffnet. Schwerpunkt der Sammlung, bzw. der Hilfe soll in diesem Jahr Südafrika sein. Die Bischofskonferenz und die Vertreter von „Miserior“ hatten dieses Land gewählt, weil sie den Kampf, auch der katholischen Kirche dort, gegen die Rassenpolitik und die dauernden Menschenrechtsverletzungen unterstützen wollten.

Diese Aktion ist jetzt von Franz-Josef Strauß scharf angegriffen worden. In einem Brief an die deutsche Bischofskonferenz, der jetzt von der „Passauer Neuen Presse“ veröffentlicht wurde, attakiert Strauß diese Aktion. So heißt es, die kritische Haltung der Katholiken gegenüber der *„Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung“* gehe von einer *„einseitigen Darstellung aus“*, die im Hinblick auf Verletzung von Menschenrechten *„einseitig falsch“* sei.

Der CSU-Vorsitzende warf *„Miserior“* vor, *„ein gespanntes Verhältnis zur Wahrheit“* zu haben und meinte, er habe mit seiner Arbeit in und für Südafrika mehr erreicht als *„tausend Schreier“*. Konkret wurde Strauß in der Frage des Wahlrechts. Zu der Forderung „one man — one vote“ (ein Mann — eine Stimme) meinte Strauß, diese Forderung auf das Staatsgebiet angewandt, würde *„weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos bringen, und die zivilisatorischen Errungenschaften, die auch ein Ergebnis der Arbeit der Schwarzen sind, allmählich wieder zerstören.“*



Damit nicht genug, kündigte Strauß für die Zeit nach der Wahl (!) eine ausführliche Begründung für die Ablehnung der Südafrika-Aktion von Miserior an. Hoffentlich nicht als Außenminister einer Rechts-Regierung!

Justizminister hilft Mördergeneralen

Asylsuchende der türkischen Junta ausgeliefert

40 Asylsuchende aus der Türkei, die am 27. Februar von den Bonner Behörden abgeschoben wurden, befanden sich bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ noch in Haft in Istanbul. Sofort bei der Ankunft auf dem dortigen Flughafen wurden sie festgenommen. Alle Abgeschobenen hatten in der Bundesrepublik Asylanträge gestellt.

Diese Auslieferung von türkischen Bürgern, die hier um Asyl nachsuchten, ist kein Einzelfall. Der neue Bonner Justizminister Engelhard, der sich zu dem oben genannten Fall nicht äußern wollte, ignoriert sämtliche Einwände, die gegen diese Praxis vorgebracht werden.



So hat das Europäische Parlament in einer Entschließung seine „Beunruhigung“ darüber geäußert, daß sich Auslieferungsersuche der türkischen Regierung mit der Beschuldigung krimineller Handlungen als „fragwürdig erwiesen haben“, und das Westberliner Verwaltungsgericht hat festgestellt, daß „die türkische Militärregierung (...) auch Auslieferungsverfahren mit vorgeschobenen Vorwürfen krimineller Handlungen dazu benutzt, politischer Gegner habhaft zu werden.“

In sehr vielen Fällen liegt die letzte Entscheidung über die Bewilligung von politischem Asyl letztendlich beim Ministerium. Das allerdings, so eine kürzlich veröffentlichte Stellungnahme, sieht keinerlei Anhaltspunkte, daß die Türkei Rechtsgrundsätze nicht einhielte. Die Gefangenenhilfsorganisation „amnesty international“ hat jetzt allerdings noch einmal auf den Bericht einer westdeutschen Juristenkommission hingewiesen, die nachdrücklich das Fehlen rechtsstaatlicher Verfahrensgrundsätze in den Strafprozessen gegen Oppositionelle in der Türkei bewiesen hat. **Die türkische Militärjunta ist in Schauprozessen gegen Oppositionelle ganz schnell mit Todesurteilen — wer Asylsuchende diesen Diktatoren ausliefert, macht sich zum Gehilfen der Henker.**

Westdeutsches Geld in aller Welt



Das Zahlenwerk über Direktinvestitionen westdeutschen Kapitals im Ausland scheint widersprüchlich. So investiert die chemische Industrie weit über 11 Millionen Mark im Ausland, in der chemischen Industrie des Auslands existieren aber nur 7,6 Millionen Mark westdeutsches Kapital.

Die Lösung dieses Widerspruchs ist einfach. Nicht alle Industriezweige investieren ihre Kapitalien unbedingt in der Branche, in der sie auch in der Bundesrepublik arbeiten. Wie man den Zahlen entnehmen kann, geht ein großer Teil der DM von westdeutschen Konzernen in ausländische Finanzierungs- und Beteiligungsgesellschaften. Westdeutsche Finanzierungs- und Beteiligungsgesellschaften tragen nämlich nur einen geringen Teil der westdeutschen Gesamtinvestitionen in diesem Bereich.

Weiterhin ist interessant, daß sich an den Auslandsinvestitionen in bestimmten Branchen auch Kapitalgeber aus anderen Branchen beteiligen. So werden Investitionen in den Bereichen Erdöl- und Erdgasgewinnung, im Bau- und Wohnungswesen, sowie im Energie- und Wasserversorgungsbereich auch von anderen Branchen unterstützt. Offensichtlich „zukunftsträchtige“ Investitionen für das Monopolkapital.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Branchen in Mio. DM

	Herkunfts-branche	Ziel-branche
Chemische Industrie	11232,2	7626,0
Elektrotechnik	7390,8	5345,1
Kreditinstitute	6121,1	4825,9
Eisen- und Stahlerzeugung	5867,3	2243,2
Maschinenbau	5834,7	5018,0
Straßenfahrzeugbau	5127,5	5082,9
Erdöl-/Erdgasgewinnung	3459,8	3795,1
Versicherungsgewerbe	2405,4	1151,6
Grundstücks-/Wohnungswesen	2078,9	2632,0
Nahrungs-/Genußmittelgewerbe	1576,5	850,8
Pharmazie	1479,9	1254,1
Private Haushalte	1370,8	1,2
Gas Elektrizität Wasser	1189,4	1231,1
Finanzierungsgesellschaften	724,9	1541,9
Beteiligungsgesellschaften	554,5	14453,3

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesreg.
Stand Ende 1980

Verstärkte US-Hilfe für El Salvador

Die Regierung in Washington ist offensichtlich entschlossen, die wankende Junta von El Salvador mit allen Mitteln zu stützen. Nachdem die UNO-Botschafterin der USA, Kirkpatrick, dem Präsidenten aus El Salvador berichtet hatte, mußte man in Washington einsehen, daß die Regierung von San Salvador dem Druck des kämpfenden Volkes nicht mehr lange standhalten kann.

Ende der vergangenen Woche stellte Reagan in San Franzisco seine Pläne dar. Er sagte, die salvadorianische Regierung stünde *„in der Frontlinie einer Schlacht, die sich gegen das innerste Herz der westlichen Hemisphäre"* richte, und letztlich die Vereinigten Staaten zum Endziel habe. Reagan betonte, er werde jetzt eine „Linie ziehen", deren Überschreiten den Befreiungsbewegungen nicht erlaubt werden solle. In Reagans Rede tauchte auch die berüchtigte Domino-Theorie wieder auf. Wenn, so sagte Reagan, die Kommunisten in El Salvador neben Nicaragua einen „Brükkenkopf" errichteten, dann fielen auch Costa Rica, Panama und weitere lateinamerikanische Staaten.

Der Kongreß hatte „nur" 26 Millionen Dollar zur Unterstützung El Savadors bewilligt. Nach der erfolgreichen Offensive der Befreiungsarmee FMLN, die durch den desolaten Zustand der Regierungstruppen gefördert wurde, bekommen die USA jetzt Angst um ihre Marionetten in El Salvador. Selbst im amerikanischen Kongreß wurde festgestellt, daß den Regierungstruppen in 60 Tagen die Munition ausgehen wird.

Jetzt sollen weitere 60 Millionen Dollar im laufenden Haushaltsjahr für die Junta von El Salvador bewilligt werden, die Anzahl der Militärberater soll erhöht werden. Ein Mitarbeiter Ragans meinte, man werde die Situation in El Salvador unter Kontrolle bringen, notfalls „zu allen notwendigen Mitteln" greifen. Alle „notwendigen Mittel", das heißt nichts anderes als eine offene Drohung der USA, in El Salvador direkt militärisch zu intervenieren. Denn immer schon war das Aufleben der Domino-Theorie in der US-Außenpolitik der Vorwand, um den Verlust von Einflußgebieten zu verhindern, militärisch einzugreifen.

Die enormen Erhöhungen der Hilfe für El Salvador, die scharfen Töne aus Washington sind Alarmzeichen für Mittelamerika.

„Aha, soviele sind's gar nicht. Das zeigt eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation, Herr Shultz". US-Karikatur mit Reagan und Außenminister Shultz.

Modell für Westdeutschland?

Lohnkürzungen für US-Stahlarbeiter

Über einen Zeitraum von vier Monaten müssen nordamerikanische Stahlarbeiter jetzt eine massive Lohnkürzung und Urlaubskürzungen hinnehmen. Nach wochenlangen erpresserischen Angriffen der US-Stahlkonzerne hat eine knappe Mehrheit der Gewerkschaftsführer kapituliert und den Raubplänen zugestimmt.

Zur Zeit sind in den USA mehr als 100 000 Stahlarbeiter arbeitslos. Das ist fast die Hälfte aller Stahlarbeiter dort. Mit dem scheinheiligen Versprechen, die bei den Arbeitern „eingesparten" Gelder im Stahlbereich zu investieren, sind die Kürzungsverträge zustandegekommen. Sie sehen konkret eine Lohnsenkung um neun Prozent oder 1,25 Dollar vor, die automatische Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten wird abgeschafft, der Urlaub um eine Woche gekürzt, ein bisher bezahlter Feiertag fällt weg, und bei den Zulagen werden Abstriche gemacht.

Damit werden den Stahlarbeitern insgesamt sechs Milliarden Dollar geraubt. Diese Geschichte wurde natürlich in den Tagen vor der Wahl groß in der bürgerlichen Presse herausgestellt. Der angeblich freiwillige Lohnverzicht der US-Stahlarbeiter soll als Musterbeispiel für Krisenbewältigung dargestellt werden.

Aber es war nicht der erste derartige Tarifvertrag, der in den USA abgeschlossen wurde. Vorreiter waren die Automobilkonzerne Chrysler, Ford und General Motors. Sie kürzten schon vor längerem „ihren" Arbeitern den Lohn um durchschnittlich 9000 Dollar pro Jahr, ebenfalls mit dem Versprechen, das Geld zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Werken anzulegen.

Alle Konzerne haben ihre großen Werke in Detroit. Und wie es dort heute aussieht, ist seit dem letzten Winter bekannt. Bei 35 Prozent Arbeitslosen in der Stadt, der größte Teil aus den Autowerken, ist dort Massenelend und Hunger ausgebrochen. **Der Lohnverzicht hat keinen einzigen Arbeitsplatz gesichert. Im Gegenteil.**



Der Diktator Rios Montt (Mitte) flankiert von „Ministern"

Guatemala

Sechs Guerilleros hingerichtet

Der Chef der guatemaltekischen Junta, Efrain Rios Montt, zeigt sich kurz vor dem Papst-Besuch in seinem Land als starker Mann. Ungeachtet von Appellen verschiedener Seiten ließ er am vergangenen Freitag sechs Guerillos hinrichten.

Die Angehörigen der Befreiungsbewegungen in Guatemala starben auf persönliche Anordnung von Rios Montt, der seine Macht ausdrücklich gegen den internationalen Protest darstellen wollte. Nach den Hinrichtungen kam aus Kreisen des Vatikans kritische Stellungnahmen, den Besuch selber will der Papst weder verschieben noch absagen.

Wie erbittert im Land gegen die Diktatur gekämpft wird, zeigt auch die letzte politische Maßnahme der Diktatur. Rios Montt mußte den schon seit Juli vergangenen Jahres andauernden Ausnahmezustand wieder-um verlängern.

Die Polizei und sämtliche Sicherheitskräfte sind somit weiter der Armee unterstellt. Politische und gewerkschaftliche Tätigkeit ist verboten, und über Presse ist es untersagt, über „Untergrundgruppen" zu berichten.

Die Befreiungsorganisationen, von denen vier in der „Guatemaltekischen Revolutionären Nationalen Einheit" (URNG) zusammengeschlossen sind, haben für die Zeit um den Papst-Besuch eine sechstägige Waffenruhe angeboten. Die Diktatur hat sie schon verletzt.

„Agent orange" und das Erbe des US-Giftgaskrieges

Mehr als acht Jahre nach Beendigung des Vietnam-Krieges werden die fürchterlichen Folgen dieser mörderischen Aktion des US-Imperialismus immer deutlicher. Noch Generationen, weit über 100 Jahre, wird Vietnam und seine Menschen an den Folgen des Einsatzes der US-Truppen in ihrem Land zu leiden haben.

Vor allem die verheerenden Folgen des Giftgaskrieges sind jetzt bekannt geworden. 90 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe warfen die US-Truppen über Vietnam ab. Die wissenschaftlichen Untersuchungen über die ökologischen, also Folgen für die Umwelt und die genetischen, in der Erbmasse der Menschen entstandenen Veränderungen, sind fürchterlich und grauenhaft.

Kriegsziele des Giftgaseinsatzes waren einmal die „Entlaubung" von waldreichen Gegenden, um einerseits den Volksbefreiungskämpfern keine Schlupfwinkel zu geben, und andererseits die Menschen in die Städte zu zwingen, wo sie für die US-Invasoren besser unter Kontrolle zu halten waren.

Kriegsfolgen hat jetzt ein internationaler Wissenschaftlerkongreß in Ho-Chi-Minh-Stadt dargestellt. Eine Abordnung dieses Kongresses besucht in diesen Tagen die Bundesrepublik und die Schweiz. Unter der Leitung des Mitglieds der Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen in Vietnam, Tran Kinh Chi zeigen vor allem die beiden Fachärzte Prof. Dr. med. Ton Duc Lang und der Dekan der Universität von Hanoi, Porf. Dr. bio. Vo Quy konkret, was der US-Imperialismus in Vietnam verbrochen hat.

Fast die Hälfte des tropischen Regenwaldes in Vietnam existiert nicht mehr. Nach den Giftgaseinsätzen ist damit nicht nur ein ökologisches Ungleichgewicht entstanden, Wissenschaftler fanden dafür den Begriff „Ökozid", mit anderen Worten, Umweltod. Wie für andere Folgen, die der Kongreß herausfand, gilt für die ökologischen Schädigungen, die auch mit Hilfe nordamerikanischer Experten festgestellt wurden, daß sie keinerlei Anerkennung im völkerrechtlichen Sinne genießen, und somit nicht zur Berechnung von Reparationszahlungen der USA an Vietnam herangezogen werden können. Denn die US-Regierung weigert sich bis heute, die Folgen von Giftgaseinsätzen anzuerkennen.

Wirklich starke Nerven braucht man, um sich die genetischen Folgen des Giftgaskrieges zu verdeutlichen. Alle Wissenschaftler, egal aus welchem Land sie kamen, waren sich darüber einig, daß die Gifte wie „Agent orange", oder die konkrete Bezeichnung „TCDT" und „2-4-5 T" krebserzeugend und genetisch verändernd wirken. Was medizinisch so ausgedrückt wirkt: *„Es kommt in statistisch signifikanter Art und Weise zu Chromosomenaberrationen, zum Ringchromosomenbild und anderen schwerwiegenden genetischen Veränderungen"*. Mit Fotografien und anderen Beweismitteln belegen die Ärzte, welche Kinder heute in Vietnam geboren werden — oder nur ansatzweise im Mutterleib entstehen. Föten, also ungeborene Kinder, oft nur aus dem Unterleib bestehend, ohne Kopf und Gliedmaßen, Kinder mit Köpfen, völlig ohne Gehirn, oder ohne Hände und Beine, mit Schädigungen, wie sie bei „Contergan" auftraten, daß aber nie in Vietnam verwandt wurde. Zusätzlich wurde noch bekannt, daß nachgewiesenermaßen allein 689 Vietnamesen durch das Giftgas CS starben, das neue „sanfte" Mittel der westdeutschen Polizei.

Leider haben wir bei Redaktionsschluß nicht die Termine der Veranstaltungen der vietnamesischen Delegation. Wir möchten aber alle Leser, die von diesen Veranstaltungen hören, auffordern, dahinzugehen, und dafür zu werben. Die Ergebnisse des internationalen Kongresses wird der „Rote Morgen" demnächst nochmals ausführlich darstellen.

Die Folgen der „Entlaubungsaktion" in Vietnam

Die tropischen Wälder Vietnams ...

... wurden von der US-Army mit Giftgas „entlaubt" ...

... die Folgen für die Umwelt ...

... und die Menschen ...

... sind unübersehbar.

Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner (Teil VI)

„Es besteht jetzt die Chance, das System zu ändern"

Wie Hitler zum Reichskanzler gemacht wurde

Noch aber konnte sich die Gruppe um Thyssen nicht durchsetzen. Hindenburg beauftragte vielmehr den Reichswehrminister General von Schleicher mit der Kanzlerschaft. Der General versuchte nun, die Papenschen Diktatur-Pläne in neuen Varianten zu verwirklichen. Aber er wollte mit der „Parteienherrschaft" und dem Parlamentarismus Schluß machen. In Anbetracht der oben erwähnten Planspiele der Reichswehr (an denen er ja selbst maßgeblich mitgearbeitet hatte) nahm Schleicher jedoch nicht Kurs auf eine reine Militärdiktatur. Er wollte sein Regime vielmehr auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen stützen, namentlich den ADGB und den Strasser-Flügel der NSDAP. Sowohl beim Gewerkschaftsvorsitzenden Leipart wie auch bei Strasser fand Schleicher Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Leipart jedoch wurde von der SPD-Führung zurückgepfiffen, und Strasser wagte es nicht, sich von Hitler zu lösen, der (von seinen Hintermännern bestärkt) jede Kooperation von Schleicher kategorisch ablehnte. So war Schleichers Versuch, die Papensche Politik mit anderen Mitteln fortzusetzen, schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Zudem brachten ihn die progressiven Bestandteile seines Regierungsprogramms (z.B. eine großzügige Arbeitsbeschaffung auf der Basis der Tariflöhne), mit denen die Unterstützung der ADGB-Führung erkauft werden sollte, in Widerspruch zu immer größeren Kreisen der Großbourgeoisie.

Nachdem all seine Manöver fehlgeschlagen waren, wollte Schleicher am Ende seiner nur wenige Wochen dauernden Kanzlerschaft mit Hitler selbst zu einer Übereinkunft kommen. Aber dazu war es bereits zu spät. Der „soziale General", wie er sich gerne nennen ließ, hatte kaum noch Unterstützung in der herrschenden Klasse. Allein eine kleine Gruppe um Gustav Krupp hielt noch an ihm fest. Innerhalb des Finanzkapitals hatte sich in den letzten Monaten des Jahres 1932 ein rasanter Wandel vollzogen. In dem Maße, wie die Versuche der Chemie/Elektro-Gruppe, zunächst mit Brüning und dann mit Papen eine ihr genehme reaktionäre Politik durchzusetzen gescheitert war, begann sich diese Gruppe unter dem Druck der hinter Hitler stehenden Schwerindustriellen aufzulösen.

Umschwung zugunsten Hitlers

Typisch für diesen Prozeß sind die folgenden Beobachtungen von einer Tagung des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" (Langnamverein), die dem Reichskommissar von Preußen, Franz Bracht, in einem vertraulichen Bericht mitgeteilt wurden: „Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung vorgesehen war, ergab anläßlich der zwanglosen Unterhaltung die überraschende Tatsache, daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht. Während man noch vor wenigen Wochen Papen zugejubelt hat, ist man heute der Auffassung, daß es der größte Fehler sei, wenn Hitler, auch unter Vorbringung ernsthafter Gründe, nicht mit der Regierungsbildung beauftragt würde."

Bemerkenswert auch die Entwicklung bei den IG Farben, dem mächtigen Chemiemonopol. Im Sommer '32 hatte man sich hier noch geweigert, die Nazi-Partei finanziell zu unterstützen; gegen Ende des Jahres aber machten die Konzernbosse 100000 Reichsmark für die Faschisten locker. Dazwischen lag eine Unterredung der Konzernmanager Bütefisch und Gattineau mit Hitler, über die Bütefisch später (in einer Broschüre der IG Farben aus dem Jahr 1943) so berichtete: „... Dann beschrieb der Führer die ökonomischen Ziele klar und überzeugend. Er sagte: ‚Heutzutage ist eine Wirtschaft ohne Öl in einem Deutschland, das politisch unabhängig sein will, unvorstellbar. Deshalb muß das deutsche Motoröl Realität werden, auch wenn es Opfer erfordert. Daher ist es dringend notwendig, daß die Hydrierung von Kohle fortgesetzt wird'. Als der Führer seine Stellungnahme beendet hatte, konnte ich nur sagen, daß seinen Worten nichts hinzuzufügen sei." Warum auch? Hatte doch der „Führer" den IG-Bossen in Aussicht gestellt, das im Konzern entwickelte Kohlehydrierverfahren, von dem man sich in der Perspektive satte Profite versprach, nach Kräften zu fördern.

Ähnlich wie bei den IG Farben dachte man nun auch in den Konzernzentralen der Elektromonopole um. Auch hier, das muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, hatte man niemals prinzipielle Einwände gegen Hitler und sein Programm des blutigen Terrors gegen die Arbeiterbewegung gehabt. Carl Friedrich von Siemens beispielsweise warb schon im Oktober 1931 bei einem Essen der General Electric Company in New York vor seinen amerikanischen Geschäftsfreunden um Verständnis für den deutschen Faschismus: „Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung", erläuterte er dort, „ist der Kampf gegen den Sozialismus, das heißt gegen den Marxismus. (...) Hitlerismus oder — wie wir es nennen — Nationalsozialismus ist in keiner Beziehung eine monarchistische Bewegung. (...) Aber er ist gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus gerichtet, wie sie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist. Das deutsche Volk (...) ist für diese Form der Demokratie nicht reif."

Kurs auf Zerstörung der Republik

Auch die Chemie/Elektrogruppe wollte die Krise durch Liquidierung der parlamentarischen Demokratie, durch die terroristische Niederwerfung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Vorbereitung des Revanchekriegs „überwinden". Ihre Vorbehalte gegen Hitler reduzierten sich darauf, daß der die politische Figur der Schwerindustrie war und daß demnach Hitler als Staatsführer zu akzeptieren, gleichzeitig bedeutete, den Führungsanspruch der Thyssen und Co. anzuerkennen. Nachdem aber alle Versuche mit Brüning, Papen und schließlich auch Schleicher offenkundig gescheitert waren, blieb dieser Gruppe des Monopolkapitals als einzige Möglickeit, das „System zu ändern" — wie es Silverbergs „Führerbriefe" formuliert hatten — nur noch die Karte Hitler und damit die Unterwerfung unter die schwerindustrielle Gruppe übrig.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler lief dann auch mit der Unterstützung aller wesentlichen Monopolgruppen ab. Die Initiative dazu ging jetzt von Papen, dem Vertrauensmann der Chemie/Elektro-Gruppe aus. Er ließ über den Kölner Bankier Kurt von Schroeder eine Zusammenkunft mit Hitler am 4. Januar 1933 arrangieren. Papen versuchte zwar noch ein letztes Mal, den absoluten Führungsanspruch Hitlers und seiner schwerindustriellen Hintermänner zu unterlaufen, indem er vorschlug, eine neue Regierung gemeinsam zu leiten. Aber darüber ging Hitler einfach hinweg. Er gestand lediglich die Beteiligung von Papen-Leuten an einer von ihm geführten Regierung zu und forderte darüber hinaus die vollständige Anerkennung seines Programms. Wie der Bankier von Schroeder später vor dem Nürnberger Gericht in einer eidesstattlichen Erklärung aussagte, skizzierte Hitler dabei die vorzunehmenden Änderungen „einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung."

Man einigte sich auch noch über andere Punkte, beispielsweise die Auflösung der Gewerkschaften und legte ein gemeinsames Vorgehen zum Sturz des amtierenden Kanzlers Schleicher fest. Einen Tag nach dieser Unterredung traf Papen mit dem schon erwähnten Braunkohle-Magnaten Silverberg zusammen, um den hinter ihm stehenden Kreis des Finanzkapitals über die Ergebnisse der Verhandlungen zu informieren. Hitler fand sich am gleichen Tag und zu dem gleichen Zweck bei Thyssen und Kirdorf ein. Die Monopolherren waren mit dem Ausgang des konspirativen Treffs vom 4. Januar zufrieden. Die endgültige Zerschlagung der Weimarer Republik konnte beginnen.

Dazu bedurfte es jetzt nur noch eines kurzen Intrigenspiels, in dessen Verlauf Papen beim Reichspräsidenten Hindenburg beispielsweise das Gerücht ausstreute, Schleicher wolle den Präsidenten mit Hilfe der Reichswehr stürzen. Der „soziale General", der nun keinerlei Rückhalt in der Monopolbourgeoisie mehr hatte, wurde ohne jeden Widerstand abgeschoben, und Hindenburg ernannte am 30. Januar Hitler zum Reichskanzler. Noch am gleichen Tag drängten sich die führenden Figuren des Finanzkapitals, darunter auch Krupp und Bosch, in der Reichskanzlei, um den neuen Regierungschef „zu begrüßen".

„... als bis der Marxismus erledigt ist"

In unserer Serie über die Hintergründe der Hitlerschen Machtergreifung haben wir uns im wesentlichen auf die Entwicklungen innerhalb des Finanzkapitals konzentriert. Andere Fragen, beispielsweise die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung, konnten daher nur gestreift werden. Aber der Zweck dieser Serie war es eben, die bürgerliche Legendenbildung über den Machtantritt des Faschismus zu demaskieren und zu zeigen, daß es erstens die aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals waren, die diesen Machtantritt von langer Hand vorbereitet hatten und daß sich diese Kräfte zweitens bis zum Beginn des Jahres 1933 mit ihren Absichten innerhalb der Monopolbourgeoisie vollständig durchgesetzt hatten.

Es gab unter den Monopol- und Bankherren keinen „antifaschistischen Flügel", keinen — nicht einmal einen passiven — Widerstand gegen Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. Sie war vielmehr von allen, in voller Kenntnis der damit eingeleiteten Entwicklung, gewollt. Das zeigt schließlich auch ein letzter Ausblick auf die Entwicklung unmittelbar nach der Machtergreifung. Am 20. Februar 1933 berief Göring eine Versammlung von Industriellen ein, um eine Geldsammlung in großem Stil einzuleiten, die dringend notwendig war, um die noch labile Stellung des neuen Regimes zu festigen. Anwesend waren nicht nur die Vertreter der Thyssen/Kirdorf-Gruppe, wie etwa Schacht oder Albert Vögler vom Stahltrust, sondern beispielsweise auch die gesamte Leitung der IG Farben oder Krupp, der noch wenige Monate zuvor Schleicher unterstützt hatte. Und alle spendeten sie nun sechsstellige Beträge für den Topf der Nazi-Partei. Krupp selbst, damals Vorsitzender des Reichsverbands der Deutschen Industrie, und in der Folgezeit bekanntlich einer der Hauptprofiteure aus der faschistischen Barbarei, dankte Hitler in bewegten Worten für eine Rede bei dieser Zusammenkunft. Und es soll hier auch nicht vorenthalten werden, mit welchen Ausführungen der „Führer" die versammelten Herren zu gewinnen wußte:

„Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die anderen Gegner zu Boden werfen wollen. Solange man noch an Kraft gewinnt, soll man den Kampf gegen den Gegner nicht aufnehmen. Erst wenn man weiß, daß man auf dem Höhepunkt der Macht angelangt ist, daß es keine weitere Aufwärtsentwicklung gibt, soll man losschlagen. Wir müssen in Preußen noch 10, im Reichstag noch 33 Mandate erringen. Das ist, wenn wir alle Kräfte einsetzen, nicht unmöglich. Dann beginnt erst die zweite Aktion gegen den Kommunismus (...). Die Frage der Wiederherstellung der Wehrmacht wird nicht in Genf, sondern in Deutschland entschieden werden, wenn wir durch innere Ruhe zu inneren Kraft gekommen sind. Innere Ruhe gibt es aber nicht eher, als bis der Marxismus erledigt ist. Hier liegt die Entscheidung, der wir entgegen gehen müssen, und ist der Kampf auch noch so schwer."



Eine der Lehren aus der faschistischen Diktatur war die Einsicht in die notwendige Einheit der Arbeiterklasse wie viele Initiativen zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei in ganz Deutschland nach dem Krieg zeigten.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 10, 11 Mart 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

"Şimdi sistemi değiştirmenin ortamı mevcuttur"

Hitler'in nasıl Reich Başbakanı yapıldığı üzerine

Son Bölüm Sayfa 2'de



Yabancıları hedefleyen tehlike

KŞ'ın geçen sayısında, Ekim 1982'de kurulan Federal ve Eyaletler Yabancılar Komisyonu'nun raporunun açıklandığını belirtmiştik. Yabancılar Komisyonu'nun raporunu seçimden kısa bir süre önce devralan eski ve yeni Federal Başbakan Kohl, rapordaki tavsiyeler üzerine kesin kararın sonra verileceğini belirtti. Şimdi seçimi kazandığına göre artık yabancılar politikasını sertleştirmekte, yabancılara, özellikle de biz Türkiyelilere karşı önlemler almakta çekinmesine gerek kalmadı.

Bilindiği gibi Yabancılar Komisyonu tasarısında; yabancıların siyasi faaliyet hakkının sınırlandırılmasını, buraya gelecek çocukların yaş sınırının 6'ya düşürülmesini, işsizlik ve sosyal yardım alanların derhal sınırdışı edilmesini ve sıralamakla bitmeyecek ve yabancıları daha da haksız bir duruma düşürecek kararların alınmasını öneriyor.

Bunun için şimdi büyük bir siyasi uyanıklık, bu saldırıları geri püskürtme azmi oldukça gereklidir. Kohl Hükümeti'nin biz yabancılara karşı almak istediği önlemlere karşı yoğun bir aydınlatma faaliyeti ve direniş sürdürülmelidir.

Kohl yaptığı açıklamasında, "rapor üzerinde karar ancak iyice düşünülebilecek bir ortamda verilebilir" dedi. Çünkü o, seçim kampanyasının tam kızışmış olduğu bir aşamada bu konuda kesin kararlarla kamuoyuna açıklama yapmak istemiyordu. Nitekim bunlar seçim kampanyasını belirli bir dereceye kadar olumsuz yönde etkileyebilirdiler. Ancak şurası açık olan bir gerçektir ki, parlamento yeni yabancılar politikasını yaz tatilinden önce belirlemek istiyor. Ve hükümet biz yabancılara karşı olan planını, yani bizlerin tüm haklardan yoksun bırakılmamıza, Alman yurttaşlarının bize karşı kışkırtılmasına, böylece biz yabancı işçilerin de bir parçasını oluşturduğumuz Alman işçi sınıfını bölme ve gücünü zayıflatmaya hizmet eden planlarını bir eksiksiz olarak hayata geçirmek istiyor. Kısa ve orta vadede 2 milyonu aşkın yabancının, özellikle Türkiyelinin sınırdışı edilmesi tehlikesi mevcut. Nitekim işverenler Kohl Hükümeti'nden bu tür bir talepte bulunmuştular.

Tüm bu gelişmeler biz yabancılara yönelen saldırıların geri püskürtülmesi için kararlı ortak mücadelenin ne denli gerekli ve acil olduğunu gün ışığına çıkarıyor. O halde, haydi göreve!

Federal Parlemento seçiminin sonucu:

Siyasi gericilik için açık bir zafer

7 Mart'ta borsa, 10, 20 yıldan bu yana yaşamadığı bir yükselişi kaydetti. Hisse senetleri kısmen 10 DM yükseldi. Özellikle Daimler'in, BMW'nin, Siemens'in, Deutsche Bank ve diğer bankaların hisse senetlerinde fiyat artışları kaydedildi. Batı Alman ekonomi patronları seçim zaferini, koyu gericiliğin 6 Mart'taki zaferini bu tarzda kutladılar. Aynı şekilde Washington'da, Londra'da ve Batı müttefiğinin diğer başkentlerinde de sevinç ve memnuniyet dile getirildi. Çünkü buralarda artık Bonn'daki yeni hükümetin, Amerikan orta menzilli füzelerinin yerleştirilmesi sorununda ve sözümona "Güvenlik politikası"nın diğer tüm temel sorunlarında kendi fikirleri doğrultusunda bir politika izleyeceğinden eminler.

Buna karşılık 6 Mart işçi hareketi ve Federal Almanya'daki sol güçler için kara bir pazardı. Bunda Yeşillerin Federal Parlamento'ya girmeyi başarmaları gerçeği de bir şey değiştirmedi. KPD, Federal Parlamento seçimlerine BWK ile birlikte katıldı. Devrimci Sosyalistlerin ittifakı, 7 eyalette adaylığını koydu ve aşağı yukarı 6 bin oy aldı. BWK ve KPD'nin Ortak Seçim Kampanyası Komisyonu, Federal Parlamento seçimlerinin sonucunu tartıştı ve aşağıda aynen yayınladığımız açıklamayı kararlaştırdı.

BWK ve KPD'nin Ortak Seçim Kampanyası Komisyonu'nun 8. 3. 1983 tarihli açıklaması

Federal Parlamento seçimlerinin başlıca sonucu açık: siyasi gericilik ve onun arkasında bulunan mali sermaye çevreleri açık bir zafer kazandalar; işçi hareketi ve solcular ise ağır bir yenilgiye uğradılar.

Seçme hakkına sahip olan halkın güçlü bir çoğunluğu CDU/CSU ve FDP'yi seçmekle;

★seçim kampanyasında uzun zamandan beri kapitalistlerin bu denli açık desteğine sahip olmayan;

★işçileri, hizmetlileri ve genelinde yoksul halk tabakalarını fedekârlık yapmaya zorlayarak işverenlerin kârlarını yükseltmeyi, ekonomi ve sosyal politikanın ana hattı olarak belirleyen;

★Federal Almanya'ya orta menzilli füzelerin yerleştirilmesini, NATO'yu, büyük bir Alman saldırısını ve yoğun bir tarzda karşı karşıya gelme, Sovyetler Birliği'ni ve diğer Varşova Paktı ülkelerini tehdit etme rotasını en açık bir biçimde savunan;

★demokratik hakları ve özgürlükleri kısıtlayarak, devletin baskı cihazını genişleterek, sendikalar ve ilerici örgütler üzerindeki baskıyı yoğunlaştırarak, yabancı kadın ve işçi arkadaşlara karşı kışkırtarak "Almanya'yı yeniden düzene sokmak" isteyen partilere oyunu verdiler.

Gericiliğin seçimi kazanması halkın çoğunluğunun bu kapsamlı gerici ve saldırgan emelleri doğrudan doğruya desteklediği şeklinde değerlendirilemez. SPD'nin yönettiği Federal Hükümet'in son yıllarında kitlelerin yaşam koşullarının kötüleşmesi, bir çoklarında, Birlik (partilerinin, KŞ) yönettiği bir hükümetin belki de yığınların ekonomik durumlarının kötüleşmesini ve özellikle işsizliğin daha da artmasını frenleyebileceği ve belki de eğilimi tersine çevirebileceği umudunu uyandırdı.

Kapitalist kâr sağlamadaki atılımdan halk yığınları içinde en azından bir kaç kırıntı düşebileceği umudu boşa çıkar çıkmaz, o zaman sorumlulara ihtiyaç duyulacaktır: sendika hareketi, çünkü onların istekleri

(Devamı 3. sayfada)



Batı Berlin'de de uyarı grevleri yapıldı. Resimde, Batı Berlin metal sanayisi İşverenleri Birliği İdaresi'nin önünde protesto eden metal işçileri görülüyor.

Cevriye Eryılmaz sınırdışı edilmemelidir!

Nisan 1981'de Hulisi Eryılmaz, bir Federal "Savunma Ordusu" askeri tarafından Olpe'de bir kavga sonucunda öldürüldü. Eşinin öldürülmesinden sonra, Cevriye Eryılmaz sınırdışı edilmek isteniyor. Bunun için bugün Olpe yabancılar makamı yoğun çaba sarf ediyor. Federal makamların biz yabancılara karşı olan insanlık dışı uygulamalarının yeni bir biçimi olan bu uygulamaya karşı protestolar yükseltilmelidir!

İki çocuk annesi olan Cevriye Eryılmaz'ın tüm akrabaları Federal Almanya'da yaşıyorlar; şimdi o ailesinden koparılmak isteniyor. O, siyasi iltica talebinde bulundu; ancak Batı Alman makamların onun dilekçesini reddettiler.

Batı Alman makamları C. Eryılmaz'ı sınırdışı etmek isteyince buna karşı Federal Almanya çapında yoğun protesto yükseltildi. Gerçekleştirilen dayanışma sonucunda onun sınırdışı edilmesi geçici olarak ertelendi. Olayı öğrenenler Olpe'deki yabancılar makamına telefon ederek durumu protesto etti ve C. Eryılmaz ile dayanışmalarını dile getirdiler.

Görüldüğü gibi C. Eryılmaz'ın şimdi içinde bulunduğu zor durum Federal Alman makamlarını zerre kadar ilgilendirmiyor. Onlar bir kez daha yabancılara karşı uyguladıkları insanlık dışı uygulamalarını gözler önüne serdiler. örneğin bu konuda bir açıklama yapan yabancılar makamının sözcüsü "kanun sınırdışı etmekten başka hiç bir seçenek tanımıyor" dedi. Böylece onlar istemeyerek kamuoyunun yoğun baskısı altında C. Eryılmaz'ın oturma iznini uzatmak zorunda kaldılar. Ancak, tabi ki mart ayı sonuna kadar. Buna karşılık yaşamını sürdürmesi için gerekli olan sosyal yardım verilmek istenmiyor. Şu an bayan Eryılmaz ve çocukları akrabalarının yardımlarıyla yaşamlarını sürdürüyorlar.

Şimdi onlara yardım edilmelidir. Bir çok avukat bayan Eryılmaz'ı davada savunmak istediğini bildirdi. Münsterli devletler arası hukukçu Bleckmann bu konuda Anayasanın ve insan haklarının çiğnendiğine işaret etti. Şimdi hem yerel makamlar hem de Eyalet Yönetim sınırdışı kararını bozmaya zorlanmalıdır. Eryılmaz sınırdışı edilmemelidir!

200 bini aşkın metal işçisi uyarı grevi yaptı

Şimdi yüzde 6,5 zam talebini gerçekleştirmek daha da gereklidir!

Yeni hareketliliğin ilk dalgası pek kötü değildi. Şu an düzenlenen uyarı grevlerine katılanların sayısı 200 bini aşmış durumda. Ve Bonn'da koyu gericiliğin seçimi kazandığının kesin olduğu bir ortamda, gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı kararlı bir sendikal direnişin sürdürülmesi daha da kaçınılmaz bir hal almıştır. Bunun için şimdi eylemler daha da yaygınlaştırılmalı! Şimdi yüzde 6,5 zam talebinin tam olarak gerçekleştirilmesi daha da gereklidir!

Baden-Württemberg Eyaleti'ndeki yerli ve yabancı işçi arkadaşlar, sürekli İG Metall sendikasının kararlı bir adım atmasını istediklerini gösteriyorlar. Geçen cuma günü 500 metal işçisi gene toplu sözleşme görüşmelerinin yapıldığı salonu işgal ettiğinde, işverenlerin başkanı Stihl huzursuz saatler geçirmiş olmalı. Salonu işgal eden işçiler, patronlara karşı "yüzde 2,5 bizimle alay etmektir; biz yüzde 6,5 zam istiyoruz!" diye gür sesle haykırdılar. Bu eylemin sonunda aristokrat oteli "Graf Zeppelin"in salonunda patronlar, bir sendika marşı bile dinlemek zorunda kaldılar.

Ayrıca Stuttgart'ta patronlar ilk lokavtı da uyguladılar. Karoseri yapan Auwerter'de işverenler, greve gidildiği takdirde primlerin kısaltılacağı tehditini savurdular! Ancak işçi arkadaşlar bu tehdite rağmen, greve gittiklerinde patron fabrikanın giriş kapılarını kilitlettirdi.

Düsseldorf yakınındaki Neussta ise Ren metal işletmelerinden yuvarlak olarak 1500 işçi, Kuzey Ren Westfalye toplu sözleşme görüşmelerinin yapıldığı otelin önünde bir yürüyüş yaptılar. Onlar, Blüme karşı da sloganlar haykırdılar.

Aynı şekilde Batı Berlin'de de bir dizi eylem, uyarı grevi yapıldı. Örneğin metal işverenleri birliğinin idaresi önünde işçi arkadaşlar bir protesto gösterisi düzenlediler. Onlar bu gösteride, "Biz sözümüze bağlı kalıyoruz: Ücretlerin talan edilmesine karşı yalnızca grev bir yarar sağlar!" sloganını haykırdılar.

"Şimdi sistemi değiştirmenin ortamı mevcuttur"

Hitler'in nasıl Reich Başbakanı yapıldığı üzerine

SON BÖLÜM

Hitler faşistlerinin iktidarı ele geçirmelerinin ardında yatan nedenler üzerine yazı dizimizin önceki bölümünde; mali sermayenin Nazi grubunun nasıl Hitler'in "ekonomi programını" kendi çıkarları doğrultusunda biçimlendirdiklerini, SPD'nin çöküşünü ve yapılan hükümet darbesi planlarını ele almıştık. Şimdi yazımızın son bölümünde, mali sermaye içerisinde Hitler'in lehine gelişmeye ve hükümet darbesinin nasıl gerçekleştirildiğine değiceğiz.

Schleicher'in kisa görev süresi

Ne var ki, Thyssen/Kirchdorf Grubu'nun da problemleri vardı. Nitekim kendilerinin finanse ettikleri ve kitle partisine dönüştürdükleri NSDAP, 1932 yılı sonunda yükselişinin doruk noktasını geride bırakmıştı bile. Yukarıda sözü geçen kasım ayındaki Reichstag seçimlerinde faşistler iki milyon oy kayıbına uğramıştılar; bundan kısa bir süre sonra yapılan Thüringen'deki seçimlerde ise oy potansiyellerinin yüzde 40'nı kaybetmiştiler. Böylece mali sermaye içerisindeki Nazi Grubu da adım atmak zorunda kalmıştılar. Onlar bu yeni durum karşısında Reich Cumhurbaşkanı Hindenburg'a, Hitler'in Başbakanlığa atanmasının talep edildiği bir dilekçe ile baş vurdular. Bu dilekçe, aralarında Schacht'ın, Thyssen'in, Vögler'in (Stahltrust), Reusch'un (Gutehoffnungshütte) ve Springorum'un (Hoesch) yer aldığı bir dizi sözü geçen bankerin, büyük sanayicinin ve toprak ağalarının imzasını taşıyordu.

Ancak Thyssen etrafında birleşen grup henüz nüfuzunu yürütemiyordu. Hindenburg, Reich Savunma Bakanı olan general von Schleicher'i başbakanlık için görevlendirdi. Nitekim general, Papenci diktatörlük planlarını yeni varyantlarıyla gerçekleştirmeye çalıştı.

Ama o, "parti hakimiyeti"-ne" ve parlamentarizme son vermek istiyordu. Yukarıda sözünü ettiğimiz Reichswehr'in plan oyunlarını (ki, o bu oyunlarda bizzat esas itibariyle yer almıştı) göz önünde bulundurduğumuzda, Schleicher saf bir askeri diktatörlük rotasını izlemedi. O, rejimini daha ziyade bazı toplumsal gruplara, isim olarak ADGB'ye ve NSDAP'in Strasser kanadına dayandırmak istiyordu. Gerek sendika başkanı Leipart'ta, gerekse Strasser de olsun, Schleicher onların birlike çalışmaya hazır olduklarını gördü.

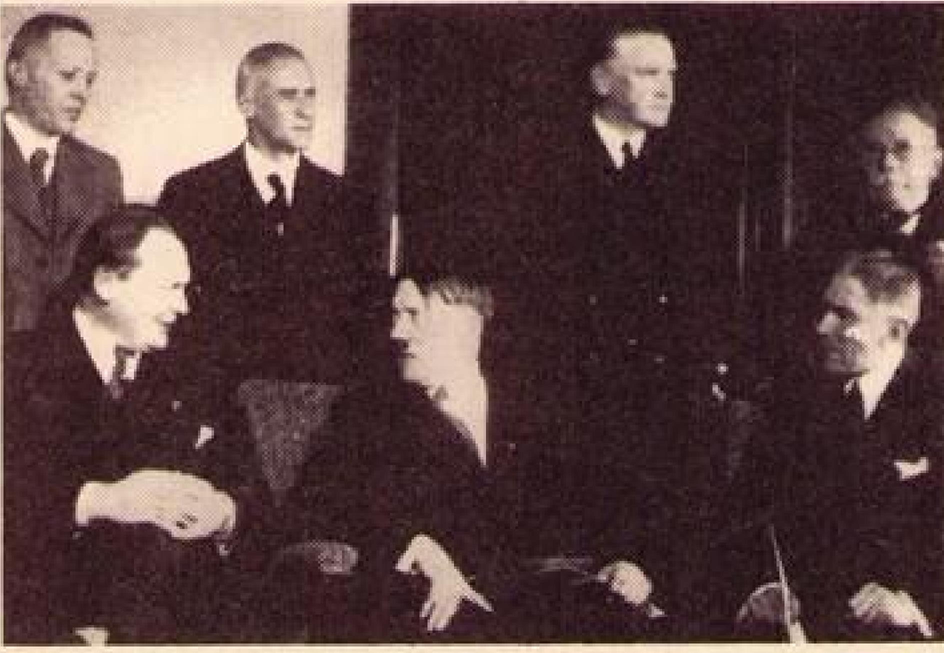
Ne var ki, Leipart SPD yönetimi tarafından alıkoyuldu ve Strasser ise, Schleicher ile her türlü kooperasyonu kesin olarak reddeden (kendisinin arkasındaki güçlerin desteğini alan) Hitler'den ayrılmaya cesaret edemiyordu. Böylece, Schleicher'in, Papenci politikayı diğer araçlarla sürdürme girişimi daha başından boşa çıkmaya mahkum olmuştu. Bunun yanı sıra ADGB yönetiminin desteğinin satın alınması için onun hükümet programının öngördüğü bazı bölümleri (örneğin toplu sözleşme ücretleri temelinde büyük çapta işyerlerinin yaratılması) onu, büyük burjuvazinin geniş çevreleri ile çelişki içine düşürdüler.

Tüm manevralarının boşa çıkmasından sonra, Schleicher bir kaç hafta süren başbakanlığının sonuna doğru doğrudan Hitler'le anlaşma yapmak istiyordu. Ancak bunun için artık zaman geçmişti. Kendisinin "sosyal general" olarak adlandırılmasını isteyen general artık egemen sınıf içerisinde hemen hemen tüm desteğini kaybetmişti. Yalnızca Gustav Krupp etrafında birleşen küçük bir grup henüz onu destekliyordu.

Hitler'in lehine değişme

1932 yılının son aylarında mali sermaye içinde hızlı bir dönüşüm meydana gelmişti. Kimya/Elektro grubunun ilkin Brüning'le, sonra ise Papen'le kendileri için uygun olan gerici bir politika gerçekleştirme girişimleri boşa çıktığı oranca, bu grup Hitler'i destekleyen ağır sanayicilerin baskısı altında dağılmaya başlamıştı.

Bu süreç için, "Rheinland ve Westfalen'de Ortak Ekonomik Çıkarların Korunması Derneği"nin (Langnamverein) bir oturumu üzerine Prusya Reich Komiseri Franz Bracht'a samimi bir raporda bildirilen şu izlenimler tipiktir: "Başlangıçta Papen Programı ve bunun desteklenmesi çerçevesinde yapılması öngörülen Langnamverein'in Düsseldorf'taki oturumunda, senli benli sohbet sonucunda, hemen hemen tüm sanayinin, hangi şart altında olursa olsun, Hitler'in atanmasını arzu ettiği beklenmedik gerçeği ortaya çıktı. Bir kaç hafta öncesine kadar Papen yaşa sesleri ile karşılanırken, bugün ciddi gerekçelerin gösterilmesinde dahi, Hitler'in hükümeti kurmakla görevlendirilmemesinin en büyük hata olacağı görüşündeler."



Hitler'in kabinesi

Aynı şekilde güçlü kimya tekeli IG Farben'deki gelişmeler de vurgulamaya değer. Daha 1932 yılı yazında henüz bu tekel Nazi partisini maddi olarak desteklemeye itiraz ediyordu; ancak aynı yılın sonuna doğru tekel patronları faşistlere 100000 Reichsmark'ı verdiler. Bu para verilmeden önce tekel yöneticileri Bütefisch ve Gattineau ile Hitler arasında bir görüşme yapıldı; Bütefisch daha sonra bu görüşme üzerine (IG Farbe'nin bir broşüründe 1934'te) şöyle yazıyor: "... Daha sonra başbuğu ekonomik hedefleri net ve ikna edici bir şekilde anlattı. O, şunu söyledi: 'Siyasi olarak bağımsız olmak isteyen bir Almanya'da bugün petrolsüz bir ekonomi düşünülemez. Bunun için Almanya'da motor yağı, kurbanlar gerektirse bile, gerçek olmalıdır. Bundan dolayı kömürün benzine dönüştürülmesinin devam etmesi çok acilen gereklidir'. Başbuğu fikrini açıkladıktan sonra, sözlerine eklenebilecek hiç bir şeyin olmadığını söyledim." Neden olacaktı ki? Nitekim "başbuğu" İG Farben patronlarına, tekelde geliştirilen kömürün benzine dönüştürülmesi metodunun—ki, perspektif olarak bundan doyurucu kârların edileceği sözü verilmişti—olanaklar dahilinde desteklenmesini vaadetmişti.

IG Farben'de olduğu gibi aynı şekilde elektro tekellerinin şirket merkezlerinde de düşünülüyordu. Aynı şekilde burada da—ki, bunu yeri gelmişken bir kez daha vurgulamalıyız—hiç bir zaman Hitler ve onun işçi hareketini hedefleyen kanlı terör programına karşı prensip itirazlar yoktu. Örneğin Carl Friedrich von Siemens, daha ekim 1931'de New York'ta General Electric Company'nin bir ziyafetinde, Amerikan ticaret dostlarının Alman faşizmine anlayış göstermesini sağlamaya çalıştı: "Hitlerci Hareketin kökü" diyordu o orada, "sosyalizme karşı, yani Marksizm'e karşı mücadeledir. (...) Hitlerizm ya da—bizim onu adlandırdığımız deyimle—Nasyonalsosyalizm hiç bir şekilde monarşist bir hareket değildir. (...) Ama o, maalesef Anayasamızda öngördüğü parlamentarizmin gemlenmemiş hakimiyetini hedeflemektedir. Alman halkı, (...) demokrasinin bu biçimi için olgunlaşmış değildir."

Cumhuriyeti yok etmek rotası

Aynı şekilde Kimya/Elektro Grubu da krizi, parlamenter demokrasinin tasfiyesi ile, devrimci işçi hareketinin terörizmle bastırılmasıyla ve intikam alma savaşının hazırlanmasıyla "atlatmak" istiyordu. Onların Hitler'e karşı olan itirazları, yalnızca onun ağır sanayinin bir siyasi figürunun olmasına ve bundan dolayı da Hitler'i bir devlet yöneticisi olarak kabullenmenin aynı zamanda Thyssen ve şürekasının yönetme isteğini kabullenmek anlamını taşıdığına dayanıyordu. Ne var ki, Brüning, Papen ve son olarakta Schleicher'le yapılan tüm girişimler açıkca boşa çıktıktan sonra, tekelci sermayenin bu grubunun —Silverberg'in "Führerbriefe"sinde—formüle ettiği gibi—"sistemi değiştirmekten", yalnızca Hitler planından ve bununla birlikte ağır sanayi grubuna teslim olmaktan başka hiç bir imkânı kalmamıştı.

Böylece Hitler'in Reich Başbakanlığına atanması belli başlı tekel gruplarının desteği ile gerçekleştirilmişti. Şimdi bunun için girişim Kimya/Elektrik Grubu'nun mutemeti olan Papen tarafından başlatılmıştı. O, Kölnlü banker Kurt von Schröder üzerinden Hitler'le 4 Ocak 1933'te bir görüşme tertip ettirdi. Gerçi Papen son bir kez daha, Hitler'in ve onun arkasındaki ağır sanayi güçlerinin tek başına yönetme isteğinin gerçekleşmesini önlemek için, yeni bir hükümeti ortaklaşa yönetme önerisinde bulundu. Ama Hitler bunu basit bir şekilde dikkate almadı. Ancak, o, Papen'in adamlarının kendisinin yönettiği bir hükümete katılmalarını uygun buldu ve bunun ötesinde programının tamamen kabul edilmesini talep etti. Hayli zaman sonra banker Schröder'in Nürnberg Mahkemesi önünde yaptığı yeminli açıklamasında belirttiği gibi, Hitler bu görüşmede; öngörülen değişiklerin "ve sosyaldemokratların, komünistlerin ve Yahudilerin Almanya'da tüm yönetici mevzilerden uzaklaştırılmasının ve kamu yaşamında düzenin yeniden sağlanmasının" krokisini çizmişti. "Von Papen ve Hitler prensip olarak anlaşmıştılar."



Auschwitz toplama kampında göz altında bulundurulan Yahudi çocukları.

Aynı şekilde diğer noktalar üzerine de, örneğin sendikaların dağıtılması hakkında da görüş birliğini oluşturmuştular ve görevde bulunan Başbakan Schleicher'in yıkılmasına ilişkin olarak ortak adımı tespit etmiştiler. Bu görüşmeden bir gün sonra Papen, daha öncede sözünü ettiğimiz, linyit kömürü tekelcisi Silverberg'le, onun arkasında bulunan mali sermaye kesimine görüşmelerin sonucu hakkında bilgi vermek için buluşmuştu. Aynı gün ve aynı maksatla Hitler de Thyssen ve Kirchdorf'la buluştu. Tekel kodomanları 4 Ocak'ta yapılan gizli buluşmanın sonucuyla tatmin olmuştular. Böylece Weimar Cumhuriyeti'nin kesin olarak yok edilmesine başlanabilirdi.

Bunun için ise şimdi yalnızca bir entrika gerekliydi; bu entrikanın seyrinde Papen Reich Cumhurbaşkanı Hindenburg'a Schleicher'in Reichswehr'in yardımıyla cumhurbaşkanını düşürmek istediğini söylentisini bildirecekti. Nitekim tekelci burjuvazi içerisinde artık hiç bir desteği olmayan "sosyal general" (Schleicher) hiç bir direnişle karşılaşmadan uzaklaştırıldı ve Hinderburg, 30 Ocak 1933'te Hitler'i Reich Başbakanlığına atadı. Daha aynı günü, aralarında Krupp ve Bosch'un da bulunduğu mali sermayenin yönetici fifürları Reich Başbakanlığına gelerek yeni hükümet şefini "selamladılar".

"Marksizm yok edilmediği sürece, iç asayış söz konusu olamaz"

Hitler'in iktidarı ele geçirmesinin ardında yatan nedenler üzerine yazı dizimizde, esas itibarıyle mali sermaye içindeki gelişmeler üzerinde durduk. Bunun için de diğer sorunlara, örneğin işçi hareketi içerisindeki tartışmalara yalnızca temas edinebilindi. Ne var ki, bu dizinin amacı, burjuvazinin, faşizmin iktidara gelişi üzerine oluşturduğu efsanelerin maskesini düşürmek ve bu iş başına gelişi, birincisi, uzun zamandan beri hazırlayanların mali sermayenin en saldırgan güçlerinin olduğunu ve ikinci olarak ise, bu güçlerin 1933 yılı başına kadar kendi amaçlarını tekelci burjuvazi içinde tamamen gerçekleştirdiklerini göstermekti.

Tekel ve banka kodamanları arasında bir "anti-faşist kanat", Hitler'in Reich Başbakanlığına atanmasına karşı—pasif olsa dahi—bir direniş bile yoktu.

Bundan ziyade O, bununla birlikte başlatılan gelişme hakkında tam bilgi temelinde tümü tarafından istenilmişti.

Nitekim bunu, iktidarın ele geçirilmesinin hemen ardındaki gelişmeye son bir bakış bile göstermektedir. 20 Şubat 1933'-te Göring henüz sallantıda olan yeni rejimin mevzisini sağlamlaştırmak amacıyla çok acilen gerekli olan geniş çaplı bir bağış kampanyasını başlatmak için bir sanayiciler toplantısı yaptı. Toplantıya yalnızca Thyssen/Kirchdorf Grubunun temsilcileri olan Schacht ya da Stahltrust'tan Albert Vögler değil, örneğin bundan kısa bir zaman önce Schleicher'i destekleyen IG Farben ya da Krupp'un tüm yönetimi de gelmişti.

Ve hepsi Nazi partisinin kesesine altı rakamlı miktarda bağışta bulundular. O dönemde Alman Sanayi Reich Birliği Başkanı olan ve bilindiği gibi daha sonra faşist barbarlıktan en büyük kârlarını vuranlardan birisi olan Krupp'un kendisi bile, Hitler'e bu buluşmada yaptığı konuşma için dokunaklı sözlerle teşekkür etti. Ve burada "başbuğu"nun toplanan beyleri hangi ayrıntılı izahlarla kazanmasını bildiğine değinmeden geçmeyelim:

"Eğer diğer hasımları alt etmek istiyorsak, ilkin tüm iktidar araçlarını ele geçirmeliyiz. Güç kazandığımız oranca, hasımlara karşı mücadele başlatılmamalıdır. Ancak iktidarın doruk noktasına ulaşıldığını, ileriye doğru hiç bir yeni gelişmenin olmadığını bildikten sonra, saldırıya geçilmelidir. Biz, Prusya'da 10; Reichstag'da 33 milletvekili daha kazanmalıyız. Tüm güçleri seferber edersek, bu mümkündür. Ancak, o zaman komünizme karşı ikinci eylem başlatılacak (...). Wehrmacht'ın yeniden kurulması sorunu Cenevre'de değil, Almanya'da, iç asayiş sağlandıktan sonra iç gücü oluşturduğumuz zaman kararlaştırılacaktır. Ne var ki iç asayiş Marksizm yok edilmediği sürece söz konusu olamaz. İşte tam da burada, mücadele zor olsa dahi, karşı durmamız gereken netice durmaktadır."

Linke Liste Schleswig-Holstein'in toplantısı

Gelecek hafta Schleswig-Holstein'de yapılacak eyalet seçimleri dolayısıyla, eyalet seçimlerine katılan Linke Liste Schleswig-Holstein (Schleswig-Holstein Sol Listesi) bir toplantı düzenliyor.

Konu: Solcuların ortak adımları nasıl devam etmeli?
Tarih: 12 Mart'ta saat 16.00'da
Yer: AJZ (Aktion Jugendzentrum), Friedrichstr., Neumünster.
Toplantıda adaylar konuşacak ve kültür gösterisi yapılacak.

(Baştarafı 1. sayfada)
kazanç beklentilerini azaltıyorlar; Yeşil-Alternatifler, çünkü onların eleştirisi yatırımları bloke ediyor.

CDU, CSU ve FDP'den oluşan hükümet, dolandırıcılığının aşınmasının kaçınılmazlığını, kışkırtma kampanyalarıyla, sendikaların ve Yeşil-Alternatiflerin devlet tarafından yoğun bir şekilde baskı altına alınmasıyla denkleştirmeye çalışacaktır.

SPD, Yeşil-Alternatifleri yutmak maksadıyla bir seçim kampanyası sürdürdü. "Almanların çıkarı için" sloganı ile o, işçi hareketi içindeki direniş amaçlarına ip ucu vermekten itinalı bir şekilde kaçındı. Sosyal demokrasinin tarihini gözönünde bulundurduğumuzda, onun sınıf mücadelelerine ilişkin tutumunun, kendisini kapitalistler için hükümet partisi olarak yeniden kabul edilebilir yapma emeli tarafından belirleneceği endişesi doğmaktadır.

Kapitalistler bu seçimde hedeflerine ulaştılar. İşçi hareketine ve sol güçlere karşı gerici şekillenme ilerledi. Siyasi ve sosyal gericiliğe ilişkin değişme, şimdi emin bir parlamento çoğunluğu ile ilerletilebilir. Parlamenter çoğunluğu oluşturmak amacıyla işçi ve sendika hareketine tavizler vermek gerekliliği kapitalistler için artık söz konusu değil. Yeşillerin parlamentoya girmeyi başarmaları gerçeği selamlanacak bir şeydir. Ancak seçim sonuçları bir çoklarının, SPD'yi ya da Yeşilleri seçerek gericiliğin ilerleyişini kısa vadeli olarak parlamenter yoldan kapamak umudu boşa çıkardı. Biz diyoruz ki; bunun için şimdi sınıf mücadelesinde, parlamento dışı kitle mücadelesinde gericiliğin saldırısına karşı güçlü bir cephe oluşturmak daha da gereklidir.

BWK ve KPD'nin oluşturduğu Devrimci Sosyalistlerin Seçim İttifakı, bu düşünceyi daha seçim kampanyasını sürdürdüğünde dile getirdi. 6 bin oy olan seçim sonucu bizim beklentilerimizle uygunluk içermektedir; çünkü Devrimci Sosyalistlerin bir bölümü bu seçimde SPD'nin ya da Grünen'lerin lehine bir oy vererek parlamentodaki çoğunluk durumunu etkilemeye çalıştı, diğerleri ise seçimlerin boykot edilmesinden yana görüş belirttiler.

BWK ve KPD seçim kampanyasında devrimci örgütler arasında yoğun bir şekilde birlikte çalışmayı ve devrimci sosyalistlerin birleştirilmesi fikrini de savundular. BWK'nın ve KPD'nin ortak seçim kampanyası, tamamıyle farklı düşüncelere sahip olan örgütlerin ortak devrimci faaliyetinin mümkün olabileceğini gösterdi. BWK ve KPD, devrimci örgütlerin birlikte çalışmaları ve devrimci sosyalistlerin birleştirilmeleri için çabaların yoğun bir şekilde sürmesi gerektiği üzerinde hem fikirler.



Kiel'de düzenlenen yürüyüşe HDW ve Lindenau tersanelerinden 4500 işçi katıldı.

Tersane işçilerinin eylem günü

30 bin tersane işçisi greve gitti ve yürüyüş yaptı

Tersane işçilerinin eylem gününe 3 Mart'ta İG Metall sendikası bir çağrı yaptı. Bu çağrıya uyan 30 bin işçi düzenledikleri protesto yürüyüşleri ve grevleriyle, işyerlerinin yok edilmesine ve ücretlerin talan edilmesine karşı direnişe hazır olduklarını dile getirdiler.

3 Mart'ta düzenlenen eylemlerin ardında yatan neden, tersane sanayisinde krizin had bir safhaya girmiş olmasıdır. Yoğun bir şekilde rasyonalleştirmeye gidilerek, işyerlerini yok eden birleştirmeler yapılarak, tersaneler tamamen kapatılarak ve ücretler düşürülerek—çelik sanayisinde olduğu gibi—krizin yükleri personelin sırtına bindirilmek isteniyor. Çelik sanayisi merkezlerinde olduğu gibi, tersane kapitalistlerinin onarma planlarıyla da bütün bölgeler ekonomik yıkım ve sosyal sefaletin içine düşmek tehlikesi ile karşı karşıyalar.

3 Mart'ta sabah saat 6'da **Bremen'den** 5 bine yakın tersane işçisi 87 otobüsle, protesto yürüyüşünün yapılacağı Bonn Münsterplatz'a doğru harekete geçtiler. Bu yürüyüş, öncelikle iki büyük tersane olan **Vulkan** ve **AG Weser'in** birleştirilmesi planına karşı düzenlendi.

Kiel'de HDW ve Lindenau tersanelerinden toplam olarak 4500 yerli ve yabancı işçi arkadaş bir protesto gösterisi yaptılar. Bu yürüyüşe beklenilenin üzerinde geniş bir işçi kitlesi katıldı.

Yaklaşık olarak 4000 işçi ve hizmetli **Emden'de** greve gitti ve yürüyüş yaptılar. Burada **Thyssen Nordseewerft'ten, Cassenwerft'ten ve Wilhelmshaven'deki Jade-Werft'ten işçi arkadaşlar yürüdüler.**

Lübeck'te düzenlenen bir eyleme, **Schlichting-Werft'ten ve Flenderwerft'ten** 3 bine yakın işçi ve hizmetli katıldılar. Aşağı yukarı 3 bine yakın yerli ve yabancı **HDW, Blohm und Voss ve Sietas** tersane işçisi ise **Hamburg'ta** yürüdüler. **Rendsburg** şehrinde ise, **Kröger ve Nobiskrug** tersanelerinden 2000 işçi bir gösteri yaptılar. Aynı şekilde **Flendsburg Gemi Yapımı Şirketi'nde de** 1000 işçi ve hizmetli işi bıraktılar.

Oldenburg'ta ise Brand Gemi **Tersanesi'nde** 300 işçi bir saatliğine işi bırakarak gösteri yaptılar. Diğer yandan küçük işletmelerin personelleri de, örneğin **Cuxhaven ve Bremerhaven'de** işi bırakarak eylemlere katıldılar.

Eylem gününe personellerin güçlü katılımı, İG Metall için tersane patronlarının ve onların arkasında bulunan mali sermaye çevrelerinin planlarını sendikal mücadele eylemleri ile bozguna uratmanın mümkün olduğunu gösteriyor. Ancak bunun ön şartı, tek tek tersane patronlarının rasyonalleştirme planlarının sosyal ortaklık temelinde onaylanması yerine işyerlerinin her türlü yok edilmesine karşı tavizsiz bir şekilde cephe alınmasıdır. İkinci olarak ise, İG Metall'ın tersanelerdeki işyerlerinin garanti edilmesi için kendi siyasi planını geliştirmesidir. Bu tür bir planın gerçekleştirilmesi, hükümete ve tersane patronlarına karşı mücadeleyle, yani tüm tersane personellerinin, grevden tersane işgallerine kadar yığınsal eylemleri ile söz konusudur.

ABD çelik işçilerinin ücretleri kısıtlandı

Kuzey Amerikan çelik işçileri, ücretlerinin ve izinlerinin 41 ay süresince kısıtlanmasını kabullenmek zorunda kaldılar. ABD çelik tekellerinin haftalarca süren santajcı saldırılarının sonucunda sendika yöneticileri basit bir çoğunlukla teslimiyet bayrağını çekti ve patronların talan planlarını onayladılar.

Şu an ABD'de yüz bini aşkın çelik işçisi işsiz. Bu rakam orada çalışan çelik işçilerinin hemen hemen yarısını oluşturmaktadır. Sözümona işçilerden "tasarruf edilen" paraları çelik alanına yatırma sözüyle kısıtlama sözleşmeleri gerçekleştirildi. Bu anlaşmalar, ücretlerin yüzde 9 ya da 1,25 Dolar düşürülmesini, ücretlerin otomatik olarak fiyat artışlarıyla denkleştirilmesinin kaldırılmasını, şimdiye değin ödenen bir tatil günü için hiç bir ödeme yapılmamasını, ve toplu sözleşmeler dışında yapılan yan ödemelerde kısıtlamaların yapılmasını öngörüyor.

Böylece çelik işçilerinin cebinden toplam olarak 6 milyar Dolar çalınmaktadır. Bu olay, Federal seçimlerden önce boyalı burjuva basında vurgulandı. ABD çelik işçilerinin sözümona ücretlerinden gönüllü olarak vaz geçtikleri, krizi atlatmak için bir örnek olarak gösterdiler.

Ne var ki, bu tür bir toplu sözleşme ABD'de imzalanan ilk sözleşme değildi. Buna Chrysler, Ford ve General Motors gibi otomobil tekelleri öncülük etmiştiler. Onlar, parayı, işletmelerdeki işyerlerini garantilememe amacıyla yatırma vaadinde bulunarak "işçilerinin" ücretlerini her yıl ortalama olarak 9 bin Dolar kısıtlamayı sağladılar.

Tüm tekellerin büyük işletmeleri Detroit'te bulunuyor. Orada son kıştan bu yana durumun nasıl olduğu herkes tarafından biliniyor: Yüzde 35 işsizin olduğu bu şehirde—bunların çoğu otomobil işletmelerinden—yığınsal sefalet ve açlık başgöstermektedir. Ücretlerden vazgeçme bir tek işyerini dahi garantilemedi. Aksine, binlercesi daha yok edildi.

İşyerlerinin yok edilmesine karşı mücadele eylemleri sürüyor

Geçen hafta içerisinde de işyerlerinin yok edilmesine ve işletmelerin kapatılmasına karşı çeşitli direniş eylemleri düzenlendi.

KŞ'ın geçen sayısında da belirttiğimiz gibi, Yukarı Hessen şehri Alsfeld'de giyim eşyası üretimi yapan Bücking işletmesinin 380 işçisini, işyerinin kapatılmasına karşı direnişe geçtiler, İşletmenin iflas etmesini bahane sağladılar.

22 Şubat'ta işletmenin kapatılacağı öğrenildiğinde, işçilerin bazıları kendiliğinden işletmeyi işgal ettiler. Tüm Alsfeld'de şu başlık altında 5 bin bildiri dağıtıldı: "Haydi, hepiniz yardımcı olun; Bücking kapatılmamalı!" Alsfeld'de sessiz bir yürüyüş yapıldı. Aynı anda Alsfeld'de fabrika sirenleri, kilise çanları çaldı ve Alsfeld'deki işletmelerden binlerce işçi dayanışma amacıyla 10 dakikalığına işi bıraktılar.

Makinaların ve malların götürülmesini önlemek için 22 Şubat'tan beri 30 kadın ve erkek işçi arkadaş aralıksız olarak işletmede nöbet tutuyorlar. İşletme personelinin sorumluluğu altında üretimin sürdürülmesi için İşçi Temsilciliği yönetimi altında şu an bir tasarı hazırlanmaktadır.

Ancak bankalar her hallükârda işletmenin kapatılmasını gerçekleştirmek istiyorlar. Şu an iflas davasını yöneten memur, 280 işçinin çıkışını verdi. Geride kalan 100 kadın ve erkek işçi arkadaşın ise mevcut siparişleri yerine getirmeleri öngörülüyor.

1 Mart'ta olağanüstü bir işyeri toplantısı yapılmak istenince iflas davasını yöneten memur, çıkışı verilen işçilere, "işletmenin yabancısı oldukları" gerekçesiyle, toplantıya katılmalarını yasakladı. Bu dehşet yaratıcı tutum üzerine işçiler olağanüstü işyeri toplantısını işletmenin dışında yapmak zorunda kaldılar. Çünkü işçi arkadaşların tümü birlikte adım atmak, işletmenin ve işyerlerinin korunması için birlikte mücadele sürdürmek istiyorlar.

Toplu çıkışlara karşı uyarı grevi

AACHEN.—Elektromotor üretimi yapan Garbe, Lahmeyer u. Co yeniden çıkış vereceğini açıklayınca, 590 işçinin çalıştığı işletme personeli bu karara karşı uyarı grevi yaptı ve işletmenin bahçesinde bir protesto toplantısı düzenledi. İşçi arkadaşlar, fabrikanın Siemens'in yan işletmesi olan Bergmann AG tarafından satın alınmasına kısa bir zaman kala yeniden çıkışların verilmesini kabul etmeyeceklerini belirttiler. Son on yıl içinde işletmede çalışanların sayısı yarıya indirildi.

"Krups ölmemeli"

BOTTROP.—"Kapatma kararı geri alınmalıdır!", "Krups ölmemeli", "Dayanışmamız gücümüzdür" sloganları altında, 1 Mart'ta Bottrop'ta Krupp firmasından ve Bottrop halkından yüzlerce işçi ve emekçi işletmenin kapatılmak istenmesini protesto ettiler. Ev aletleri üreten Solingen Krups şirketi, 241 işçinin çalıştığı Bottrop'taki işletmeyi bu yılın 30 Haziran'ında kapatmak istiyor.

Yabancılar Komisyonu'nun raporuna karşı protestolar yoğunlaştırıldı

Federal ve Eyaletler Komisyonu'nun yabancılar politikasına ilişkin önerilerine karşı, Federal Almanya çapında yabancı düşmanlığını hedefleyen bir mücadele sürdüren örgütler ve demokratlar tarafından yoğun protesto eylemleri düzenlendi.

Çeşitli şehirlerde yabancı düşmanlığına karşı kurulan insiyatifler basın toplantıları düzenleyerek bu komisyonun raporunu sert bir şekilde eleştiriye tabi tuttular. Örneğin Bonn'da düzenlenen bu tür bir konferansta "Uyum Problemlerinin Çözümü İçin ve Bilimin Irkçı Amaçlar İçin Kullanılmasına karşı Çalışma Grubu'ndan Bochumlu Alman dili ve edebiyatı profesörü Dr. Jürgen Link, tüm partilerin politikacılarının oybirliği ile kötü şöhretli "Heidelberg Manifestosu"nu reddetmelerine rağmen, hazırladıkları önlemler kataloğunda söz itibarıyle aynı dili konuşmakla suçladı.

Örneğin "Manifesto"da yer alan şu talepler resmi raporda da yer alıyor: Aileler yalnızca kendi vatanında birleştirilmeli; sosyal ya da işsizlik yardımı alınması durumunda geri gönderme yükümlülüğü; sözümona geriye dönüşü teşvik önlemleri vs. Çalışma Grubu, Komisyonun önerilerinde "büyük olasılıkla milliyetçi akımları korkunç bir biçimde teşvik etkisinde bulunacak" eğilimlerin olduğu düşüncesindeler.

Öte yandan komisyonun raporuna ilişkin olarak bir açıklama yapan Yabancılarla Evli Kadınların Çıkarlarını Koruma Derneği (IAF) Başkanı Rosi Wolf-Almanasreh, CDU/CSU partilerinin yönettiği eyaletlerde daha şimdiden vatandaşların sıkı bir denetimden geçirilmelerinin yalnızca yabancılar için geçerli olmadığına işaret etti. Örneğin daha bugünden Stuttgart'ta, yabancılarla evlenmek isteyen Alman Kadınlarının evlenme dairesinde, eşlerinin sınırdışı edilmesi durumunda kendilerinin de birlikte göç etmeye hazır olduklarını ifade eden bir açıklamayı imzalamaya zorunlu tutulduklarını belirtti.

Toplantı

KPD Köln Örgütü'nün toplantısı:
"Marksizm, 100 yıl önce olduğu gibi günceldir"
Tartışma toplantısı
Tarih: 16 Mart, saat 19.00'da
Yer: "Severinstorburg"ta, Chlodwigplatz

Volksfront **toplantısı**
"Nazilerin Ekonomi politikası"
Seminer ve tartışma
Tarih: 18 Mart, saat 20.00'de
Yer: Haus Göbbeln, Schützenstr. 46, Dortmund

Hizmetlilere denetleme sistemi üzerine bilgi verdiğinden dolayı

Signal-Versicherungen bir işçi temsilcisinin çıkışını verdi

DORTMUND. — 24 Ocak'ta Signal-Versicherung'un Dortmund'daki idaresinde işçi temsilcisi Beate Hasenjürgen'in süresiz çıkışı verildi. Çıkış gerekçesi: O, bölümündeki işçi arkadaşlarına kendilerini etkileyecek, verimin ve davranışların denetlenmesine ilişkin bir sistem planı üzerine bilgi verdi.

Aktif bir kadın sendikacı olan Beate Hasenjürgen Signal'da organizasyon programcısı olarak çalışıyordu. İşletme yönetimi, işçi temsilciliğine "çalışanların, veri kayıtları sisteminin değerlendirilmesi üzerine tasarısı" sunduğunda, işçi temsilcisi kadın arkadaş için, bundan etkilenen kendi bölümündeki işçi arkadaşları haberdar etmesi gerektiği açıktı. Çünkü, bununla veri kayıtlarını yapan elektronik beyinlerde çalışan programcıların tamamen denetim altına alınması amaçlanıyor: Hataları, verimi, hızı; tek tek hizmetlilerin harcadığı kağıtı bile patronlar bu sistemle tam olarak denetleyebiliyorlar.

İşletme yönetiminin açıklamalarına göre, hizmetlilere verilen bu bilgiler onlarda "büyük endişelere" yol açıyor ve bunun sonucunda "yönetici güçlere heyacanlı soruların yönetilmesini" beraberinde getiriyorlar. Böylece uzun zamandan Signal patronlarının gözlerine batan işçi temsilcisinin çıkışını vermenin zamanı gelmişti. Onlar, işçi temsilcisine, Beate Hasenjürgen'in süresiz çıkışının verilmesini öngören dilekçeyi sundular. (İşçi temsilcilerinin ancak işçi temsiliciliği çoğunluğunun onayı ile süresiz çıkışları verilebilir).

Ne yazık ki, işçi temsilciliği çoğunluğu da tam da bunu yaptı. Her halde işçi temsilciliğinde de, kararlı bir şekilde hizmetlilerin çıkarını savunan aktif sendikacı arkadaşlardan rahatsız olan güçler var.

İşverenin bu uygulaması bir bütün olarak işçi temsilciliğine ve onun haklarına bir saldırı olduğu halde, işçi temsilciliğinin çoğunluğu buna rağmen çıkış kararını onayladı. İşletme yönetimi hizmetlilerin ayrıntılı bir şekilde bilgi sahibi olmalarını daha başlangıç evresinde önlemek istiyor. Bunun için bu çıkışla o aynı zamanda tüm personeli yıldırma hedefini güdüyor. Nitekim bugün sigorta iş kolunda rasyonalleştirilmeye gidildiği kadar diğer hiç bir iş kolunda gidilmemektedir.

HBV sendikası Dortmund Bölge Yönetimi de çıkışın ardında yatan nedenleri aynen bu şekilde değerlendiriyor. Signal'daki hizmetlileri Beata Hasenjürgen'le dayanışmaya girmeye çağırdığı bildirisinde HBV şöyle yazıyor: "Signal yönetimi, Beate Hasenjürgen'e karşı attığı adım aracılığıyla, denetleme programlarının ve rasyonalleştirme önlemlerinin uygulanmasında işçi temsilcilerinin ayrıntılı bir bilgi politikasını önlemek için işçi temsilciliği üyeleri üzerinde disipline alıştırma cihazı yaratmak istiyor."

HBV bildirisinde, çıkışın geri alınmasını ve işçi temsilcisi kadın arkadaşın derhal yeniden işe alınmasını talep ediyor.

Yasal açıdan soruna yaklaştığımızda, çıkışının hiç bir maddi temeli yoktur. İşletme yönetimi çıkışa, işçi temsilcisinin "bilgileri saklı tutma yükümlülüğünü ağır bir şekilde zedeleyerek" kendisini suçlu duruma düşürdüğünü gerekçe gösteriyor. Ancak işletme yönetimi denetleme sistemi tasarısı üzerine bilginin saklı tutulması gerektiğini belirtmiş olsaydı dahi (ki, durum böyle değildir) bunun personele iletilmesi yasal kararnamelere aykırı değildir.

Beate Hasenjürgen avukatı aracılığıyla iş mahkemesinde, işin devamı için derhal tedbir alınması ve kendisne konulan işyerine girme yasağının kaldırılması talebinde bulundu. O, tüm araç ve gereçlerle yeniden işe alınması için mücadeleyi sürdürmek istiyor.



Geçen hafta metall işçilerinin gerçek ücretlerin garanti edilmesi için düzenledikleri yürüyüş.

İnşaat işverenlerinin provokasyonu: İki farklı zam önerisi

Direnmekte geç kalınmamalı!

FRANKFURT. — Tüm işçiler için yüzde 1,5 ücret zammı; ama kalifiye inşaat işçileri içinse (birden üçe kadar olan ücret grupları) ek olarak yüzde 1 zam önerisi. Bu provokatif zam önerisinde, inşaat sanayisinde başlayan toplu sözleşmelerde işverenler bulundular.

İnşaat işverenlerinin bu provokatif zam önerisi, şimdiye değin toplu sözleşmelerde alışılagelmiş işveren provokasyonlarını iki noktada gölgede bırakıyor: Birincisi zam önerisinin düşük olması açısından; bu zam önerisi, şimdiye değin işverenlerin teklif ettiği en düşük öneridir. Ve bu aynı zamanda ağır koşullar altında çalışan işçilerin alaya alınmasıdır! İkinci olarak ise bu öneri, sayıları bir milyonu bulan ve çoğunluğunu yabancıların oluşturduğu vasıfsız işçilerle kalifiyeli işçileri bölme girişimidir.

Vasıfsız işçilerle kalifiyeli işçileri bölen ve zaten bu olmadan bile düşük ücret alan işçi arkadaşları iki kat ayrıcalığa tabi tutan bu zam önerisi şimdiye değin hiç bir toplu sözleşme turunda meydana gelmemişti. Yapı işverenleri bu alçakca önerileri ile sendikal dayanışmayı bölmek istiyorlar. Bu tür saldırılara karşı durmayan bir sendika kendi mezarını kazır. Şimdi burada şu slogan geçerlidir: Direnmekte geçikilmemeli!

Ancak IG Bau sendikası yönetiminin buna karşı tavrı o denli yumuşaktı ki, onlar yoğun protesto düzenlemek ve tabanı buna karşı seferber etmek yerine, bu "öneri yeterli değildir" açıklamasında bulunmakla yetindiler. Bu tutum, işverenleri daha da cesaretlendirir ve sendikal kampta yılğınlığın ve çaresizliğin yayılmasına yol açar (bk. yoruma: "Gönüllü olarak ücret artışlarından vaz geçmek"

Gönüllü olarak ücret artışlarından vazgeçmek

Bugün DGB'ye üye sendikalar arasında yalnızca bir tekinin bile işçi çıkarları doğrultusunda kararlı bir ücret politikası izleyen bir yönetime sahip olduğunu ileri sürmek aklımıza bile gelmemektedir. Şüphesiz ki, İGM Başkanı Eugen Loderer bazen, gür sesle gerçek ücretlerin garanti edilmesinin İG Metall'ın vaz geçilmez hedefi olduğundan dem vurduğunda bunu kapitalistler hiç de isteyerek dinlememekteler. Bu, tür sloganların gene işçilerin gerçek ücretlerinin garantisinden vaz geçmelerini kabul ettirme hazırlığını sürdürmeye ve kapitalistlerin ise arzularına hizmet etmemesi gerekir. Ne var ki, parababaları kendilerini teselli edebilirler. Çünkü onlar, Loderer'in tumturaklı sözlerinin pek öylesine ciddiye alınamayacağını biliyorlar.

Nitekim Loderer'in bu yöndeki sözlerine ne denli güvenileceğini, gerçek ücretlerin garanti altına alınmasıyla yakından uzaktan bir bağının olmadığı, VW işletmelerindeki gizlice ücret anlaşması gösterdi.

Ancak buna rağmen, Loderer'in toplu sözleşme turlarındaki tavrı ile bazı diğer sendika yöneticilerinin tavrı kıyaslandığında, onun daha samimi ve kararlı sendikacı olduğu izlenimi doğabilir. Burada her hallükârda ücret artışları yerine ücret kısıtlamaları üzerine görüşme yapacak seviyeye kadar gelmiş ABD sendika patronlarını hatırlatmamıza gerek yoktur. Yakında biri dururken, bir İG Chemie sendika ağası Rappe varken, bu kadar uzağa gitmeye ne gerek var...

Şunu açıkca belirtmek zorundayız: İG Chemie sendika ağası Rappe doğrudan ücret kısıtlamaları üzerine (henüz) görüşme yapmıyor. Ancak bu yılki toplu sözleşmeler için daha başından hiç bir somut ücret zammı talebinde bulunmamakla o da bu hedeften artık pek uzak değil. Rappe, açıktan açığa gerçek ücretlerin daha da düşürülmesini savunuyor. Ortalama işçi ücretinin bir kaç katını cebe indiren Rappe, işçi ve hizmetlilerin kemerlerini biraz daha sıkması gerektiği düşüncesinde. Eh, nitekim kapitalistlerin, ekonomik bunalıma rağmen, kârlarının muazzam bir şekilde artması garanti edilmeli! Yoksa böyle değil mi?

Ne var ki, şimdi kapitalistlerin çıkarına çalışan sadece Rappe gibi sendika ağaları değil. Aynı şekilde Tekstil işçileri sendikası (GTB) başkanı Gottfried Keller de, kapitalistlerin arzu edebileceği mükemmel bir çıkar temsilcisidir. Onun özel girişimi üzerine Tekstil ve Giyim Eşyası işçileri sendikası da bu yıl toplu sözleşmlere hiç bir zam talebi ileri sürmeden giriş yapıyor. Üstelik o bunu, bu sanayi dalında çalışan işçilerin büyük çoğunluğu, her şeyden önce de tekstil ve giyimeşyası fabrikalarında çalışan yerli ve yabancı kadın işçiler karın tokluğuna koşuşturmalarına rağmen yapıyor. Ama bunlar Gottfried Keller gibi rahat bir yaşam sürdüren sendika ağasını ilgilendirmiyor. Onu ilgilendiren tek şey varsa, o da kapitalistlerin kâr çıkarlarının garanti edilmesidir!

Aynen onun gibi, dostu, Gıda, Zevk Eşyası ve Lokanta işçileri sendikasının (NGG) başkanı Döding'te davranıyor. O da, zaten az bir ücret alan yerli ve yabancı işçilerin çıkarını temsil etmiyor. Aksine, o gerçekte, kadın işçilerin bu çıkarlarını ayaklar altına alıyor. Örneğin o çok açık bir dille, yaklaşan ücret turları için NGG'nin ücretlerden vazgeçmeye hazır olduğunu duyurdu.

Aynı konuyla ilintili olarak inşaat işçilerinin sendikası IG Bau-Steine-Erden'in yeni Başkanı Konrad Carl'ı dıştalamak bir haksızlık olur. Şimdiye değin diğer iş kollarında yapılan zam önerilerini yalnızca geride bırakmakla kalmayan, bundan öte inşaat işçilerini kendi aralarında bölen bir zam önerisiyle yapı işverenleri milyonlarca inşaat işçisiyle alay etmekteler. Ya peki Konrad Carl buna hangi tutumu takındı? O, buna karşı protesto eylemlerinin düzenleneceğini ve mücadele önlemlerinin alınacağını mı duyurdu? Yoksa en azından bu öneriyi, adi provokasyon olarak sert bir şekilde red mi etti? Bunların hiç birini yapmadı o. İnşaat işçileriyle alay edildiği bu zam talebine o "yeterli değildir" demekle yetindi.

Hangi yönde yeterli değil? İşçileri bölmekte mi yeterli değil? Ya da az olmakta mı yeterli değil? Yoksa bay Carl bununla, işverenlerden zam önerilerine küçük bir ekleme yapmaları ricasında mı bulunuyor acaba?

Rappe, Keller, Döding ve Carl türünden insanlar sendika yönetimlerinde bulundukları sürece işverenler memnun olabilirler. Bu basit bir oyun değil, ücretlerin talan edilmesidir!

Sığınma isteminde bulunan Türkiyeliler faşist cuntaya iade edildi

Bonn'daki makamlar tarafından 27 Şubat 1983'te faşist cuntaya iade edilen 40 Türkiyeli sığınmacı, gazetemizin bu sayısı baskıya verildiğinde henüz İstanbul'da cezaevinde bulunuyordular. Sığınma isteminde bulunanlar, Türkiye'ye iade edildiklerinde Yeşilköy havaalanında faşist cunta tarafından tutuklandılar. Sınırdışı edilenlerin tümü daha önce Federal Almanya'da sığınma isteminde bulunmuştular.

Federal makamların, iltica isteminde bulunan Türkiyeli yurttaşları doğrudan faşist cuntanın eline teslim etmesi artık bugün bir istisna değildir. Yukarıdaki olay üzerine açıklama yapmayı reddeden Bonn'daki yeni Adalet Bakanı Engelhard, bu tür dehşet yaratıcı pratiğe karşı yapılan tüm itirazları duymamazlıktan gelmektedir.

Örneğin Avrupa Parlamentosu aldığı bir kararda, Türk Hükümeti'nin, kriminal eylemlere katılma suçlamasıyla iade isteminde bulunmasının "sorun teşkil ettiğinin ispatlandığı"nı belirtti ve bu tür gerekçelerle yapılan iadeler hakkında "kuşkularını" dile getirdi.

Aynı şekilde Batı Berlin İdari Mahkemesi, "Türk askeri hükümeti... kriminal eylemlere katılma suçlamasında bulunarak iade davalarını siyasi muhaliflerini ele geçirmek için kullandığını" tespit etti.

Bir çok olayda, siyasi iltica hakkının tanınması üzerine son karar bakanlığa bağlıdır. Ancak bu ise, yakın geçmişte yaptığı bir açıklamasında, Türkiye'nin hukuk normlarını çiğnediğine dair elde hiç bir verinin olmadığını ileri sürdü. Uluslararası Af Örgütü, "amnesty international" şimdi bir kez daha, Türkiye'de muhalefetçilere karşı ceza davalarında hukuk devletinin yargılama normlarının olmadığına değinen Batı Alman Hukukçular Komisyonu'nun raporuna işaret etti.

Faşist cuntanın "bağımsız" mahkemeleri, göstermelik ve sanıkların savunma haklarının alabildiğince kısıtlandığı duruşmalarda muhalefetçilere karşı idam kararları, ağır hapis cezaları vermede çok hızlılar. Ve bugün Federal Almanya'da sığınma isteminde bulunan Türkiye'li cunta aleyhtarlarını kana susamış faşist generaller çetesine iade edenler, bu cellatlara yardımcılık görevini yapıyorlar.

NPD, IHK'nın yabancılar politikasını selamlıyor

Aşağıda , faşist NPD'nin gazetesi "Deutsche Stimme"nin 3/83 sayısından aldığımız bir yazıyı aynen yayınlıyoruz. Bu yazıda Naziler, Federal Çalışma Dairesi Başkanı Stingl'in (CSU) ve Alman Sanayi ve Ticaret Odaları'nın (DIHT) şimdi kamuoyuna yönelik olarak yabancılar politikası üzerine yaptıkları açıklamalara seviniyorlar. Nitekim aynı görüşleri NPD uzun zamandan beri savunuyor. Eh, bu işverenler politikasına tam uygun taraftan yapılan alkıştır!

İki milyon işsiz Alman'dan dolayı, entegre olmak istemeyen Türklerin bir çoğu geri dönmeye hareket ettirilirse, bu Federal Almanya'nın yükünü hafifletir. Bu görüşü Federal Çalışma Dairesi Başkanı, Dr. Josef Stingl savunuyor. Stingl, Almanların çoğunun düşüncesini dile getiriyor: Ekonomik sıkıntılar döneminde "yerliler yabancılardan önce" prensibi geçerli olmalıdır. Dünyanın tüm ülkeleri böyle yapıyorlar. Buna karşılık Alman Sanayi ve Ticaret Odaları yabancıların, her ne pahasına olursa olsun, entegre edilmesine karşı çıktı.

Federal Almanya'da bulunan yuvarlak olarak 4,6 milyon yabancıların yarısından fazlası, 2,4 milyonu çalışmıyor. DIHT, Alman ekonomisinin gelecekte de belirli çapta yabancı işgücüne ihtiyaç duyacağı, fakat bunun sayısının azaltılabileceği temel düşüncesinden hareket ediyor. Bu görüşü tam olarak uzun zamandan beri Almanya Milliyetçi Partisi (NPD) savunuyor" (İtalikler bize ait, Yazı Kurulu)